

Monatsbericht des BMF November 2010





Monatsbericht des BMF November 2010

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2010	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2010	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	32
Termine, Publikationen	35
Analysen und Berichte	37
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010	38
Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2010	45
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2010	54
Die Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe	59
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in	
Gyeongju	68
Statistiken und Dokumentationen	73
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem jüngsten Gutachten die Vordringlichkeit der Haushaltskonsolidierung unterstrichen. Die Beurteilung durch die Sachverständigen fällt ebenso ausgewogen wie eindeutig aus: Zwar seien die in der Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffenen expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen kurzfristig hilfreich und erfolgreich gewesen. Auf Dauer jedoch könne nur eine Rückführung der Verschuldungsquote zu einem höheren Wirtschaftswachstum beitragen. Die Schuldenbremse ist in den Augen des Sachverständigenrates eine finanzpolitische Errungenschaft, sie stelle "einen wichtigen und richtigen Beitrag zu einer wirksamen Begrenzung der staatlichen Verschuldung dar".

Vom 2. bis 4. November 2010 fand die 137. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Die Ergebnisse der Sitzung sowie die Entwicklung der Steuereinnahmen in den ersten drei Quartalen sind in diesem Monatsbericht dokumentiert. Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2010 werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2010 höher ausfallen. Auch in den Jahren 2011 und 2012 wird das Steueraufkommen über dem Schätzergebnis vom Mai 2010 liegen. Dabei muss im Vordergrund der Bewertung stehen, dass diese positive Entwicklung zunächst einmal eine Erholung nach einem äußerst tiefen Einbruch darstellt: So wird selbst 2012 beim Bund noch nicht wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht.

Der Vollzug des Bundeshaushalts 2010 gestaltet sich günstiger, als dies noch im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 unterstellt werden musste. Dies ändert aber nichts daran, dass der Bund im laufenden Jahr neue Schulden in



noch nie dagewesener Höhe aufnehmen muss. Auf der Ausgabenseite tragen die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die weiterhin sehr günstige Zinsentwicklung im Bereich der kurzfristigen Kreditaufnahme zur Haushaltsentlastung bei.

Die Vorgaben der neuen, im Grundgesetz verankerten Schuldenregel erfordern, dass konjunkturell gute Zeiten genutzt werden, um Fortschritte bei der Konsolidierung zu erzielen. Rein konjunkturbedingte Haushaltsentlastungen dürfen kein Nachlassen der Konsolidierungsanstrengungen zur Folge haben. Das ist ein politischer Paradigmenwechsel, der sich aus dem in der Neufassung des Art. 115 Grundgesetz niedergelegten Bekenntnis zu einem nachhaltigen Abbau des Schuldenstandes ergibt.

Auch im Rahmen des europäischen Stabilitätsund Wachstumspakts ist Deutschland dazu verpflichtet, jede konjunkturelle Verbesserung zu nutzen, um schneller zu einer tragfähigen Haushaltslage zu kommen. Deutschland wird durch einen verlässlichen Konsolidierungspfad auch zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Währung beitragen.

Auf Drängen der Bundesregierung hatte der Europäische Rat am 25./26. März 2010 den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, mit der Leitung einer Arbeitsgruppe beauftragt, um die finanz- und wirtschaftspolitische Überwachung in der EU

□ Editorial

zu stärken und eine bessere Haushaltsdisziplin zu erreichen. Die Repräsentanten der 27 EU-Mitgliedstaaten verabschiedeten einstimmig einen Abschlussbericht an den Europäischen Rat. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sind ein großer Erfolg für Deutschland und Europa und ein wichtiger Fortschritt gegenüber dem Status quo: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird künftig mehr "Biss" bekommen, um die Defizite und Schulden der Mitgliedstaaten zu begrenzen. Die wirtschaftspolitische Überwachung wird mit einem Frühwarnsystem früher und wirksamer auf die Korrektur unausgewogener und potenziell gefährlicher Entwicklungen in den Mitgliedstaaten hinwirken. Und nicht zuletzt werden die Arbeiten zu einem dauerhaften Verfahren für die Vorbeugung und Bewältigung von Krisen fortgesetzt und intensiviert. Der Bericht wird die bevorstehenden Beratungen des Rates und des Europäischen Parlamentes zu den bereits vorliegenden Verordnungsentwürfen der Europäischen Kommission zur Weiterentwicklung und Verschärfung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung entscheidend prägen.

Das Treffen der G20-Finanzminister in Südkorea im Oktober diente der Vorbereitung des G20-Gipfels am 11./12. November 2010 in Seoul. Es wurden weitreichende Beschlüsse zur Reform des Internationalen Währungsfonds erzielt: Schwellenländer werden dort künftig ein deutlich stärkeres Gewicht haben; Europa gibt – den weltwirtschaftlichen Verschiebungen entsprechend – ein gewisses Maß an Einfluss ab. Deutschland behält jedoch seinen alleinigen Sitz im Exekutivdirektorium. Im Rahmen der Agenda zur "Architektur" der Finanzmärkte wurden vor allem die Vereinbarungen des Baseler Ausschusses für Liquiditäts- und Eigenkapitalrichtlinien ("Basel III") begrüßt und die Beratungen über den künftigen Umgang mit systemisch wichtigen Finanzinstitutionen fortgesetzt.

Dr. Hans Bernhard Beus Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2010	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

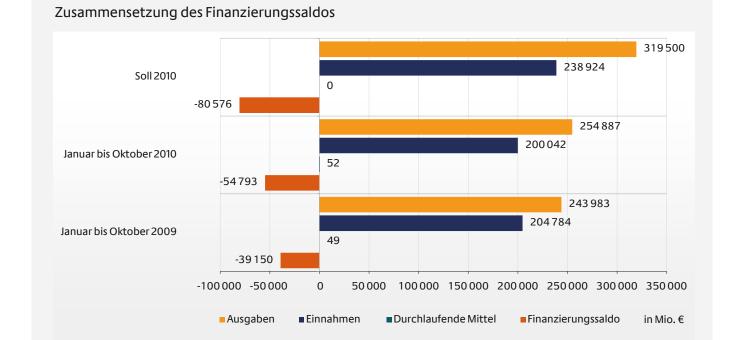
Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Oktober lagen mit 254,9 Mrd. € um 10,9 Mrd. € (+ 4,5 %) über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Veränderungsrate lag jedoch merklich unter dem Wert der vergangenen Monate. Die Steigerung ist wie im bisherigen Jahresverlauf wesentlich auf das vorzeitige Abrufen

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2010	lst - Entwicklung ¹ Januar bis Oktober 2010
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	254,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	4,5
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	200,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-2,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	175,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-2,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-54,8
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-15,2
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-39,4

¹Buchungsergebnisse.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis Ok	tober 2010	Januar bis Ok	tober 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	43 445	17,0	42 706	17,5	1,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	4572	1,8	4 689	1,9	-2,
Verteidigung	31 320	31 188	25 644	10,1	25 471	10,4	0,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 3 5 6	6 2 5 8	5 0 2 0	2,0	5 197	2,1	-3,
Finanzverwaltung	3 662	3 944	3 016	1,2	2 933	1,2	2,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	11 020	4,3	11 255	4,6	-2,
BAföG	1324	1 382	1188	0,5	1 138	0,5	4
Forschung und Entwicklung	8 701	9124	6 0 5 7	2,4	6 100	2,5	-0,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	139 189	54,6	125 327	51,4	11,
Sozialversicherung	76 305	78 088	70 476	27,6	68 816	28,2	2,
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	8 167	3,2	2 360	1,0	246,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38 311	29 805	11,7	29 678	12,2	0,
darunter: Arbeitslosengeld II	22374	23 900	18 828	7,4	18 761	7,7	0.
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	2 726	1,1	2 924	1,2	-6,
Wohngeld	784	791	747	0,3	660	0,3	13,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	3 864	1,5	3 783	1,6	2,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	1 698	0,7	1 851	0,8	-8,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	854	0,3	826	0,3	3,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	1 455	0,6	1 241	0,5	17,
Wohnungswesen	1 142	1 286	1 138	0,4	986	0,4	15,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	4 084	1,6	4 096	1,7	-0,
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	463	0,2	500	0,2	-7,
Kohlenbergbau	1 3 7 5	1 351	1319	0,5	1 3 7 5	0,6	-4,
Gewährleistungen	601	2 050	536	0,2	418	0,2	28,
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	8 635	3,4	9 267	3,8	-6,
Straßen (ohne GVFG)	6 925	6 3 3 5	4288	1,7	4796	2,0	-10,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 374	12 919	5,1	12 602	5,2	2
Bundeseisenbahnvermögen	5 333	5 3 3 0	4 165	1,6	4275	1,8	-2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4 154	4328	3 149	1,2	3 095	1,3	1,
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	33 286	13,1	36 662	15,0	-9
Zinsausgaben	38 099	36 751	32 325	12,7	35 553	14,6	-9,
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	254 887	100,0	243 983	100,0	4,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

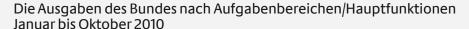
der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie auf den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen.

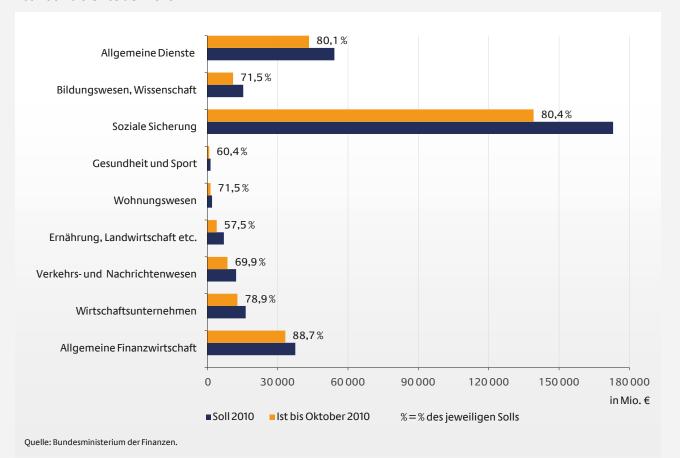
Einnahmeentwicklung

Bis einschließlich Oktober lagen die Einnahmen des Bundes mit 200,0 Mrd. € um 4,7 Mrd. € (- 2,3 %) unter dem Ergebnis bis einschließlich Oktober 2009. Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 175,8 Mrd. €. Sie gingen im Vorjahresvergleich um 4,0 Mrd. € zurück, was einer Veränderungsrate von - 2,2 % entspricht. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 24,3 Mrd. € um - 3,1% unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende Oktober -54,8 Mrd. €. Die bisherige Entwicklung rückt eine tatsächliche Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2010 von rund 50 Mrd. € für das Jahresende in den Bereich des Möglichen. Dies ändert aber nichts daran, dass der Bund im laufenden Jahr allein für den Bundeshaushalt neue Schulden in noch nie dagewesener Höhe aufnehmen werden muss. So wird die bis dato höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik von 40 Mrd. € im Jahre 1996 deutlich überschritten.





FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

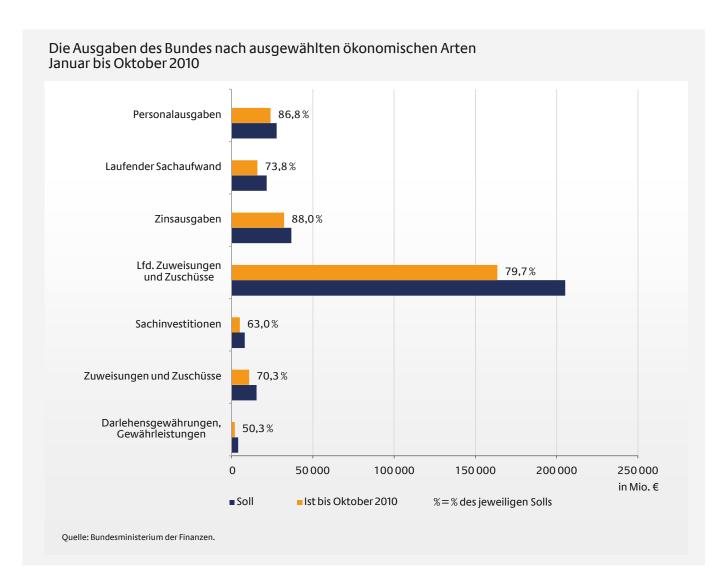
Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich Oktober 2010 sind bereits 10,8 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,9 Mrd. € für die Umweltprämie, rund

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2009	2010	Januar bis Ol	ctober 2010	Januar bis Ok	tober 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	236 190	92,7	224 267	91,9	5,3
Personalausgaben	27 939	27 704	24 049	9,4	23 842	9,8	0,
Aktivbezüge	20 977	20 789	17822	7,0	17710	7,3	0,
Versorgung	6 9 6 2	6915	6 2 2 7	2,4	6 132	2,5	1,
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	15 923	6,2	15 919	6,5	0,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	1 1 1 1 9	0,4	1 089	0,4	2,
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	7615	3,0	7 5 4 2	3,1	1,
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	7 189	2,8	7 287	3,0	-1,
Zinsausgaben	38 099	36 751	32 325	12,7	35 553	14,6	-9,
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	163 512	64,2	148 557	60,9	10,
an Verwaltungen	14 396	14503	11 611	4,6	11 841	4,9	-1
an andere Bereiche	162 892	190 769	152 078	59,7	137 450	56,3	10
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 316	19 289	7,6	18 461	7,6	4
Renten, Unterstützungen u. a.	29 699	31 274	25 173	9,9	25 081	10,3	0
Sozialversicherungen	105 130	128 365	103 251	40,5	89 885	36,8	14
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	382	0,1	396	0,2	-3,
Investive Ausgaben	27 103	28 293	18 696	7,3	19 716	8,1	-5,
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	13 586	5,3	13 883	5,7	-2.
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	10 785	4,2	11 073	4,5	-2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4028	2 026	0,8	1 891	0,8	7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	776	0,3	919	0,4	-15
Sachinvestitionen	8 504	8 113	5 110	2,0	5 833	2,4	-12
Baumaßnahmen	6830	6 5 3 2	4218	1,7	4721	1,9	-10
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	566	0,2	685	0,3	-17
Grunderwerb	643	546	326	0,1	426	0,2	-23
Globalansätze	-	- 516	-	-	-	-	
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	254 887	100,0	243 983	100,0	4.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



4,0 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 1,5 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,65 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten. für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,65 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.

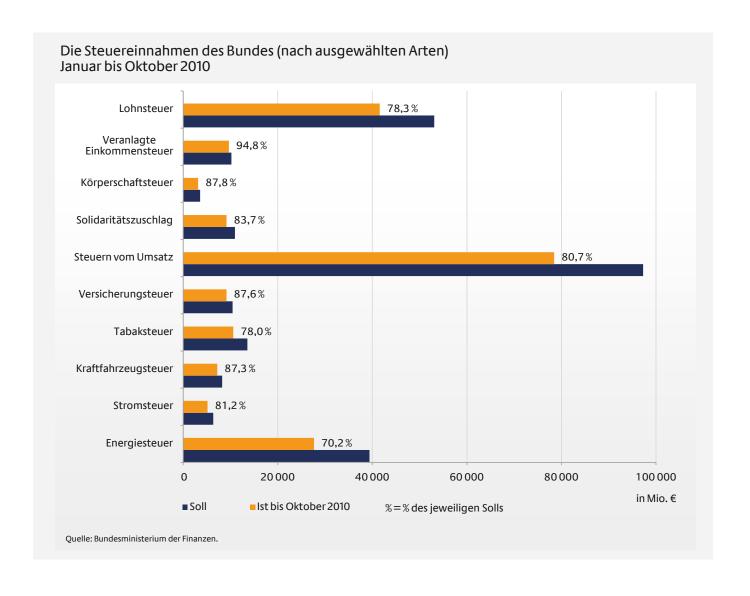
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis Ok	tober 2010	Januar bis Ok	tober 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in %
I. Steuern	227 835	211 887	175 754	87,9	179 728	87,8	-2,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	142 622	71,3	143 936	70,3	-0,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und	83 779	73 391	63 355	31,7	64949	31,7	-2,
Veräußerungserträge¹) davon:							
Lohnsteuer	57 248	53 083	41 569	20,8	44 015	21,5	-5,
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	9 650	4,8	7722	3,8	25,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 2 3 7	5 3 4 3	5 705	2,9	5 621	2,7	1,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	5 475	5 0 6 0	3 274	1,6	4798	2,3	-31,
Körperschaftsteuer	3 587	3 595	3 157	1,6	2 100	1,0	50,
Steuern vom Umsatz	95 400	97 274	78 463	39,2	78 280	38,2	0,
Gewerbesteuerumlage	1 044	1219	803	0,4	707	0,3	13,
Energiesteuer	39 822	39 400	27 662	13,8	28 018	13,7	-1,
Tabaksteuer	13 366	13 590	10 595	5,3	10 651	5,2	-0,
Solidaritätszuschlag	11 927	10950	9 169	4,6	9 500	4,6	-3,
Versicherungsteuer	10 548	10 450	9 157	4,6	9 087	4,4	0,
Stromsteuer	6 2 7 8	6350	5 159	2,6	5 2 2 5	2,6	-1,
Kraftfahrzeugsteuer	3 803	8 240	7 196	3,6	2 540	1,2	
Branntweinabgaben	2 103	2 082	1 619	0,8	1 721	0,8	-5,
Kaffeesteuer	997	1 010	831	0,4	807	0,4	3,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	-9 731	-4,9	-10 245	-5,0	-5,
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-14886	-7,4	-11 690	-5,7	27
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	-1 532	-0,8	-1 578	-0,8	-2,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6877	-5 731	-2,9	-5 646	-2,8	1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-4 571	-8 992	-6 744	-3,4	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	24 288	12,1	25 056	12,2	-3,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	4 138	2,1	4228	2,1	-2,
Zinseinnahmen	574	395	304	0,2	525	0,3	-42
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4 147	4 070	2,0	3 669	1,8	10,
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	200 042	100,0	204 784	100,0	-2,

 $^{^{1}}$ Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2010

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im Oktober 2010 im Vorjahresvergleich um + 3,0 %. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) überschritten das Vorjahresniveau um + 12,7 % aufgrund der Mehreinnahmen des Bundes aus den gemeinschaftlichen Steuern und den Bundessteuern sowie deutlich niedrigerer EU-Abführungen.

Im kumulierten Zeitraum Januar bis Oktober 2010 wurde das Niveau der Steuereinnahmen des Vorjahreszeitraumes exakt getroffen. Die Steuereinnahmen des Bundes gingen im Zeitraum Januar bis Oktober 2010 um - 2,2% zurück.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Berichtsmonat Oktober 2010 um - 6,0 % zurückgegangen. Die aus dieser Steuer zu leistenden Kindergeldzahlungen stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat um + 9,5 % aufgrund der Anhebung des Kindergeldes zu Jahresbeginn 2010. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes sank um - 2,5 %.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um gut 200 Mio. €. Für den kumulierten Zeitraum Januar bis Oktober 2010 errechnet sich für die veranlagte Einkommensteuer ein Plus von + 25,0%-hervorgerufen vor allem durch wesentlich geringere Abzugsbeträge (Investitionszulage, Eigenheimzulage und Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer). Aber auch das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer übertraf im bisherigen Jahresverlauf das Vorjahresergebnis aufgrund wieder steigender Unternehmensgewinne um + 1,9%.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wiesen mit +90,0 % einen sehr starken Einnahmenzuwachs auf. Bei dieser Steuer sind starke Aufkommensschwankungen zwischen den Monaten jedoch an der Tagesordnung. Aussagekräftiger ist das kumulierte Ergebnis bis einschließlich Oktober mit +1,5 % gegenüber dem Vorjahresniveau.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge waren die Einbußen mit - 31,9 % nicht ganz so hoch wie im Vormonat. Die Veränderungsrate für den kumulierten Zeitraum Januar bis Oktober 2010 erreichte mit - 31,8 % ebenfalls diese Größenordnung. Hier dürfte für die beiden restlichen Monate des Jahres angesichts des immer noch sehr niedrigen Zinsniveaus auch nicht mit einer durchgreifenden Verbesserung der Einnahmeentwicklung zu rechnen sein.

Das Körperschaftsteueraufkommen lag im Berichtsmonat wie im Vorjahr bei - 1,1 Mrd. €. Das negative Aufkommen ist teilweise bedingt durch Auszahlungen von Altkapitalguthaben nach § 37 KStG. Diese sind zwar zum 30. September jeden Jahres fällig, wirken sich aber kassentechnisch bedingt auch noch im Oktober aufkommensmindernd aus. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2010 sind die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer insgesamt um + 50,3 % gestiegen. Hier macht sich der kräftige Wirtschaftsaufschwung deutlich bemerkbar, der insbesondere aufgrund der Exportsteigerungen zu einem Gewinnanstieg bei den Kapitalgesellschaften geführt hat.

Die Steuern vom Umsatz meldeten gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Plus von + 5,6 %. Auch in diesem Monat übertraf die Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der weiterhin sehr lebhaften Außenhandelstätigkeit das Vorjahresergebnis um über ein Drittel (+ 36,2 %). Angesichts der Tatsache, dass ein

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2010

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2010	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 695	-6,0	100 842	-5,7	127 900	-5,4
veranlagte Einkommensteuer	- 450	Х	22 706	25,0	31 100	17,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	429	90,0	11 410	1,5	12 545	0,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	486	-31,9	7 440	-31,8	8 495	-31,7
Körperschaftsteuer	-1 055	X	6313	50,3	10 160	41,6
Steuern vom Umsatz	15 198	5,6	147 430	1,5	179 500	1,4
Gewerbesteuerumlage	513	29,1	2 154	14,2	3 092	20,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	529	34,8	1 988	16,0	2 738	17,2
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	25 345	2,9	300 283	0,0	375 530	0,0
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 449	4,5	27 662	-1,3	39 500	-0,8
Tabaksteuer	1 199	-2,3	10 595	-0,5	13 300	-0,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	164	3,1	1 617	-5,9	1 980	-5,8
Versicherungsteuer	492	0,3	9 157	0,8	10 620	0,7
Stromsteuer	528	2,7	5 159	-1,3	6 2 0 0	-1,2
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	603	-4,8	7 196	X	8 550	Х
Solidaritätszuschlag	599	-2,4	9 169	-3,5	11 700	-1,9
übrige Bundessteuern	117	-1,5	1 200	0,9	1 495	1,4
Bundessteuern insgesamt	7 151	1,3	71 756	5,6	93 345	4,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	337	25,9	3 585	-7,3	4272	-6,1
Grunderwerbsteuer	462	4,4	4327	7,3	5 190	6,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	106	-22,5	1 160	-9,3	1 400	-7,3
Biersteuer	57	-7,4	604	-2,7	717	-1,7
Sonstige Ländersteuern	6	-54,9	260	-8,0	315	-4,8
Ländersteuern insgesamt	968	5,0	9 937	-31,4	11 894	-27,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	418	37,3	3 619	19,2	4100	13,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	153	X	1 532	-2,9	2 2 4 0	11,1
BSP-Eigenmittel	1 560	-47,9	14886	27,3	18 280	22,8
EU-Eigenmittel insgesamt	2 132	-36,5	20 037	22,9	24 620	20,1
Bund ⁴	15 180	12,7	175 384	-2,2	223 735	-1,9
Länder ⁴	14 823	3,9	167 806	0,4	208 062	0,5
EU	2 132	-36,5	20 037	22,9	24 620	20,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 748	-3,9	22 368	-2,6	28 452	-2,8
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	33 883	3,0	385 595	0,0	484 869	0,0

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1.}\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz\text{-}Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$

 $^{^4\,}Nach\,Erg\ddot{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$

 $^{^{\}rm 5}$ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2010

Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, sank das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer in diesem Monat um - 2,6 %.

Die reinen Bundessteuern erzielten im Berichtsmonat Oktober 2010 Mehreinnahmen von +1,3 %. Bei der Energiesteuer kam es zu einem Zuwachs um +4,5 %. Ebenfalls positive Abstandsraten weisen die Stromsteuer (+2,7 %) und die Versicherungsteuer (+0,3 %) auf. Demgegenüber sank das Niveau der Tabaksteuer um -2,3 % ebenso wie das der Kraftfahrzeugsteuer (-4,8 %) und des Solidaritätszuschlags (-2,4 %). Für den kumulierten Zeitraum Januar bis Oktober 2010 (+5,6 %) ist bis zum Jahresende noch die Verzerrung durch die Verlagerung der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund zum 1. Juli 2009 zu berücksichtigen. Ohne diese Verlagerung wäre es insgesamt zu einer Verminderung der Einnahmen aus den Bundessteuern um - 5,0 % gekommen.

Bei den reinen Ländersteuern wurde eine Volumenausweitung um + 5,0 % erreicht. Ausschlaggebend waren insbesondere die Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer (+ 25,6 %) und der Grunderwerbsteuer (+ 4,4 %), während Rennwett- und Lotteriesteuer mit - 22,5 % und die Biersteuer mit - 7,4 % unter ihrem Vorjahresniveau blieben.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Oktober durchschnittlich 3,34 % (September 3,37 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg Ende Oktober auf 2,54 % (September 2,25 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – stiegen Ende Oktober auf 1,05 % (0,89 % Ende September).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 4. November 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug zum 31. Oktober 6.601 Punkte (30. September 6.229 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 748 Punkten am 30. September auf 2 845 Punkte am 31. Oktober.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im September 2010 bei 1,0 % nach 1,1% im August und 0,2% im Juli. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Juli bis September 2010 stieg auf 0,8 % nach 0,5 % im vorangegangenen



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Dreimonatszeitraum (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im September 0,9 % (nach 1,0 % im Vormonat).

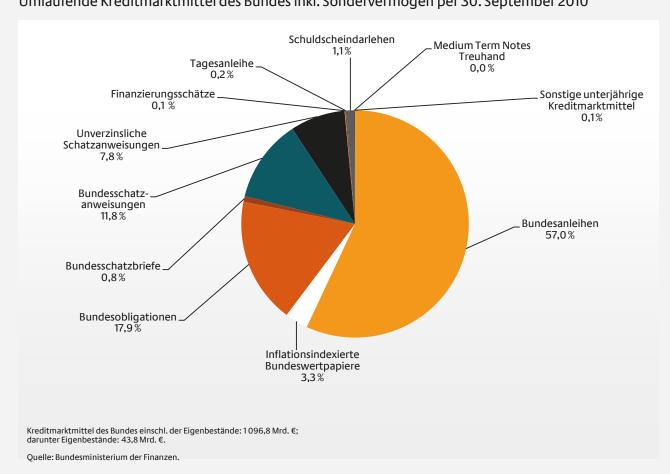
In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im September - 3,05 % (August - 1,68 %, Juli - 2,52 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich September 2010 betrug der Bruttokreditbedarf

von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) 261,18 Mrd. €. Davon wurden 252 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) um ein Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € und am 10. März, 9. Juni und 21. Juli um jeweils ein Volumen von 1,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Weiterhin wurde die 2,25 %ige Inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030518, WKN 103051) am 7. April um ein Volumen von 2,0 Mrd. € aufgestockt. Weiterhin wurde die 1,50 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030500, WKN 103050) am 8. September 2010 um ein Volumen von

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 30. September 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd. €											
Anleihen	20,3	-	-	-	-	4,0	20,3	-	-				44,5
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-	-	-				17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0				45,0
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9	11,9	14,9	14,9	14,9	10,0	10,0	10,0				110,4
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	0,4				1,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1				0,5
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1				0,7
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-				0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-				0,0
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-				0,0
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,0	0,3	-	0,0	-	0,0	0,0				0,5
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	-	-	-	0,9				1,7
Sonstige Schulden gesamt	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2	27,9	32,4	15,0	34,1	30,4	10,3	26,4				221,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. 🕈	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1	0,7	3,6	0,1	1,5	13,5	0,2	1,0				34,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 1,92 Mrd. €).

Die im September 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich September 2010 die Tilgungen auf rund 221,37 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 34,76 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 232,39 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 23,40 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 5,39 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135408 WKN 113540	Aufstockung	7. Juli 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141570 WKN 114157	Aufstockung	14. Juli 2010	5 Jahre fällig 10. April 2015 Zinslaufbeginn 10. April 2010 erster Zinstermin 10. Juli 2011	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Neuemission	21. Juli 2010	30 Jahre fällig 4. April 2042 Zinslaufbeginn 4. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	4 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	21. Juli 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2011	1Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137313 WKN 113731	Neuemission	11. August 2010	2 Jahre fällig 14. September 2012 Zinslaufbeginn 13. August 2010 erster Zinstermin 14. Sept. 2011	7 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135416 WKN 113541	Neuemission	18. August 2010	10 Jahre fällig 4. September 2020 Zinslaufbeginn 20. August 2010 erster Zinstermin 4. Sept. 2011	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137313 WKN 113731	Aufstockung	8. September 2010	2 Jahre fällig 14. September 2012 Zinslaufbeginn 13. August 2010 erster Zinstermin 14. Sept. 2011	6 Mrd.€
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030500 WKN 103050	Aufstockung	8. September 2010	10 Jahre fällig 15. April 2016 Zinslaufbeginn 15. März 2006 erster Zinstermin 15. April 2011	2 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135416 WKN 113541	Aufstockung	15. September 2010	10 Jahre fällig 4. September 2020 Zinslaufbeginn 20. August 2010 erster Zinstermin 4. Sept. 2011	5 Mrd. €
Bundes obligation ISIN DE 0001141588 WKN 114188	Neuemission	22. September 2010	5 Jahre fällig 9. Oktober 2015 Zinslaufbeginn 24. Sept. 2010 erster Zinstermin 9. Oktober 2011	6 Mrd. €
			3. Quartal 2010 insgesamt	47 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115657 WKN 111565	Neuemission	12. Juli 2010	6 Monate fällig 12. Januar 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115608 WKN 111560	Aufstockung	19. Juli 2010	9 Monate fällig 20. April 2011	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115665 WKN 111566	Neuemission	26. Juli 2010	12 Monate fällig 27. Juli 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115673 WKN 111567	Neuemission	9. August 2010	6 Monate fällig 09. Februar 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115624 WKN 111562	Aufstockung	16. August 2010	12 Monate fällig 18. Mai 2011	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115681 WKN 111568	Neuemission	23. August 2010	12 Monate fällig 24. August 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115699 WKN 111569	Neuemission	13. September 2010	6 Monate fällig 13. März 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115640 WKN 111564	Aufstockung	20. September 2010	9 Monate fällig 29. Juni 2011	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115707 WKN 111570	Neuemission	27. September 2010	12 Monate fällig 28. September 2011	4 Mrd. €
			3. Quartal 2010 insgesamt	33 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der konjunkturelle Aufschwung hat sich im 3. Quartal weiter gefestigt.
- Positive Impulse kamen sowohl von der Inlands- als auch von der Auslandsnachfrage.
- Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt und Einkommensverbesserungen dürften zum Anstieg der Privaten Konsumausgaben beigetragen haben.
- Das ruhige Preisklima dürfte anhalten, wenngleich der Anstieg des Verbraucherpreisindex zuletzt etwas höher ausfiel als im 1. Halbjahr 2010.

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland hat sich in den Sommermonaten weiter gefestigt. Er hat zwar etwas an Schwung verloren, doch angesichts der außergewöhnlich hohen Wachstumsrate im 2. Quartal war eine Verringerung des Wachstumstempos allgemein erwartet worden.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 3. Quartal 2010 laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes preis-, kalender-und saisonbereinigt um 0,7% gegenüber dem Vorquartal angestiegen, nach einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um revidiert 2,3% im 2. Vierteljahr. Damit lag das BIP in saisonbereinigter Betrachtung nur noch knapp 2% unter dem Höchststand vor der Krise. Auch der Vorjahresvergleich zeigt, dass sich die deutsche Wirtschaft sehr schnell von der Wirtschaftskrise erholt.

Die qualitativen Angaben des Statistischen Bundesamtes zu den Beiträgen der Nachfragekomponenten zum Wirtschaftswachstum weisen darauf hin, dass der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland im 3. Quartal weiter an Breite gewonnen hat. So kamen im Vorquartalsvergleich positive Wachstumsimpulse sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Dabei trugen die privaten und staatlichen Konsumausgaben, die Ausrüstungsinvestitionen sowie der Außenbeitrag gleichermaßen zum Anstieg des

BIP bei. Insbesondere die positive Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen und den privaten Konsumausgaben verdeutlicht, dass sich die außenwirtschaftlichen Impulse sowie die verbesserte Arbeitsmarktsituation in eine weitere Belebung der Binnennachfrage übersetzt haben.

Die weiterhin gute Stimmung in den Unternehmen und bei den Konsumenten sowie der Aufwärtstrend der meisten "harten" Konjunkturindikatoren signalisieren, dass sich der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland fortsetzen dürfte. Allerdings zeichnet sich ein wesentlich moderateres Wachstumstempo als im 1. Halbjahr ab. Dies dürfte insbesondere auf das Nachlassen der globalen Aktivität im Zuge des Auslaufens staatlicher Stützungsmaßnahmen zurückzuführen sein.

Die Einzelergebnisse nach Verwendungsaggregaten und Wirtschaftsbereichen für das 3. Quartal 2010 werden erst am 23. November veröffentlicht. Die monatlichen Konjunkturindikatoren lassen aber folgende Entwicklungstendenzen erkennen:

Im Zuge der sich abzeichnenden globalen konjunkturellen Verlangsamung hat sich das Expansionstempo im Außenhandel verringert. Die nominalen Warenausfuhren wurden im September nach zwei

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

monatlichen Rückgängen in Folge wieder ausgeweitet. Der Grundtendenz nach sind die Warenexporte klar aufwärtsgerichtet. Zwar hat sich die Exportdynamik im Vergleich zum außerordentlich positiven 2. Quartal deutlich abgeschwächt. Dennoch konnte im 3. Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal ein spürbarer Anstieg der Warenausfuhren beobachtet werden.

Für den Zeitraum von Januar bis September lag das kumulierte nominale Ausfuhrergebnis deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau (Ursprungswerte: +19,0%). Dabei wurden die Ausfuhren in Drittländer (+26,4%) besonders stark ausgeweitet. Aber auch bei den Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+16,9%) sowie in den Euroraum (+13,4%) konnte in diesem Zeitraum ein deutliches Plus verzeichnet werden.

Im Gegensatz zu der Ausweitung der Warenexporte im September nahmen die Wareneinfuhren in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber August leicht ab. Im Vorquartalsvergleich zeigt sich jedoch eine merkliche Zunahme. Der stärkere Anstieg der Warenexporte im Vergleich zur Zunahme der Importe ist ein Indiz dafür, dass die Nettoexporte in den Sommermonaten positiv zum BIP-Anstieg beigetragen haben. Insgesamt wurde im Zeitraum von Januar bis September das Einfuhrergebnis um 19,4% übertroffen. Mit Blick auf die Struktur der deutschen Warenimporte kam dem intraeuropäischen Handel die größte Bedeutung zu. Mehr als 60 % der Einfuhren entfielen auf die EU27-Länder und hiervon wiederum rund 70% auf den Handel innerhalb des Euroraums. Die insgesamt lebhafte Außenhandelstätigkeit spiegelt sich ebenfalls im Anstieg des Aufkommens der Einfuhrumsatzsteuer für den Zeitraum Januar bis Oktober wider (+ 22,5% gegenüber Vorjahr).

Das aktuelle Indikatorenbild und die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen deuten weiterhin auf positive außenwirtschaftliche Wachstumsimpulse

im Schlussquartal hin: So signalisieren aktuelle Stimmungsindikatoren wie die ifo-Exporterwartungen, der Einkaufsmanagerindex und der OECD Composite Leading Indicator, dass sich die Absatzchancen deutscher Unternehmen im Ausland zu Beginn des 4. Quartals wieder erhöhen könnten. Allerdings dürfte die Entwicklung der Exporttätigkeit nicht mehr so dynamisch wie im 1. Halbjahr dieses Jahres verlaufen. Eine im weiteren Verlauf moderatere Exporttätigkeit erwartet auch die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion, allerdings dürften die außenwirtschaftlichen Wachstumsimpulse im Jahresdurchschnitt 2010 noch erheblich sein.

Zum Ende des 3. Quartals legte auch die deutsche Industrie eine Wachstumspause ein. So war die industrielle Erzeugung im September gegenüber dem Vormonat leicht rückläufig (saisonbereinigt). Dies war vor allem auf eine deutliche Reduzierung der Produktion von Vorleistungsgütern zurückzuführen. Im Durchschnitt des 3. Quartals konnte die industrielle Produktion jedoch gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet werden. Das Plus kam aus allen drei Gütergruppen. Die Investitionsgüterproduktion trug am stärksten zum Anstieg der industriellen Erzeugung bei (+ 2,2 % gegenüber dem Vorquartal).

Die Umsätze in der Industrie blieben im September ebenfalls hinter dem Ergebnis des Vormonats zurück (saisonbereinigt). Dabei waren sowohl die Inlands- als auch die Auslandsumsätze rückläufig. Im Vorquartalsvergleich sind die industriellen Umsätze hingegen weiter aufwärtsgerichtet.

Der Auftragseingang in der Industrie zeigte im September – nach einer kräftigen Ausweitung im Vormonat aufgrund überdurchschnittlicher Großaufträge – die erwartete Gegenbewegung. Allerdings fiel der Rückgang gegenüber August sehr kräftig aus. Neben der deutlichen Abnahme der Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern sank vor allem auch die Auslandsnachfrage nach Vorleistungsgütern.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2009		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1. Q. 10	2. Q. 10	3. Q. 10	1. Q. 10	2. Q. 10	3. Q. 10
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,2	-4,7	+0,6	+2,3	+0,7	+2,2	+4,3	+3,9
jeweilige Preise	2 3 9 7	-3,4	+0,7	+2,3	+0,7	+3,2	+5,1	+4,2
Einkommen ¹								
Volkseinkommen	1 792	-4,2	+2,2	+1,5		+6,5	+8,3	
Arbeitnehmerentgelte	1 226	+0,2	+1,1	+0,9		+1,3	+2,5	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	566	-12,6	+4,5	+2,6		+17,3	+21,9	
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 554	-1,0	+1,0	+0,5		+1,8	+1,5	
Bruttolöhne und -gehälter	992	-0,2	+0,7	+1,1		+1,2	+2,5	
Sparen der privaten Haushalte	177	-5,7	+7,3	-2,1		+5,5	+4,5	
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	2	2009	Veränderung in % gegenüber					
	Mrd.€	ggü.Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	in%	Aug 10	Sep 10	Dreimonats- durchschnitt	Aug 10	Sep 10	Dreimonats- durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	86	+6,1	-1,9		+2,4	+0,9		+0,5
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	-0,2	+3,0	+4,3	+25,0	+22,5	+21,5
Waren-Importe	665	-17,5	+0,3	-1,5	+2,6	+29,3	+18,0	+24,2
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden	94,3	-15,5	+1,5	-0,8	+1,6	+11,0	+7,9	+10,0
Gewerbe (Index 2005 = 100) ²								
Industrie ³	93,7	-17,3	+1,8	-0,9	+1,8	+13,0	+8,8	+11,5
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,0	-0,2	+0,4	-0,1	+2,1	+4,6	+4,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe ²								
Industrie (Index 2005 = 100) ³	92,8	-17,6	+2,0	-1,1	+1,1	+11,4	+7,2	+9,7
Inland	93,1	-14,4	+0,6	-0,8	+0,6	+6,0	+4,6	+6,2
Ausland	92,6	-21,1	+3,5	-1,6	+1,7	+17,7	+10,1	+13,8
Auftragseingang (Index 2005 = 100) ²						<u>·</u>		
Industrie ³	87,2	-21,6	+3,5	-4,0	+1,7	+21,2	+13,9	+17,8
Inland	88,6	-18,2	-0,2	-0,6	-0,4	+11,3	+11,7	+11,0
Ausland	86,1	-24,4	+6,6	-6,6	+3,4	+29,9	+15,8	+23,8
Bauhauptgewerbe	95,6	-7,0	-1,2		-2,4	-1,2		-1,1
Umsätze im Handel (Index 2005=100)	33,0	.,0		·		.,_	·	.,1
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,6	-2,5	-0,5	-1,7	+0,3	+3,0	+0,9	+2,1
	02.0	100		10.4		0.3		

-0,8

+0,4

+3,0

-0,2

-1,9

-3,4

+0,6

93,6

Handel mit Kfz

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2009		Veränderung in Tsd. gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
			Aug 10	Sep 10	Okt 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-17	-37	-3	-283	-315	-283	
Erwerbstätige, Inland	40,27	-0,0	+38	+35		+305	+348		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+48			+436			
Preisindizes 2005 = 100	:	2009	Veränderung in % gegenüber						
		and Mark to 00		Vorperiode			Vorjahr		
	Index	ggü. Vorj. in %	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	
Importpreise	100,5	-8,6	+0,2	+0,3		+8,6	+9,9		
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	108,0	-4,2	+0,0	+0,3		+3,2	+3,9		
Verbraucherpreise	107,0	+0,4	+0,0	-0,1	+0,1	+1,0	+1,3	+1,3	
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saison bereinigte Salden								
	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	
Klima	-4,1	+2,7	+2,5	+3,1	+11,7	+12,7	+12,8	+14,5	
Geschäftslage	-14,1	-4,9	-4,6	-1,2	+9,7	+12,4	+15,4	+16,1	
Geschäftserwartungen	+0,0	+10,6	+9,9	+7,4	+13,7	+12,9	+10,2	+12,8	

¹Rechenstand August 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Im Vorquartalsvergleich ist das industrielle Bestellvolumen dennoch weiterhin aufwärtsgerichtet. Dabei steht die kräftige Ausweitung der Auslandsnachfrage der leicht rückläufigen Inlandsnachfrage gegenüber. Die Abnahme der inländischen Bestellungen war vor allem auf eine verringerte Nachfrage nach Vorleistungsgütern zurückzuführen, während die Auftragseingänge für Investitions- und Konsumgüter merklich zunahmen.

Die Produktionstätigkeit im Bauhauptgewerbe konnte im September gegenüber dem Vormonat leicht ausgeweitet werden. Der Vorquartalsvergleich zeigt jedoch, dass sich die Bauproduktion wenig dynamisch entwickelt. Dies könnte bereits auf nachlassende Impulse der staatlichen Fördermaßnahmen in diesem Bereich hindeuten.

Während eine deutliche Gegenbewegung beim industriellen Bestellvolumen für September erwartet worden war, stellt

der merkliche Produktionsrückgang vor dem Hintergrund einer zuvor günstigen Auftragsentwicklung eine gewisse Überraschung dar. Allerdings hatten die Umfrageergebnisse wichtiger Frühindikatoren bereits im September auf eine leichte Abschwächung der industriellen Dynamik hingedeutet. Erstmals seit März 2009 war es beim ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe zu keiner weiteren Verbesserung gekommen. Zugleich war der Einkaufsmanagerindex im September den zweiten Monat in Folge rückläufig. Damit scheinen die Stimmungsindikatoren die Schwankungen im industriellen Wachstumstempo derzeit gut nachzuzeichnen. Vor diesem Hintergrund weisen sowohl der Anstieg des ifo-Indikators sowie die Verbesserung des Einkaufsmanagerindex im Oktober auf einen günstigen Einstieg der deutschen Industrie in das Schlussquartal hin. Daher dürfte sich die in den Sommermonaten insgesamt

²Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

³Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

positive Entwicklung des industriellen Auftragseingangs zum Jahresende voraussichtlich in eine wieder stärkere Produktionstätigkeit übersetzen.

Der private Konsum hat im 3. Quartal zum Wirtschaftswachstum beigetragen, wenngleich die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im 3. Vierteljahr in saisonbereinigter Betrachtung nur leicht gegenüber dem 2. Quartal anstiegen. Dagegen wurden die Umsätze im Kfz-Handel im 3. Vierteljahr spürbar ausgeweitet. Dies steht im Einklang mit dem leichten Aufwärtstrend der Neuzulassungen für private Pkw. In Anbetracht der günstigen Arbeitsmarktlage und der verbesserten Einkommenssituation der privaten Haushalte dürfte sich die Belebung des privaten Konsums fortsetzen. Dafür spricht auch die gute Stimmung der Konsumenten und der Einzelhändler. Allerdings signalisieren einzelne Teilkomponenten der entsprechenden Umfrageindikatoren, dass die Konsumtätigkeit im weiteren Verlauf etwas zurückhaltender ausfallen könnte: Anschaffungsneigung der Verbraucher (GfK-Umfrage) sowie die Geschäftserwartungen der Einzelhändler (ifo-Umfrage) waren im Oktober etwas weniger positiv als im Vormonat.

Der konjunkturelle Aufschwung spiegelt sich in einer weiteren Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt wider. So verringerte sich die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) im Oktober erheblich gegenüber dem Vorjahr und lag mit 2,945 Millionen Personen erstmals seit Herbst 2008 wieder unter der Drei-Millionen-Marke. Die entsprechende Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum um 0,7 Prozentpunkte auf 7,0 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging gegenüber September nur leicht zurück. Damit hat der Abbau der Arbeitslosigkeit in der Verlaufsbetrachtung im Vergleich zu den Vormonaten etwas an Dynamik verloren.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) nahm im September gegenüber dem Vormonat in etwa gleichem Maße zu wie jeweils in den vorangegangenen drei Monaten. Nach Ursprungswerten betrug die Erwerbstätigenzahl 40,902 Millionen Personen und lag damit spürbar über dem entsprechenden Vorjahresstand.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg – laut Hochrechnung der BA – im August erneut an. In saisonbereinigter Betrachtung wurde das Vorkrisenniveau nunmehr um 230 000 Personen übertroffen. Nach Ursprungswerten gingen im August 436 000 Personen mehr einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach als vor einem Jahr (Juli: +384 000 Personen). Hierzu trug die Ausweitung der Vollzeitbeschäftigung (+243 000 Personen gegenüber dem Vorjahr) deutlich stärker bei als die der Teilzeitbeschäftigung (+190 000 Personen). Die Betrachtung nach Branchen im Vorjahresvergleich zeigt vor allem starke Anstiege bei Arbeitnehmerüberlassungen und im Gesundheits- und Sozialwesen. Auch in der Bauwirtschaft legte die Beschäftigung zu. Im Verarbeitenden Gewerbe gab es nur noch geringe Beschäftigungsverluste (-0,8 % gegenüber dem Vorjahr).

Insbesondere der deutliche Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie der weitere Rückgang der konjunkturell bedingten Kurzarbeit – die im August 2010 nur noch rund ein Zehntel des Höhepunkts der Inanspruchnahme im Mai 2009 erreichte – verdeutlichen, dass die Unternehmen von einer Fortsetzung des Aufschwungs ausgehen. Dafür spricht auch, dass im Verarbeitenden Gewerbe eine große Anzahl von Unternehmen plant, Personal aufzustocken (ifo-Umfrage). Auch der Anstieg des Stellenindex BA-X signalisiert eine weitere Zunahme der Arbeitskräftenachfrage.

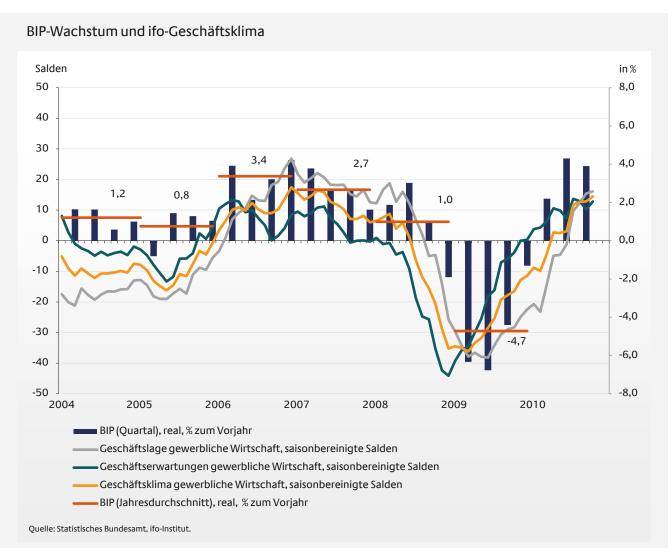
Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland lag im Oktober um 1,3 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der Anstieg war damit – wie bereits im September – etwas höher als im Durchschnitt des 1. Halbjahrs 2010. Insgesamt fällt der Preisanstieg im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

mit knapp über 1% jedoch weiterhin sehr niedrig aus. Die jährliche Teuerungsrate wurde im Oktober erneut vor allem von Preisanstiegen bei Energieprodukten (+ 5,1%) bestimmt. Dabei verteuerten sich Heizöl und Kraftstoffe spürbar. Auch Preise für Strom und Gas stiegen binnen Jahresfrist an. Billiger wurden dagegen Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung von Energiegütern liegt der VPI um 0,9% über dem Vorjahresniveau. Neben Energie verteuerten sich auch Nahrungsmittel (+ 2,9%). Insbesondere bei Obst und Gemüse sowie bei Speisefetten und –ölen war ein deutlicher Preisanstieg zu beobachten.

Der Preisanstieg auf den vorgelagerten Produktionsstufen hat sich angesichts der konjunkturellen Aufwärtsbewegung der Weltwirtschaft fortgesetzt. So verteuerte sich Rohöl im September im Vergleich zum Vorjahr mit einem durchschnittlichen Preis von gut 78 US-Dollar je Barrel weiterhin deutlich (+ 15,8 %). Auch die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel zeigen einen klaren Aufwärtstrend. Deren Niveau liegt nur noch rund 3 % unter dem Höchststand vom Juli 2008.

Der Aufwärtstrend der Preise auf dem Weltmarkt spiegelt sich auch in einem erneut starken Anstieg der Preise für Importe im September wider. Die Verteuerung von Importen ist vor allem auf höhere Preise für Energie, Rohstoffe und Metalle zurückzuführen. Besonders preistreibend wirkte dabei die Zunahme der Importpreise



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

von Rohöl (+28,1%), Mineralölerzeugnissen (+28,3%) und Erdgas (+30,4%). Ohne Berücksichtigung von Energieprodukten lagen die Einfuhrpreise um 7,1% über ihrem Vorjahresniveau. Bei Rohstoffen verteuerte sich insbesondere Eisenerz (+90,1%). Importpreise für Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen stiegen ebenfalls kräftig an.

Auch die Erzeugerpreise lagen im September deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Den größten Einfluss auf die Jahresteuerungsrate hatten Preiserhöhungen für Energie (+ 6,7%). Dabei waren Mineralölerzeugnisse (+ 13,3%) und Erdgas (+ 11,1%) wesentlich teurer als vor einem Jahr. Ohne Berücksichtigung von

Energie lagen die Erzeugerpreise um 2,8 % höher als im September 2009. Darüber hinaus konnte auch bei den Erzeugerpreisen von Vorleistungsgütern ein spürbarer Anstieg verzeichnet werden (+ 5,9 %). Hierzu trug vor allem die Verteuerung der Herstellung von Metallen bei.

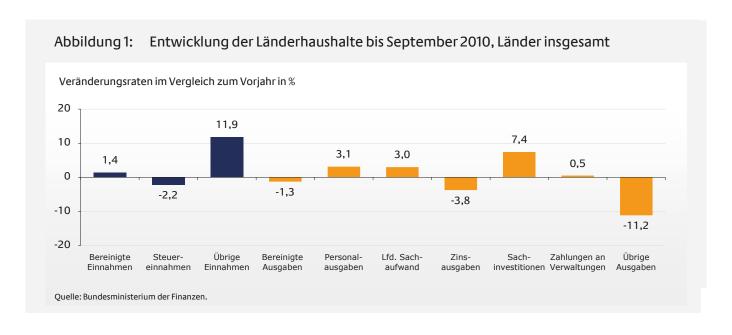
Im Zuge einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs dürften die Preiserhöhungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen zumindest teilweise auch auf die Verbraucherstufe durchwirken. Insgesamt rechnen jedoch die Bundesregierung sowie die nationalen und internationalen Institutionen damit, dass das ruhige Preisklima auf der Verbraucherstufe anhalten dürfte.

Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2010

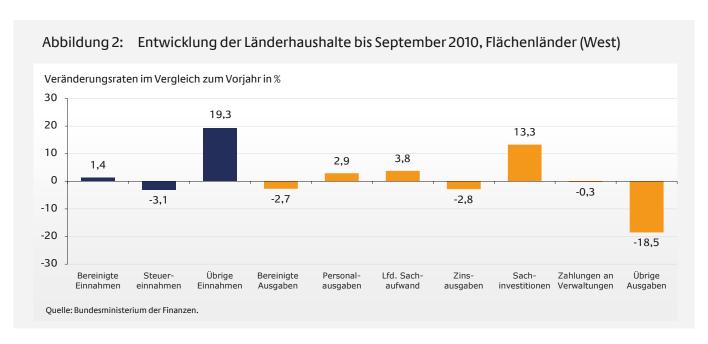
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2010

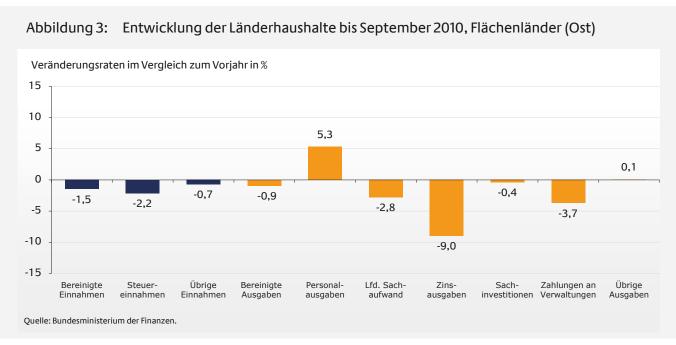
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich September 2010 vor.

Die Einnahmen der Ländergesamtheit erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,4 %, während die Ausgaben um - 1,3 % zurückgeführt wurden. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um - 2,2% gesunken (Flächenländer West - 3,1%, Flächenländer Ost - 2,2%, Stadtstaaten + 4,6%). Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug am Ende des 3. Quartals 2010 rund - 16 Mrd. € und fiel damit rund 5,5 Mrd. € günstiger aus als der entsprechende Vorjahreswert. In den Planungen für das Gesamtjahr 2010 sehen die Länder insgesamt einen Finanzierungssaldo von rund - 33,5 Mrd. € vor.

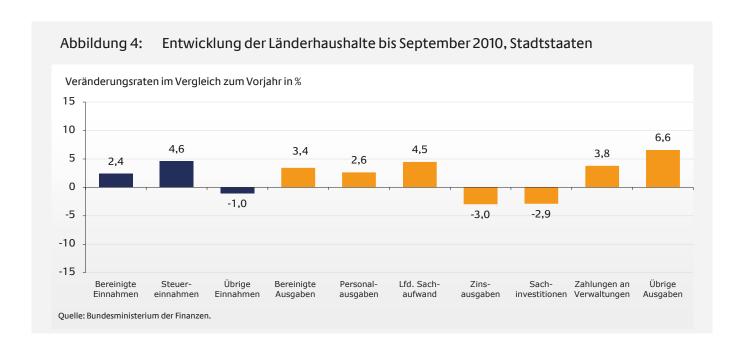


Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2010





Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2010



EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 19. Oktober 2010 in Luxemburg

Finanzdienstleistungen: Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM)

Die ECOFIN-Minister erzielten eine Einigung zur AIFM-Richtlinie und machen damit den Weg frei, um die Triloggespräche mit dem Europäischen Parlament abzuschließen und die Richtlinie zügig verabschieden zu können. Die AIFM-Richtlinie setzt die G20-Vereinbarung um, wonach alle systemrelevanten Finanzmarktteilnehmer einer Regulierung und Aufsicht unterliegen sollen.

Mit der AIFM-Richtlinie wird ein robuster Regulierungsrahmen für Manager von alternativen Fonds wie Hedgefonds und Private-Equity-Fonds, aber auch Spezialfonds und Immobilienfonds geschaffen. Diese waren auf EU-Ebene bisher unreguliert. In Deutschland sind insbesondere Spezialfonds mit einem Gesamtvermögen von 720 Mrd. € sowie offene Immobilienfonds mit einem Gesamtvermögen von 110 Mrd. € betroffen.

Manager von alternativen Fonds brauchen zukünftig EU-weit eine Zulassung durch die jeweilige nationale Aufsichtsbehörde und werden von dieser fortlaufend beaufsichtigt. Die Richtlinie sieht eine enge Kooperation zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden vor, wenn Fonds und Manager in verschiedenen Mitgliedstaaten ihren Sitz haben. Dadurch wird eine effektive Aufsicht gewährleistet. Die EU-Aufsichtsbehörden erhalten von den nationalen Aufsichtsbehörden die notwendigen Informationen, die für die Stabilität des Finanzsystems relevant sein können, wie z. B. Verschuldungsgrad und Anlagestrategie von großen Hedgefonds.

Ab dem Jahr 2013 erhalten europäische Manager alternativer Fonds einen EU-Pass, mit dem sie ihre Fonds EU-weit vertreiben können. Zwei Jahre später (2015) sollen auch ausländische Manager die Möglichkeit erhalten, einen solchen EU-Pass zu bekommen, wenn die Funktionsfähigkeit der Märkte erhalten bleibt. Um eine Zulassung zu erhalten, müssen Fondsmanager zukünftig Mindestkapital vorhalten, dessen Höhe sich am Risikoprofil der verwalteten Fonds orientiert, und ein geeignetes Risikomanagement nachweisen. Sie müssen eine Depotbank einschalten, die das Fondsvermögen im Interesse der Investoren verwahrt und überwacht.

Die Bewertung des Fondsvermögens ist häufig auch Grundlage für die Berechnung der Managervergütung. Um hier Manipulationen entgegenzuwirken, muss der Manager eine organisatorisch unabhängige Einheit in seinem Unternehmen mit der Bewertung beauftragen. Zusätzlich wird die Bewertung durch die Depotbank überprüft. Der Manager hat weitgehende Offenlegungspflichten gegenüber seinen Investoren und den Aufsichtsbehörden. So muss er z. B. seine Investoren darüber informieren, welche Investmentstrategie er verfolgen wird, welche Bewertungsmethode er verwendet sowie über den Einsatz von Fremdkapital, um Hebeleffekte zu erzielen (Leverage). Die Aufsichtsbehörden sind z.B. über das Risikoprofil des Fonds, illiquide Vermögensgegenstände und über die Durchführung von Leerverkäufen zu informieren.

Die AIFM-Richtlinie sieht außerdem Regeln für die Vergütung von Fondsmanagern vor. Damit soll erreicht werden, dass sich die Vergütung an den Interessen der Investoren und einer langfristig guten Entwicklung des Fonds ausrichtet.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

Bei der Richtlinie über die Verwaltungszusammenarbeit (sogenannte Amtshilferichtlinie) geht es um die gegenseitige Amtshilfe der Steuerbehörden in den Mitgliedstaaten bei der Festsetzung von Steuern. Eine der wichtigsten Neuerungen ist der Umgang mit der Berufung auf das Bankgeheimnis, um eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit abzulehnen. Ein um Auskunft ersuchter Mitgliedstaat soll künftig einem anderen Mitgliedstaat Auskünfte über einen Steuerpflichtigen nicht allein deshalb verweigern können, weil diese Information sich im Besitz einer Bank oder eines anderen Geldinstituts befindet. Eine weitere Neuerung ist, dass künftig zur Erhöhung der Transparenz in steuerlichen Angelegenheiten ein automatisches Auskunftssystem zwischen den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten etabliert werden soll. Nachdem unter spanischer Präsidentschaft zur Amtshilferichtlinie keine Einigung erzielt werden konnte, griff die belgische Präsidentschaft das Thema erneut auf. Die ECOFIN-Minister hatten eine intensive Diskussion, die fortgeführt wird.

Reverse-Charge-Verfahren für Mobiltelefone und Prozessoren

Nachdem sich die ECOFIN-Minister bei ihrer Sitzung im Dezember 2009 auf eine fakultative befristete Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens im Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten geeinigt hatten, wurde nun Deutschland, Italien und Österreich eine befristete Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens auch für Mobiltelefone und Prozessoren auf der Grundlage von Einzelermächtigungen gewährt. Das Vereinigte Königreich erhielt

eine Verlängerung der ihm insoweit bereits erteilten Ermächtigung. Die Ermächtigungen gelten zunächst bis Ende 2013 und können bei Bedarf verlängert werden. Mit dem Reverse-Charge-Verfahren wird die Umsatzsteuerschuld vom leistenden Unternehmer auf den unternehmerischen Leistungsempfänger verlagert. Damit wird dem Umsatzsteuerbetrug begegnet. Auch die Finanzministerkonferenz der Länder (FMK) hatte die Bundesregierung gebeten, sich für die Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens in diesen Sektoren einzusetzen. Das ifo-Institut bezifferte 2005 die Umsatzsteuerausfälle in Verbindung mit Karussellgeschäften in Deutschland auf 2,1 Mrd. €. Die Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens würde solche Betrugsgeschäfte weitgehend unmöglich machen.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Litauen und Rumänien befinden sich - ebenso wie zahlreiche andere Mitgliedstaaten - in einem Defizitverfahren. Sie sind aufgerufen, ihre übermäßigen Defizite bis zum Jahr 2012 zu beenden. Die Frist für die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Beendigung ihrer übermäßigen Defizite wurde bei beiden Staaten auf den 16. August 2010 festgesetzt. Die Europäische Kommission kam in ihrer Überprüfung zu der Einschätzung, dass beide Staaten wirksame Maßnahmen ergriffen haben und derzeit keine weiteren Schritte im Verfahren notwendig sind. Der ECOFIN-Rat bestätigte diese Einschätzung.

Hochschulbildung

Der ECOFIN-Rat verabschiedete Ratsschlussfolgerungen zur Effizienz und Effektivität der öffentlichen Ausgaben für tertiäre Bildung. Darin wird folgendes festgehalten: Hochschulen benötigen mehr Finanzautonomie und Flexibilität und eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Die private Finanzierung sollte einen

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Beitrag leisten. Eine frühzeitige Förderung, die bereits in der Vorschule ansetzen sollte, kann die Chancengleichheit beim Hochschulzugang erhöhen. Angesichts des Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte bestehe ein dringender Bedarf, Effektivität und Effizienz der staatlichen Ausgaben für die Tertiärbildung zu erhöhen.

Finanzrahmenwerk – Auswertung bewährter Verfahren

In den ECOFIN-Schlussfolgerungen vom 18. Mai 2010 wurden die Europäische Kommission und der Wirtschaftspolitische Ausschuss gebeten, gute Beispiele für nationale Finanzrahmen (z. B. Fiskalregeln) zu identifizieren.
Daraufhin wurden die Finanzinstitutionen in Österreich, Schweden und den Niederlanden analysiert. Dabei wurde festgestellt, dass gute Finanzrahmen vor allem durch einen regelbasierten Rahmen, eine mittelfristige Perspektive, unabhängige Institutionen, einen umfassenden Ansatz, zentralisierte Budgetprozesse, eine starke politische Selbstverpflichtung und regelmäßige Evaluierung und Anpassung gekennzeichnet sind. Der ECOFIN-Rat verabschiedete hierzu Ratsschlussfolgerungen.

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

6./7. Dezember 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
16./17. Dezember 2010	Europäischer Rat in Brüssel
17./18. Januar 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

4. bis 6. Mai 2010	Steuerschätzung in Lübeck
bis 25. Juni 2010	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
2. Juli 2010	Zuleitung an Kabinett
7. Juli 2010	Kabinettbeschluss
13. August 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
14. bis 17. September 2010	1. Lesung Bundestag
24. September 2010	1. Beratung Bundesrat
27. September bis 10. November 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
2. bis 4. November 2010	Steuerschätzung in Baden-Baden
15. Oktober 2010	Stabilitätsrat
11. November 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
23. bis 26. November 2010	2./3. Lesung Bundestag
17. Dezember 2010	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010
	2011	
Januar 2011	Dezember 2010	28. Januar 2011
Februar 2011	Januar 2011	21. Februar 2011
März 2011	Februar 2011	21. März 2011
April 2011	März 2011	21. April 2011
Mai 2011	April 2011	20. Mai 2011
Juni 2011	Mai 2011	20. Juni 2011
Juli 2011	Juni 2011	20. Juli 2011
August 2011	Juli 2011	22. August 2011
September 2011	August 2011	22. September 2011
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010	38
Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2010	45
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2010	54
Die Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe	59
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in	
Gyeonqju	68

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2. BIS 4. NOVEMBER 2010

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010

1	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	38
	Steuerrechtsänderungen	
	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
4	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	39
4.1	Schätzergebnisse insgesamt	39
	Schätzergebnisse Einzelsteuern	

- Die günstige konjunkturelle Entwicklung ab dem 2. Quartal 2010 hat zu einer Erholung der Steuereinnahmen geführt.
- Nach der aktuellen Schätzung nehmen die öffentlichen Haushalte im Jahr 2010 insgesamt 15,2 Mrd. € und in den Jahren 2011 22,4 Mrd. € und 2012 23,4 Mrd. € mehr ein als noch im Mai 2010 erwartet.
- Trotzdem werden Bund und Länder das Niveau des Jahres 2008 bis zum Jahr 2012 voraussichtlich noch nicht wieder erreicht haben.

Vom 2. bis 4. November 2010 fand in Baden-Baden auf Einladung des Finanzministeriums Baden-Württemberg die 137. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Der Arbeitskreis schätzte das Steueraufkommen für die Jahre 2010 bis 2012. Aufgrund der Einführung des Top-down-Verfahrens der Haushaltsaufstellung beim Bund wurde der Schätzzeitraum um ein Jahr erweitert.

1 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Bund, Länder und Kommunen können in diesem Jahr und in den beiden Folgejahren mit deutlichen Mehreinnahmen im Vergleich zur letzten Steuerschätzung rechnen. Dadurch entsteht jedoch kein neuer Finanzierungsspielraum. Noch immer klafft zwischen Ausgaben und Einnahmen eine erhebliche Lücke. Die Bundesregierung wird auch im Aufschwung entschlossen am Konsolidierungskurs festhalten. Dies entspricht zudem den Vorgaben der Schuldenbremse: Konjunkturell gute Zeiten

müssen genutzt werden, um schneller zu einer tragfähigen Haushaltslage zu kommen.

2 Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung geht vom geltenden Steuerrecht aus. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2010 waren die finanziellen Auswirkungen des 1. Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu berücksichtigen. Ferner waren die Neuregelung der einkommensteuerlichen Behandlung von Berufsausbildungskosten sowie die Nichtanwendung der Sanierungsklausel bei der Verlustverrechnungsbeschränkung bei Körperschaften einzubeziehen.

3 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt (vergleiche Tabelle 1).

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2. BIS 4. NOVEMBER 2010

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für die Steuerschätzungen Mai 2010 und November 2010

	2010		2011	2011		
	Steuer- schätzung Mai 2010	Steuer- schätzung November 2010	Steuer- schätzung Mai 2010	Steuer- schätzung November 2010	Steuer- schätzung Mai 2010	Steuer- schätzung November 2010
BIP nominal in% gegenüber Vorjahr	+1,8	+4,1	+2,4	+3,0	+2,9	+2,8
BIP real in % gegenüber Vorjahr	+1,4	+3,4	+1,6	+1,8	+1,7	+1,5
Bruttolohn- und Gehaltsumme in % gegenüber Vorjahr	+0,8	+2,4	+1,0	+2,5	+2,5	+2,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen in % gegenüber Vorjahr	+4,0	+17,0	+5,0	+4,2	+3,6	+3,3
Modifizierte letzte inländische Verwendung in%gegenüber Vorjahr	+1,5	+2,7	+1,6	+2,2	+2,4	+2,3

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise außerordentlich schnell erholt. Die konjunkturelle Entwicklung verlief im Sommerhalbjahr günstiger als noch im Frühjahr erwartet. Die in die Zukunft weisenden Wirtschaftsdaten deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs mit moderatem Tempo hin. Im Schätzzeitraum 2010 bis 2012 werden für das nominale Bruttoinlandsprodukt nunmehr Veränderungsraten von +4.1% (2010), +3.0%(2011) und + 2,8 % (2012) erwartet. Dies entspricht gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2010 für die Jahre 2010 bis 2011 einer Aufwärtskorrektur von + 2,3 Prozentpunkten in diesem Jahr und + 0,6 Prozentpunkten im Folgejahr. Der Schätzansatz für den Zuwachs im Jahr 2012 wurde demgegenüber leicht um - 0,1 Prozentpunkt nach unten revidiert.

Die für die Steuerschätzung relevanten Einzelaggregate sind in der Herbstprojektion für das Jahr 2010 ebenfalls deutlich nach oben angepasst worden. Dies betrifft in besonderem Maße die erwarteten Steigerungsraten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (von +4,0% auf +17,0%), aber auch die erwarteten Zuwächse bei der Bruttolohn- und -gehaltsumme und dem Inlandsverbrauch. Aufsetzend auf deutlich angehobenen Niveaus

für das Jahr 2010 wachsen die Aggregate in den Jahren 2011 und 2012 dann zum Teil nicht mehr ganz so stark wie im Frühjahr unterstellt.

4 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

4.1 Schätzergebnisse insgesamt

Die Schätzergebnisse sind Tabelle 2 zu entnehmen. Danach werden die Steuereinnahmen insgesamt gegenüber dem Ist-Ergebnis 2009 in diesem Jahr ungeachtet umfangreicher Steuersenkungen leicht um 1,5 Mrd. € und bis zum Jahr 2012 um weitere 37,7 Mrd. € zunehmen.

Damit wird das Ergebnis des Jahres 2012 lediglich um 2,0 Mrd. € über dem des Jahres 2008 liegen. Während die Gemeinden bereits im Jahre 2012 das Ist-Ergebnis 2008 geringfügig übertreffen, werden der Bund und die Länder das Niveau des Jahres 2008 voraussichtlich noch nicht wieder erreichen.

Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2010 werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2010 voraussichtlich um

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2. BIS 4. NOVEMBER 2010

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung November 2010

	Ist	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2008	2009	2010	2011	2012
1. Bund (Mrd. €)	239,2	228,0	223,7	225,4	234,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,1	-4,7	-1,9	+0,7	+4,1
2. Länder (Mrd. €)	221,9	207,1	208,1	211,3	221,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,9	-6,7	+0,5	+1,5	+4,8
3. Gemeinden (Mrd. €)	77,0	68,4	69,1	72,3	77,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+5,9	-11,2	+1,1	+4,6	+6,7
4. EU (Mrd. €)	23,1	20,5	24,6	28,4	30,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,7	-11,2	+20,1	+15,2	+5,8
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	561,2	524,0	525,5	537,3	563,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,3	-6,6	+0,3	+2,2	+4,8

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

 $Angaben\ in\ Mrd. \in gerundet; Veränderungsraten\ aus\ Angaben\ in\ Mio. \in errechnet.$

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Abbildung 1: Ergebnisse der Steuerschätzungen Mai 2008, Mai und November 2010 in Mrd. € Mai 08 **─**Mai 10 Nov 10 Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2. BIS 4. NOVEMBER 2010

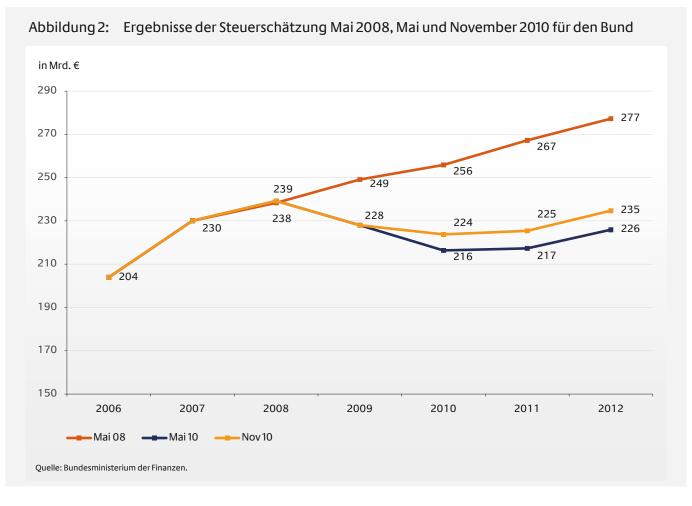
15,2 Mrd. € höher ausfallen (Tabelle 3). Für den Bund ergeben sich dabei Mehreinnahmen von 7,4 Mrd. €, von denen 1,6 Mrd. € auf niedrigere EU-Abführungen zurückzuführen sind. Aber auch die Länder (+ 5,5 Mrd. €) und Gemeinden (+ 3,6 Mrd. €) haben deutliche Zuwächse zu erwarten.

Auch in den Jahren 2011 und 2012 wird das Steueraufkommen über dem Schätzergebnis vom Mai 2010 liegen. Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" hat seine Prognose für 2011 um 22,4 Mrd. € (Bund: +8,1 Mrd. €) und für 2012 um 23,4 Mrd. € (Bund: +8,8 Mrd. €) angehoben. Somit befindet sich das Steueraufkommen mittelfristig wieder auf "Wachstumskurs". Von den Erwartungen der Zeit vor der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die jetzige Schätzung jedoch noch meilenweit entfernt. Die Abbildungen 1 und 2 stellen die Einnahmeerwartungen vom Mai 2008 den

Schätzungen vom Mai 2010 und November 2010 gegenüber. Hieraus wird sichtbar, dass die Einnahmeerwartungen der Steuerschätzung November 2010 sowohl insgesamt als auch für den Bund noch weit unter den Erwartungen vom Mai 2008 liegen. So wurden im Mai 2008 für das Jahr 2012 insgesamt Einnahmen in Höhe von 645 Mrd. € (Bund: 277 Mrd. €) erwartet. Die aktuellen Schätzungen liegen lediglich bei 563 Mrd. € (Bund: 235 Mrd. €).

4.2 Schätzergebnisse Einzelsteuern

Der Schätzansatz für die Lohnsteuer fällt erheblich optimistischer aus als im Mai (vergleiche Tabelle 4). Dem liegt die Erwartung in der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde, dass Niveau und Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter voraussichtlich erheblich höher ausfallen werden als im Frühjahr projiziert. Der deutliche Rückgang



Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2010 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2010 - Ebenen

	Funchairden	Abweichungen					
2010	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:			
	Mai 2010	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung ²	November 2010	
Bund ³	216,4	7,4	-0,1	1,6	5,9	223,7	
Länder ³	202,5	5,5 -0,1 - 5,6		208,1			
Gemeinden ³	65,5	3,6	0,0	-	3,7	69,1	
EU	25,9	-1,3	0,0	-1,6	0,3	24,6	
Steuereinnahmen insgesamt	510,3	15,2	-0,3	0,0	15,4	525,5	
	Frankriador		Abwei	chungen		Ergebnis der	
2011	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Steuerschätzung	
	Mai 2010	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung ²	November 2010	
Bund ³	217,3	8,1	-0,1	-0,5	8,6	225,4	
Länder ³	202,8	8,5	0,0	-	8,5	211,3	
Gemeinden ³	67,3	5,0	0,0	-	5,0	72,3	
EU	27,6	0,8	0,0	0,5	0,3	28,4	
Steuereinnahmen insgesamt	515,0	22,4	-0,1	0,0	22,5	537,3	
	Ergebnis der		Abwei	chungen		Ergebnis der	
2012	Steuerschätzung	Abweichung	davon:				
	Mai 2010	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung ²	November 2010	
Bund ³	225,9	8,8	0,0	0,0	8,8	234,7	
Länder ³	212,6	8,8	0,0	-	8,8	221,3	
Gemeinden ³	71,6	5,6	0,1	-	5,5	77,1	
EU	29,8	0,3	0,0	0,0	0,3	30,0	
Steuereinnahmen insgesamt	539,8	23,4	0,1	0,0	23,3	563,2	

¹2010 ff: Erstes Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 11. August 2010. Einkommensteuerliche Behandlung von Berufsausbildungskosten, BMF-Schreiben vom 22. September 2010. Nichtanwendung Sanierungsklausel der Regelung zur Verlustverrechnungsbeschränkung bei Körperschaften (§ 8c KStG), BMF-Schreiben vom 30. April 2010.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

des geschätzten Bruttoaufkommens 2010 (Kassenaufkommen vor Abzug Kindergeld und Altersvorsorgezulage) gegenüber dem Ist-Aufkommen 2009 ist ein Ausfluss insbesondere des Bürgerentlastungsgesetzes (Aufkommensminderung um - 6,8 Mrd. € im Jahr 2010). Die Anhebung des Kindergeldes mindert dann das Kassenaufkommen um weitere - 4,2 Mrd. € gegenüber 2009,

während der Wegfall des nur 2009 gezahlten Kinderbonus (circa 1,5 Mrd. €) in 2010 aufkommenserhöhend wirkt.

Die gewinnabhängigen Steuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer) profitieren von dem im 2. Quartal 2010 eingetretenen konjunkturellen Aufschwung. Für das Jahr 2010 wird nunmehr

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen (Betrag der Konsolidierungshilfen vorbehaltlich der Entscheidung des Stablitätsrates gem. § 2 Abs. 2 Konsolidierungshilfengesetz).

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2010 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2010 - Einzelsteuern

Chauararh	Abwei	Abweichungen (Beträge in Mio. €)				
Steuerart	2010	2011	2012			
Lohnsteuer	2 450	5 800	6 350			
veranlagte Einkommensteuer	4 650	4 150	4 150			
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 375	2 8 7 5	2 385			
Zinsabschlag	-1 467	-1 730	-1 628			
Körperschaftsteuer	3 140	3 8 1 0	4 290			
Steuern vom Umsatz	- 400	950	700			
Gewerbesteuer	3 400	4500	5 050			
Bundessteuern zusammen	1 199	1 264	1 299			
Energiesteuer	300	300	300			
Stromsteuer	50	0	C			
Tabaksteuer	90	20	C			
Versicherungsteuer	140	200	250			
Solidaritätszuschlag	550	750	800			
Kraftfahrzeugsteuer	100	45	20			
sonstige Bundessteuern	-31	-51	- 71			
Ländersteuern, zusammen	399	568	634			
Gemeindesteuern, zusammen	-100	-95	- 95			
Zölle	300	300	280			
Steuereinnahmen insgesamt	14 946	22 392	23 415			

mit einem Wachstum der Unternehmens- und Vermögenseinkommen von +17% gerechnet. Ausgehend von der hohen Basis im Jahr 2010 wird dann allerdings von im Vergleich zum Mai etwas geringeren Wachstumsraten in den Folgejahren ausgegangen.

Da sich die veranlagte Einkommensteuer entgegen den Erwartungen im Mai bisher als krisenresistent erwies – der Aufkommensrückgang im Jahr 2009 war Resultat von Steuerrechtsänderungen (insbesondere Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Wiedereinführung der Pendlerpauschale) –, rechnet der Arbeitskreis für das Jahr 2010 aufgrund ab dem 3. Quartal anziehender Vorauszahlungen und weiterhin erheblicher Nachzahlungen für frühere Jahre mit einem circa + 4,6 Mrd. € höheren Aufkommen als noch im Mai. Der für das Jahr 2011 prognostizierte Aufkommensrückgang ist

hauptsächlich auf die Vorsorge im EuGH-Verfahren "Meilicke" zurückzuführen (-3 Mrd. €). Hier wird eine Entscheidung noch in diesem Jahr erwartet. Mittelfristig wird mit einem weiteren allmählichen Anwachsen des Aufkommens entsprechend der Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen gerechnet.

Nachdem noch im Mai die stark verminderte
Basis im Jahr 2009 und der Einbruch
der Vorauszahlungen im 1. Quartal
2010 zu einer gedämpften Erwartung
hinsichtlich der Entwicklung des
Körperschaftsteueraufkommens geführt
hatten, zeigte sich in der Entwicklung der
Nachzahlungen und Erstattungen in den
folgenden Monaten eine Normalisierung,
die zu einem erheblichen Anstieg des
Aufkommens führte. Im September wiesen
dann auch die Vorauszahlungen eine
Aufwärtsbewegung auf, was darauf hindeutet,

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010

dass der Aufschwung nunmehr auch das Körperschaftsteueraufkommen erreicht hat. Die November-Schätzung geht von einem weiteren Anstieg der Vorauszahlungen auch im Dezember aus und erwartet für 2010 insgesamt + 3 Mrd. € mehr als im Mai. Für 2011 und 2012 wird von weiteren erheblichen Zuwächsen im Aufkommen ausgegangen, welche von einer weiteren Erholung der Vorauszahlungen und zunehmenden Nachzahlungen im Rahmen der Veranlagung von 2010 angetrieben werden.

Auch für die Gewerbesteuer deutet sich in diesem Jahr, anders als noch im Mai erwartet, bereits eine bedeutende Verbesserung der Einnahmesituation ab. Der Arbeitskreis erhöhte seine Erwartungen für 2010 daher gegenüber Mai um + 3,4 Mrd. €. Ebenso wie bei der Körperschaftsteuer wird für beide Folgejahre noch mit hohen Zuwächsen bei den Vorauszahlungen und Nachzahlungen gerechnet, so dass im Jahr 2012 das Rekordergebnis des Jahres 2008 wieder in Reichweite kommt dürfte.

Das Aufkommen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge ist im bisherigen Verlauf des Jahres 2010 stark eingebrochen. Der Arbeitskreis rechnet auch für den Rest des Jahres mit weiteren Rückgängen und verringerte seine Einnahmeerwartung vom Mai nochmals um -1,5 Mrd. € auf nunmehr 8,5 Mrd. €. Als Ursache für diese Entwicklung ist hauptsächlich der Rückgang der Zinssätze anzusehen. In den folgenden Jahren des Schätzzeitraums wird mit einer allmählichen Erholung der Zinssätze und damit auch des Steueraufkommens gerechnet.

Bei den Steuern vom Umsatz geht die November-Schätzung für das Jahr 2010 von einem Zuwachs gegenüber 2009 um +2,5 Mrd. € aus. Die Aufkommenserwartung hat sich somit gegenüber Mai leicht um - 0,4 Mrd. € verringert. Für das Jahr 2011 wird damit gerechnet, dass der Aufschwung auch zu einer Ausweitung des privaten Konsums führt, welcher sich in einer Steigerung des Aufkommens der Steuern vom Umsatz um +3,6 Mrd. € gegenüber 2010 niederschlägt. Somit wurde der Schätzansatz für 2011 um +1 Mrd. € gegenüber Mai angehoben. Im folgenden Jahr wird von einem weiteren moderaten Anstieg des Steueraufkommens ausgegangen.

Das Aufkommen von Energiesteuer und Tabaksteuer wird voraussichtlich im gesamten Schätzzeitraum stagnieren. Es ist zu berücksichtigen, dass die Schätzung entsprechend dem derzeitigen Rechtsstand erfolgte. So wurde die beabsichtigte Anhebung der Steuersätze für Zigaretten und Feinschnitt bei der Schätzung der Tabaksteuer noch nicht berücksichtigt.

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2010

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2010

Ausgaben und Einnahmen des Bundes von Januar bis September 2010

1	Ausgangslage	45
	Finanzpolitische Ausgangslage	
	Ausgangspunkt für den Abbaupfad der Schuldenbremse	
	Eckwerte	
1.4	Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber dem Haushalt 2009	46
	Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen	

- Die unerwartet gute konjunkturelle Entwicklung hilft bei der Begrenzung des Defizits im Bundeshaushalt 2010.
- Die aktuelle November-Steuerschätzung erwartet Mehreinnahmen für den Bundeshaushalt 2010 gegenüber der Mai-Schätzung von 7,4 Mrd. €. Außerdem tragen insbesondere geringere Ausgaben für den Arbeitsmarkt sowie niedrigere Zinsausgaben zu einem verbesserten Haushaltsverlauf bei.
- Diese positive Entwicklung ändert nichts daran, dass der Bund im laufenden Jahr neue Schulden in noch nie dagewesener Höhe wird aufnehmen müssen.

1 Ausgangslage

1.1 Finanzpolitische Ausgangslage

Der Aufschwung in Deutschland setzte sich wenn auch mit vermindertem Tempo - im 3. Quartal 2010 fort. Für das Jahr 2010 wird für das nominale Bruttoinlandsprodukt nunmehr ein Wachstum von + 4,1% (real 3,4%) erwartet. So gestaltet sich der Vollzug des Bundeshaushalts 2010 günstiger, als dies noch im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 unterstellt werden musste. Nunmehr zeichnet sich ab, dass die seinerzeit veranschlagte Nettokreditaufnahme von 80,2 Mrd. € deutlich unterschritten wird. Auf der Einnahmenseite erwartet die aktuelle Steuerschätzung von November 2010 für den Bund gegenüber der Mai-Schätzung Mehreinnahmen von +7,4 Mrd. €, davon +1,6 Mrd. € niedrigere EU-Abführungen. Zusätzlich trugen einmalige

Einnahmen aus der Versteigerung von Frequenznutzungsrechten zum Angebot von Telekommunikationsdiensten zu einer verbesserten Einnahmeentwicklung bei. Diese Einnahmen in Höhe von insgesamt rund 4,4 Mrd. € überstiegen die Erwartungen.

Auf der Ausgabenseite werden durch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt spürbare Entlastungen erwartet. Die aktuellen Schätzungen für den Arbeitsmarkt gehen von Minderausgaben in Höhe von rund 8 Mrd. € aus. Ferner trägt die weiterhin sehr günstige Zinsentwicklung im Bereich der kurzfristigen Kreditaufnahme zur Haushaltsentlastung bei. Diese Minderausgaben werden voraussichtlich einen Betrag von 3 Mrd. € übersteigen. Zudem ist für das Jahr 2010 mit deutlich geringeren Ausfällen aus Gewährleistungen zu rechnen. Die insgesamt überraschend positive Entwicklung rückt eine tatsächliche Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2010

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2010

von rund 50 Mrd. € für das Jahresende in den Bereich des Möglichen. Dies ändert aber nichts daran, dass der Bund im laufenden Jahr allein für den Bundeshaushalt neue Schulden in noch nie dagewesener Höhe aufnehmen muss. So wird die bis dato höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik von 40 Mrd. € im Jahre 1996 deutlich überschritten.

1.2 Ausgangspunkt für den Abbaupfad der Schuldenbremse

Nach der in Art. 115 Grundgesetz verankerten neuen Schuldenregel muss die strukturelle Neuverschuldung bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten unter die dann geltende Obergrenze von höchstens 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) abgesenkt werden. Ausgangspunkt für den ab 2011 einzuhaltenden Abbaupfad ist also die strukturelle Neuverschuldung des Haushalts 2010. Bei dessen Aufstellung im Frühjahr dieses Jahres betrug die geplante strukturelle Neuverschuldung 66,6 Mrd. €. Der hieran anknüpfende Abbaupfad wurde im Sommer bei der Aufstellung von Haushaltsentwurf 2011 und Finanzplan bis 2014 vor dem Hintergrund der bereits zu diesem Zeitpunkt erkennbaren besseren wirtschaftlichen Entwicklung deutlich angepasst. Dem Haushaltsentwurf und Finanzplan wurde nunmehr die Erwartung zugrunde gelegt, dass die strukturelle Neuverschuldung 2010 als Ausgangspunkt für den Abbaupfad auf 53,2 Mrd. € beziehungsweise 2,21% des BIP sinkt. Demnach muss die strukturelle Nettokreditaufnahme ab dem Jahr 2011 jährlich um 0,31 % des BIP abgebaut werden. Die konjunkturellen Entlastungen können nun zur weiteren Absenkung der Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2011 eingesetzt werden.

1.3 Eckwerte

Ausgaben

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich September 2010 liegen mit 230,7 Mrd. € um + 12,1 Mrd. € (+ 5,5 %) über dem Vorjahresergebnis von 218,6 Mrd. €. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf das Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie auf den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen.

Einnahmen

Die Einnahmen des Bundes liegen mit 181,2 Mrd. € bis einschließlich September um 6,8 Mrd. € unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums, also bis einschließlich September 2009. Die Veränderungsrate bleibt wie in den Vormonaten mit - 3,6 % stabil. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um 5,7 Mrd. € zurück. Sie beliefen sich auf 158,8 Mrd. €, was einer unveränderten Veränderungsrate von - 3,4 % entspricht. Die sonstigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 22,4 Mrd. € um - 4,7 % unter dem Vorjahresergebnis.

Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich bis Ende September 2010 ein Finanzierungsdefizit von 49,4 Mrd. €. Es liegt damit um + 18,8 Mrd. € über dem Vorjahresvergleichswert von 30,6 Mrd. €. Zur Finanzierung dieses Defizits war eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 40,8 Mrd. € notwendig. Gegenüber dem Vorjahr war somit eine um 21,6 Mrd. € höhere Neuverschuldung im Vergleichszeitraum Januar bis September erforderlich. Kassenmittel von 8,5 Mrd. € und Münzeinnahmen von 0,1 Mrd. € trugen zur Finanzierung bei.

1.4 Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber dem Haushalt 2009

Tabelle 2 zeigt wesentliche Veränderungen im Haushaltsergebnis bis September 2010 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009.

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2010

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis September 2010 (Ist)	Januar bis September 2009 (Ist)	Veränderung ggü. Vorjah	
		in M	rd. €¹		in %
		Ermittlung	des Finanzierungs	saldos	
1. Ausgaben zusammen	319,5	230,7	218,6	12,1	+5,5
2. Einnahmen zusammen	238,9	181,2	188,0	-6,8	-3,6
Steuereinnahmen	211,9	158,8	164,5	-5,7	-3,4
Sonstige Einnahmen	27,0	22,4	23,5	-1,1	-4,7
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldos	-80,6	-49,4	-30,6	-18,8	+61,6
		Deckung	des Finanzierungssa	aldos	
Nettokreditaufnahme	80,2	40,8	19,2	21,6	+112,2
Kassenmittel	-	8,5	11,2	2,7	-24,1
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	0,4	0,1	0,2	-0,05	-27,9
nachrichtlich: Investive Ausgaben (Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und ähnliches)	28,3	16,1	17,1	-1,0	-5,9

¹Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Arbeitsmarkt

Maßgeblich für die Steigerung der Ausgaben für den Bereich Arbeitsmarktpolitik ist der einmalige Zuschuss des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Jahr 2010 in Höhe von im Soll 12,8 Mrd. €. Dieser war zur Minderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise erforderlich. Bisher hat sich der Arbeitsmarkt ungeachtet des krisenbedingten Konjunktureinbruchs erfreulich robust gezeigt. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Arbeitslosigkeit im Oktober 2010 in beiden Rechtskreisen abgenommen, und zwar im Rechtskreis SGB III um 165,000 Personen oder 15 % und im Rechtskreis SGB II um 118 000 Personen oder 5 %. Im Vergleich mit dem Vorkrisenniveau vom Oktober 2008 hat die Arbeitslosigkeit in saisonbereinigter Rechnung im Rechtskreis SGB III um 33 000 Personen zu- und im Rechtskreis SGB II um 73 000 Personen abgenommen. Möglichen unterjährigen Liquiditätsengpässen der BA wird begegnet, indem die Zahlung der Bundesbeteiligung

gegenüber dem regulären Zahlungszeitpunkt am Jahresende vorgezogen und die unterjährigen Abschlagszahlungen für den Eingliederungsbeitrag bis zum Jahresende gestundet werden.

Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhält zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben einen Bundeszuschuss. Ab dem 1. Januar 2009 betrug der Beitragssatz zur GKV zunächst 15,5 %, wovon 14,6 % paritätisch und 0,9 % nur von den Arbeitnehmern und Rentnern getragen wurden. Durch das Konjunkturpaket II wurde der Beitragssatz in der GKV ab dem 1. Juli 2009 paritätisch um 0,6 Prozentpunkte von 15,5 % auf 14,9 % gesenkt. Zum Ausgleich wurde der Bundeszuschuss 2009 um 3,2 Mrd. € und 2010 um 6,3 Mrd. € erhöht. Im Rahmen der schrittweisen Erhöhung auf 14 Mrd. € (Endwert ab 2012) ist er 2010 zudem um weitere 1,5 Mrd. €

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2010

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber 2009

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis September 2010 (Ist)	Januar bis September 2009 (Ist)	Veränderung	ı ggü. Vorjahr
		in M	rd. €¹		in %
Arbeitsmarkt	59,3	35,1	27,4	7,6	+27,9
Darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,9	7,9	0,5	7,4	X
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	12,8				
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,2	0,2	0,004	+2,1
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	38,3	26,9	26,7	0,2	+0,8
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	15,7	11,8	5,9	5,8	+97,9
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	11,8	8,9	5,9	2,9	+48,7
Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,9	2,9	-	Х	х
Zinsen	36,8	29,8	32,8	-3,0	-9,2
Leistungen an die Rentenversicherung	80,8	66,2	64,7	1,5	+2,3
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,9	33,2	32,2	1,1	+3,3
zusätzlicher Zuschuss	19,1	15,9	15,6	0,3	+2,2
Postbeamtenversorgungskasse	6,3	4,8	4,5	0,4	+8,5
	Einnahmen				
Steuereinnahmen	211,9	158,8	164,5	-5,7	-3,4
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,3	-	3,4	-3,4	-100,0
Versteigerung von Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten	-	4,4	-	4,4	х
Bundesbankmehrgewinn	-	_	2,8	-2,8	-100,0

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

gestiegen. Daneben erhält die GKV 2010 einmalig einen zusätzlichen Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in Höhe von 3,9 Mrd. €. Insgesamt erhält sie im Jahr 2010 somit Bundeszuschüsse in Höhe von 15,7 Mrd. €, das sind 8,5 Mrd. € mehr als 2009. Dies erklärt die erhebliche Steigerung beim Mittelabfluss.

Zinsen

Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. Die gestiegenen Zinsausgaben resultieren u. a. aus einem

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2010

insgesamt höheren Schuldenstand des Bundes. Dagegen profitiert der Bund derzeit bei seiner Kreditaufnahme von dem gesunkenen Zinsniveau.

Leistungen an die Rentenversicherung (RV)

Die Leistungen an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) steigen von 2009 nach 2010 um rund 1,8 Mrd. € (Ist 2009: 79 Mrd. €, Soll 2010: 80,8 Mrd. €). Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen bei den Bundeszuschüssen zur GRV [allgemeiner Bundeszuschuss: rund +1 Mrd. €; Bundeszuschuss (Ost): rund +0,3 Mrd. €; zusätzlicher Bundeszuschuss: rund +0,4 Mrd. €] und aufgrund gesetzlicher Regelungen zur Anpassung von Bundesleistungen. Die Zahlung der Bundesleistungen erfolgt in monatlichen Raten im Voraus.

Postbeamtenversorgungskasse

Die Postbeamtenversorgungskasse hatte 2005 und 2006 den überwiegenden Teil ihrer Forderungen gegenüber den Post-Aktiengesellschaften verwertet. Die Verwertungserlöse wurden für die Versorgungs- und Beihilfeleistungen der Versorgungsempfänger verwendet. Dadurch konnte der Finanzbedarf der Postbeamtenversorgungskasse in den Jahren 2005 und 2006 vollständig sowie 2007 zu einem erheblichen Teil gedeckt werden (Bundeszuschuss 278 Mio. €). Seit dem Jahr 2008 erfolgt die Finanzierung der Versorgungs- und Beihilfeleistungen der Postbeamtenversorgungskasse fast vollständig aus dem Bundeshaushalt, da nach der Forderungsverwertung die Finanzierungsanteile der Post-Aktiengesellschaften nicht mehr zu deren Deckung zur Verfügung stehen.

Frequenzversteigerung Am 20. Mai 2010 ist die Versteigerung von Nutzungsrechten der Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten zu Ende gegangen. Alle zugelassenen Unternehmen haben Frequenzblöcke ersteigert. Nach 224 Runden an insgesamt 27 Auktionstagen lagen die Erlöse für die 41 Frequenzblöcke bei einer Gesamtsumme in Höhe von rund 4,4 Mrd. €. Diese wurden im Bundeshaushalt vereinnahmt.

Bundesbankmehrgewinn

Nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 Erblastentilgungsfonds-Gesetz erhält der Erblastentilgungsfonds jährlich Zuführungen in Höhe der Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn, die den im Bundeshaushalt veranschlagten Anteil übersteigen. Im Jahr 2009 betrug der Bundesbankmehrgewinn (erzielt im Geschäftsjahr 2008) 2,8 Mrd. €. Da die ursprünglichen Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds weitgehend getilgt sind, trugen die hier nicht benötigten Mittel im Haushaltsjahr 2009 zur Verringerung der Kreditaufnahme des Bundes bei. Im Haushaltsjahr 2010 dient der Bundesbankmehrgewinn (Geschäftsjahr 2009) in Höhe von 0,6 Mrd. € zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds".

2 Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Im Sollbericht 2010 (inklusive 1. Quartal)¹ sind die nachfolgenden Ausgabe- und Einnahmepositionen ausführlich kommentiert. Es folgen die aktualisierten Ist-Werte zum September 2010:

¹ Monatsbericht des BMF, Ausgabe Mai 2010 (ab Seite 40).

Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis September 2010 (Ist)	Januar bis September 2009 (Ist)	Veränderung o	ggü. Vorjahr
		in M	Ird. € ¹		in %
		Ausgaben d	es Bundes für Soziale	Sicherung	
Leistungen an die Rentenversicherung	80,8	66,2	64,7	1,5	+2,3
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,9	33,2	32,2	1,1	+3,3
zusätzlicher Zuschuss	19,1	15,9	15,6	0,3	+2,2
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	8,7	8,6	0,1	+1,5
Erstattungen von einigungsbedingten Leistungen	0,3	0,3	0,3	-0,04	-11,9
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	6,0	5,0	5,0	-0,1	-1,2
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	2,2	2,2	0,03	+1,3
nachrichtlich: Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	1,3	1,3	0,02	+1,5
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	15,7	11,8	5,9	5,8	+97,9
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	11,8	8,9	5,9	2,9	+48,7
Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,9	2,9	-	-	
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	3,0	3,1	-0,05	-1,5
Darunter:					
Alterssicherung	2,3	1,7	1,7	0,003	+0,2
Krankenversicherung	1,3	1,0	1,0	0,1	+7,3
Unfallversicherung	0,2	0,2	0,3	-0,1	-35,6
Arbeitsmarkt	59,3	35,1	27,4	7,6	+27,9
Darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,9	7,9	0,5	7,4	+1 554
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	12,8	-	-	-	
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,2	0,2	0,004	+2,
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	38,3	26,9	26,7	0,2	+0,8
Darunter:					
Arbeitslosengeld II	23,9	17,1	16,9	0,1	+0,9
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,4	2,4	2,7	-0,2	-8,0
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	4,4	3,1	2,9	0,2	+5,
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	4,3	4,1	0,1	+3,3
Elterngeld	4,5	3,5	3,4	0,1	+2,0
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	0,4	0,3	0,3	0,03	+11,8
Wohngeld	0,8	0,7	0,6	0,1	+15,7
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,6	0,4	0,4	0,04	+10,3
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbstätigkeit	0,5	0,5	0,4	0,1	+16,8
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1,9	1,6	1,7	-0,1	-7,8

noch Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis September 2010 (Ist)	Januar bis September 2009 (Ist)	Veränderung	ggü. Vorjahr	
			rd. € ¹		in %	
			Allgemeine Dienste			
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,2	23,0	23,0	-0,001	-0,01	
Obergruppe 55; militärische Beschaffung, Materialerhaltung, Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige Entwicklung	10,5	6,7	6,9	-0,2	-2,5	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6,0	4,2	4,3	-0,1	-1,5	
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,6	1,6	1,7	-0,1	-5,9	
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,6	0,6	0,7	-0,2	-22,6	
Beitrag zu den "Europäischer Entwicklungsfonds"	0,9	0,8	0,7	0,1	+7,5	
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen	0,1	0,1	0,1	-0,001	-1,8	
Politische Führung und zentrale Verwaltung	6,3	4,5	4,7	-0,2	-4,8	
Zivildienst	0,6	0,5	0,5	0,04	+8,3	
Finanzverwaltung	3,9	2,7	2,7	0,1	+2,0	
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,6	2,4	2,5	-0,1	-2,8	
nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7,3	6,0	5,9	0,04	+0,8	
ziviler Bereich	2,8	2,2	2,2	-0,1	-2,3	
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	3,8	3,7	0,1	+2,6	
,		·	ildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur			
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der	9,1	5,2	5,3	-0,04	-0,7	
Hochschulen Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern;	3,3	1,8	1,8	-0,01	-0,6	
darunter Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,4	0,3	0,04	+13,5	
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (FhG) in München	0,4	0,3	0,3	0,02	+8,7	
Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,6	0,8	0,9	-0,1	-10,7	
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) & nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	0,6	0,8	-0,1	-14,8	
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,3	0,4	-0,01	-4,1	
Forschung und Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,1	0,1	-0,01	-7,9	
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	0,3	0,2	0,2	0,01	+7,1	
Forschung Klima, Energie, Umwelt	0,4	0,2	0,2	-0,02	-11,9	
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,4	1,1	1,0	0,04	+3,6	
Hochschulen	2,8	2,0	1,9	0,2	+10,4	
Kompensationsmittel für die Abschaffung der	0,7	0,5	0,5	-		
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG)	0,9	0,7	0,6	0,1	+19,	
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,1	0,2	-0,05	-27,6	
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,3	0,2	0,1	+29,3	
Hochschulpakt 2020	0,5	0,4	0,3	0,1	+30,4	

noch Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis September 2010 (Ist)	Januar bis September 2009 (Ist)	Veränderung g	gü. Vorjahr	
		in M	Ird. € ¹		in %	
		Bildungswesen,	Wissenschaft, Forsch	nung und Kultur		
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,1	0,1	-0,02	-13,6	
Kunst- und Kulturpflege	1,8	1,3	1,3	-0,01	-1,1	
. 3	·	Verkeh	rs- und Nachrichten	wesen		
Straßen	6,3	3,7	4,1	-0,4	-9,4	
Bundesautobahnen	3,6	2,1	2,3	-0,2	-8,8	
Bundesstraßen	2,7	1,5	1,7	-0,2	-11,6	
Wasserstraßen und Häfen	1,8	1,1	1,2	-0,1	-7,7	
Kompensationszahlungen an die Länder wegen	· ·					
Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,0	1,0	-		
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	0,3	0,1	0,1	0,02	+18,4	
Nachrichtlich:						
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4,3	2,8	2,7	0,02	+0,7	
Bundeseisenbahnvermögen	5,3	3,7	3,8	-0,1	-2,9	
	Wirtschaftsförderung					
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	0,4	0,4	-0,03	-5,9	
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	0,7	0,4	0,4	-0,03	-6,3	
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,5	1,4	1,5	-0,1	-4,2	
Mittelstandsförderung	1,0	0,5	0,5	-0,004	-0,8	
Förderung erneuerbarer Energien	0,8	0,4	0,5	-0,1	-12,9	
Gewährleistungen	2,1	0,5	0,4	0,1	+33,1	
Landwirtschaft	1,4	0,5	0,4	0,05	+11,2	
Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"	0,7	0,2	0,2	-0,01	-5,7	
	Übrige Ausgaben					
Zinsen	36,8	29,8	32,8	-3,0	-9,2	
Wohnungswesen	1,3	1,0	0,8	0,1	+18,0	
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,4	0,4	-0,01	-1,6	
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,5	0,4	0,2	+49,2	
Städtebauförderung	0,7	0,2	0,2	0,04	+22,5	
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,4	0,7	0,7	0,01	+1,6	
Gesundheit	0,4	0,2	0,3	-0,01	-4,9	
Umweltschutz	0,4	0,2	0,2	0,03	+17,8	
Sport und Erholung	0,1	0,1	0,1	0,001	+0,8	
Postbeamtenversorgungskasse	6,3	4,8	4,5	0,4	+8,5	
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,2	0,2	-0,01	-5,	

noch Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis September 2010 (Ist)	Januar bis September 2009 (Ist)	Veränderung	ggü. Vorjahr
		, ,	1rd. € ¹		in %
			nnahmen des Bunde	es	
Steuereinnahmen	211,9	158,8	164,5	-5,7	-3,4
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	175,7	130,5	131,4	-0,9	-0,7
Lohnsteuer	53,1	37,5	39,6	-2,2	-5,5
Veranlagte Einkommensteuer	10,2	9,8	8,0	1,8	+22,9
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,3	5,5	5,5	-0,02	-0,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	5,1	3,1	4,5	-1,4	-31,8
Körperschaftsteuer	3,6	3,7	2,7	1,0	+38,2
Steuern vom Umsatz	97,2	70,3	70,5	-0,2	-0,3
Gewerbesteuerumlage	1,2	0,7	0,6	0,1	+12,3
Bundessteuern	92,5	64,6	60,2	4,4	+7,4
Energiesteuer	39,4	24,2	24,7	-0,5	-2,0
Tabaksteuer	13,6	9,4	9,4	-0,03	-0,3
Solidaritätszuschlag	11,0	8,6	8,9	-0,3	-3,6
Versicherungsteuer	10,5	8,7	8,6	0,1	+0,8
Stromsteuer	6,4	4,6	4,7	-0,1	-1,7
Branntweinsteuer	2,1	1,5	1,6	-0,1	-6,8
Kraftfahrzeugsteuer	8,2	6,6	1,9	4,7	+245,8
Kaffeesteuer	1,0	0,7	0,7	0,03	+3,5
Schaumweinsteuer	0,5	0,3	0,3	-0,01	-3,7
Sonstige Bundessteuern	0,003	0,002	0,002	-0,0001	-5,2
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	-3,8	-	0,7	-0,7	-100,0
Abzugsbeträge	-52,5	-36,3	-27,8	-8,5	+30,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12,7	-9,7	-10,2	0,5	-5,0
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-6,9	-5,2	-5,1	-0,1	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1,9	-1,4	-1,5	0,1	-9,2
BNE-Eigenmittel der EU	-22	-13,3	-8,7	-4,6	+53,3
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus KFZ-Steuer	-9,0	-6,7	-2,3	-4,5	+195,1
Sonstige Einnahmen	27,0	22,4	23,5	-1,1	-4,7
Darunter:					
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	-	
Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	0,1	0,1	2,8	-2,7	-98,1
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,1	3,4	3,3	0,04	+1,2
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,3	-	3,4	-3,4	-100,0
Einnahmen aus der streckenbezogener LKW-Maut	4,9	3,2	3,1	0,1	+3,3

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2010

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2010¹

- - Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern liegen zum Ende des 3. Quartals 2010 unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums.
 - Die gewinnabhängigen Steuern haben die Talsohle durchschritten.
 - Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz bleibt weiterhin stabil.
- 1 Entwicklung derSteuereinnahmen (ohneGemeindesteuern) im 1. bis3. Quartal 2010

Die bei Bund und Ländern im 1. bis 3. Quartal 2010 eingegangenen Steuereinnahmen betrugen 351 712 Mio. €, das sind - 1128 Mio. € beziehungsweise - 0,3 % weniger als im 1. bis 3. Quartal 2009.

Die Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2010 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie in Tabelle 1 dar.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2010

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1 3. Viertel	jahr in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2010	2009	in Mio. €	in %	
Gemeinschaftliche Steuern	274938	275 676	-737	-0,3	
Reine Bundessteuern	64 605	60 873	3 732	6,1	
Reine Ländersteuern	8 969	13 560	-4 591	-33,9	
Zölle	3 200	2 732	468	17,1	
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	351 712	352 841	-1 128	-0,3	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2010

Die gemeinschaftlichen Steuern

unterschritten im 1. bis 3. Quartal 2010 ihr Vorjahresniveau um - 0,3 %. Deutlichen Steigerungen bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer standen Einbußen bei der Lohnsteuer und der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge gegenüber. Die Verluste des 1. Quartals (- 5,2 %) konnten in den beiden Folgequartalen (+ 4,2 % beziehungsweise + 0,2 %) nahezu aufgeholt werden.

Die Bruttoeinnahmen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) aus der Lohnsteuer lagen im Berichtszeitraum um - 3,3 % unter dem Vorjahresniveau, bedingt vor allem durch die Rechtsänderungen des Bürgerentlastungsgesetzes. Des Weiteren erhöhten sich die Abzugsbeträge: Aufgrund des zu Jahresbeginn erneut angehobenen Kindergeldes nahmen die Kindergeldzahlungen um + 3,7% zu. Auch die deutlich höheren Auszahlungen von Altersvorsorgezulage (+9,9%) wirkten sich erneut stark aufkommensmindernd aus. Somit sank das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer im 1. bis 3. Quartal 2010 um - 5,7% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2009.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer übertrafen in den Monaten Januar bis September des Jahres 2010 ihr Vorjahresniveau um + 22,9 %. Die aus dieser Steuer zu leistenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG reduzierten sich um - 15,5 %, wobei die Basis zu Beginn des Jahres 2009 noch durch die Erstattungen aufgrund der Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale stark überhöht war. Die Zahlungen der Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, gingen um - 27,1% zurück.

Auch bei der **Körperschaftsteuer** zeigt sich im Jahresverlauf die Erholung der Wirtschaft. Das Kassenaufkommen verzeichnete Mehreinnahmen von + 38,2%. Dieser Zuwachs ist vor allem auf erheblich

geringere Erstattungen für zurückliegende Veranlagungszeiträume zurückzuführen. Aufgrund wieder steigender Gewinne kam es aber im 3. Quartal auch zu höheren Vorauszahlungen. Die Auszahlung von Steuerguthaben aus Altkapital belief sich im 1. bis 3. Quartal 2009 auf insgesamt 1,3 Mrd. € und erreichte damit etwa das gleiche Niveau wie im Vorjahr. Die Investitionszulagen nahmen im Berichtszeitraum um rund ein Drittel ab (-31,0%).

Die Ergebnisse bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge von kumuliert - 31,8 % verringerten sich von Quartal zu Quartal (von - 27,5 % im 1. Quartal auf - 37,9 % im 3. Quartal). Die Entwicklung der Abgeltungsteuer korrespondiert dabei mit dem derzeitigen sehr niedrigen Zinsniveau, das die Durchschnittsverzinsung zunehmend nach unten drückt. Der Vorjahresvergleich ist nicht mehr von unterschiedlichen Steuersätzen beeinflusst, denn die Steuersatzsenkung von 30 % auf 25 % erfolgte zum 1. Januar 2009.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag erreichten im 1. bis 3. Quartal 2010 in etwa ihr Vorjahresergebnis (- 0,3 %) mit einem sehr unterschiedlichen Verlauf in den einzelnen Quartalen: Nach - 12,2 % im 1. Quartal und einer leichten Steigerung von + 0,6 % im 2. Quartal konnten im 3. Quartal 2010 Mehreinnahmen von + 18,8 % erzielt werden. Das Aufkommen hängt von der Gewinnentwicklung der Unternehmen im Vorjahr und den daraus resultierenden Gewinnausschüttungen im laufenden Jahr ab (mit unterschiedlicher, stark schwankender Terminierung). Auch hier dürfte die Talsohle der Wirtschafts- und Finanzkrise durchschritten sein.

Recht uneinheitlich entwickelten sich die Einzelkomponenten der **Steuern vom Umsatz** zu einem Gesamtniveau, das mit + 1,0 % über dem Vorjahresergebnis lag. Während die (Binnen-)Umsatzsteuer mit - 0,5 %, - 4,0 % und - 6,9 % in den ersten drei Quartalen jeweils Einnahmeausfälle verbuchen musste (im Gesamtzeitraum: - 3,8 %), lagen die

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. BIS 3. QUARTAL 2010

entsprechenden Veränderungsraten bei der Einfuhrumsatzsteuer aus Nicht-EU-Ländern in den letzten beiden Quartalen im zweistelligen Plus (nach - 0,2 % über + 28,1 % auf + 36,7 % im 3. Quartal 2010). Bei der Interpretation der Ergebnisse für die Umsatzsteuer muss der steuertechnische Zusammenhang berücksichtigt werden, dass höhere Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer zunächst höhere Vorsteueranrechnungen bei der Umsatzsteuer zur Folge haben.

Im Gegensatz zu den gemeinschaftlichen Steuern stiegen die **Bundessteuern** mit + 6,1% im 1. bis 3. Quartal 2010 an. Dies ist allerdings ausschließlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass seit dem 1. Juli 2009 die Ertragskompetenz aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zusteht - gegen Zahlung einer finanziellen Kompensation an die Länder - und der kumulierte Vorjahresvergleich daher weiterhin verzerrt ist. Ohne die Zuflüsse aus der Kraftfahrzeugsteuer liegt das Kassenergebnis der reinen Bundessteuern im Zeitraum Januar bis September 2010 bei - 4,7%.

Von den aufkommensstärksten Bundessteuern hat lediglich die Versicherungsteuer ein Plus von + 0,8 % aufzuweisen. Alle übrigen Steuerarten - mit Ausnahme der Kaffeesteuer, allerdings auf niedrigem Niveau - mussten insgesamt Einnahmeeinbußen hinnehmen. Die Energiesteuer hat sich nach anfangs deutlichen Rückgängen im 3. Quartal 2010 langsam wieder erholt und unterschritt das Vorjahresniveau im Berichtszeitraum insgesamt nunmehr lediglich um - 2,0 %. Die Energiesteuer auf Heizöl sank um - 21,3 %, die Energiesteuer auf Erdgas demgegenüber um - 1,9 %. Auch die Stromsteuer (- 1,7 %) weist ebenso eine Minusrate auf wie der Solidaritätszuschlag (- 3,6 %, korrespondierend mit der Verringerung seiner Bemessungsgrundlagen).

Das Tabaksteueraufkommen verfehlte in den onaten Januar bis September die Vorjahresbasis mit insgesamt - 0,3 % nur knapp, wobei auch hier die einzelnen Quartale ein differenziertes Bild zeigen: Einem Plus im Quartal (+4,1%) folgte nach einem Minus
 6,5 %) wieder ein Anstieg um +3,1% im
 Quartal 2010. Diese starken Schwankungen haben jedoch kassentechnische Ursachen.

Die Ländersteuern entwickelten sich im 1. bis 3. Quartal 2010 mit einer Abnahme ihres Aufkommens um - 33,9 % nur auf den ersten Blick besonders negativ, denn diese Veränderungsrate ist - spiegelbildlich zu der Entwicklung bei den Bundessteuern - vor allem vor dem Hintergrund der Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer zu sehen. Ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer hätte der Rückgang lediglich - 2,1% betragen. Die Grunderwerbsteuer übertraf ihr Vorjahresvolumen um + 7,6 %.

Bei allen übrigen Ländersteuern ergaben sich im Berichtszeitraum Mindereinnahmen, die bei der Erbschaftsteuer (- 9,8 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (-7,7 %) deutlicher ausfielen als bei der Feuerschutzsteuer (- 2,3 %) und der Biersteuer (- 2,1 %).

2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des3. Quartals 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) gingen im **Juli 2010** nach drei Monaten mit Zuwächsen gegenüber dem Vorjahresmonat leicht um - 0,9 % zurück. Die gemeinschaftlichen Steuern unterschritten das Vergleichsniveau insgesamt um - 1,1 %. Während die Bundessteuern einen Zuwachs um + 0,4 % verzeichneten, gab es bei den Ländersteuern Mindereinnahmen von - 9,4 % insbesondere durch die Einbußen bei der Erbschaftsteuer, die im Vorjahresmonat ein noch deutlich höheres Aufkommen aufgrund von mehreren Großfällen aufwies.

Im **August 2010** übertrafen die Steuereinnahmen insgesamt das

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2010

Vorjahresergebnis um + 3,6 %. Bei den gemeinschaftlichen Steuern kam es zu einer Steigerung um + 2,7 %, getragen von der Körperschaftsteuer, die sich um rund 800 Mio. € verbesserte, und den Steuern vom Umsatz mit einem Plus von +3.5%. Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer hat sich gegenüber dem Vergleichsmonat noch einmal etwas vermindert aufgrund der höheren Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG. Die Bundessteuern konnten das Vorjahresergebnis um + 4,4 % übertreffen dank deutlicher Zuwächse bei fast allen Einzelsteuern, insbesondere der Energiesteuer (+6,0%), der Kraftfahrzeugsteuer (+12,0%) und der Tabaksteuer (+ 5,6 %). Die Ländersteuern weiteten ihr Volumen um + 15,5 % aus, getragen vor allem von der Erbschaftsteuer (+31,4%) und der Grunderwerbsteuer (+14,2%).

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **September 2010** lagen die Steuereinnahmen insgesamt um + 0,5 % über dem Vorjahreswert. Hierbei mussten die gemeinschaftlichen Steuern leichte Einbußen in Höhe von - 0,5 % hinnehmen, die insbesondere aus den Rückgängen bei der Lohnsteuer (- 5,8 %), der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (- 39,6 %) und den Steuern vom Umsatz (- 1,2 %) resultieren. Demgegenüber erhöhte sich das Aufkommen der Bundessteuern um + 1,8 %, maßgeblich beeinflusst durch deutliche Zuwächse bei

Tabaksteuer (+ 9,6%), Versicherungsteuer (+ 6,0%), Stromsteuer (+ 3,9%) und Solidaritätszuschlag (+ 2,3%). Die Energiesteuer unterschritt das Vorjahresniveau nur geringfügig (- 0,5%). Bei den Ländersteuern mit insgesamt + 19,3% schlugen insbesondere die Ergebnisse aus der Erbschaftsteuer (+ 27,6%) und der Grunderwerbsteuer (+ 15,8%) positiv zu Buche.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2010 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt. Bund und Gemeinden verzeichneten mit - 3,4% beziehungsweise - 2,5% im 1. bis 3. Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutliche Aufkommensrückgänge. Beim Bund wirkten sich dabei insbesondere die höheren EU-Abführungen negativ aus. Die Steuereinnahmen der Länder stagnierten mit + 0,1% auf dem Niveau des Vergleichszeitraums.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	1 3. Viertel	jahr in Mio.€	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2010	2009	in Mio. €	in %	
Bund ¹	160 205	165 916	-5 711	-3,4	
EU	17 906	12 945	4960	38,3	
Länder ¹	152 983	152 827	156	0,1	
Gemeinden ²	20 619	21 153	-534	-2,5	
Zusammen	351 712	352 841	-1 128	-0,3	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2010

2010 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter http://www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/ Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

Die Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe

EU-Mitgliedstaaten verständigen sich auf eine Verschärfung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung

1	Auftrag der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe	59
	Hintergrund und Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe	
2.1	Enge Verknüpfung der europäischen Volkswirtschaften miteinander	60
2.2	Wesentliche Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe	60
2.3	Die neuen Sanktionsmechanismen im Stabilitäts- und Wachstumspakt im Einzelnen	62
3	Zur Haltung der Europäischen Kommission	65
4	Der Weg voran	66
5	Der Euro bleibt stark wie die Mark	66

- Um die wirtschaftliche Stabilität der Europäischen Union und der Währungsunion dauerhaft zu gewährleisten, einigte sich die Van-Rompuy-Arbeitsgruppe auf die Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenpakets. Dabei beschlossen die EU-Mitgliedstaaten insbesondere, der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung und Überwachung in der Europäischen Union mehr "Biss" zu geben.
- Der Europäische Rat billigte Ende Oktober den Abschlussbericht der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe. Er bestätigte, die Umsetzung der Empfehlungen werde das Regelwerk und die wirtschaftlichen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion signifikant verbessern.
- Die Arbeiten an einem permanenten Krisenbewältigungsmechanismus, der die zeitlich befristete Europäische Finanzstabilisierungsfazilität ablösen soll, werden fortgesetzt.
- Die Vermeidung künftiger Staatsschuldenkrisen soll damit auf drei Pfeilern ruhen: Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit, Stärkung der haushaltspolitischen Überwachung und präventive Wirkung eines permanenten Krisenbewältigungsrahmens mit der Beteiligung privater Gläubiger als wesentlichem Bestandteil.

1 Auftrag der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe

Auf Drängen der Bundesregierung beauftragte der Europäische Rat am 25./26. März 2010 den Präsidenten des Europäischen Rats, Herman Van Rompuy, mit der Leitung einer Arbeitsgruppe. Diese hat den Auftrag, noch vor Jahresende Maßnahmen vorzuschlagen, um die finanz- und wirtschaftspolitische Überwachung in der EU zu stärken und eine bessere Haushaltsdisziplin zu erreichen.

Angesichts der Griechenlandkrise und den Turbulenzen an den Finanzmärkten enthält der Auftrag darüber hinaus auch die Frage eines dauerhaften Krisenbewältigungsrahmens. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus den Finanzund Wirtschaftsministern der EU zusammen. Für Deutschland nahm der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, an den Sitzungen teil.

Am 18. Oktober 2010 verständigten sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe einvernehmlich auf Empfehlungen, um die finanz- und

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

wirtschaftspolitische Überwachung innerhalb der EU zu verbessern. Die Repräsentanten der 27 EU-Mitgliedstaaten verabschiedeten einstimmig einen Abschlussbericht an den Europäischen Rat, der wesentliche Verbesserungen gegenüber dem Status quo vorschlägt. Zukünftig soll der Stabilitäts- und Wachstumspakt mehr Biss bekommen, um die Defizite und Schulden der Mitgliedstaaten zu begrenzen: Die wirtschaftliche Überwachung soll mit einem Frühwarnsystem wesentlich früher auf die Korrektur unausgewogener Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten hinwirken, und die Arbeiten an einem permanenten Krisenbewältigungsmechanismus unter Beteiligung des Privatsektors sollen fortgesetzt werden.

Deutschland bewertet die Ergebnisse der Arbeitsgruppe ausgesprochen positiv. Der Bericht dürfte die bevorstehenden Beratungen des Rats und des Europäischen Parlaments zu den bereits vorliegenden Verordnungsentwürfen der Europäischen Kommission zur Weiterentwicklung und Verschärfung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung entscheidend prägen.

2 Hintergrund und Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe

2.1 Enge Verknüpfung der europäischen Volkswirtschaften miteinander

Die jüngsten Spannungen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Europa haben deutlich vor Augen geführt, dass die europäischen Volkswirtschaften und ihre wirtschaftlichen Erfolge eng miteinander verwoben sind. Negative Ansteckungs- und Übertragungswirkungen in Reaktion auf die Staatsschuldenkrise Griechenlands drohten den begonnenen Aufschwung der europäischen Wirtschaften nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 zu

stoppen. Besonders hoch war dabei das Ansteckungsrisiko für die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion.

Mit den kurzfristigen Hilfen für Griechenland und der Einrichtung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus hatte die EU entschlossen reagiert, um die Stabilität insbesondere der Eurozone zu sichern.

Die Krise Griechenlands legte aber insbesondere drei Schwächen der Währungsunion offen, die in der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe behandelt wurden. Erstens: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat offenbar als Instrumentarium nicht ausgereicht, um finanzpolitische Fehlentwicklungen zu verhindern. Zweitens ist es durch die bestehende wirtschaftspolitische Überwachung nicht gelungen, strukturpolitisch bedingte Spannungen und Wettbewerbsschwächen in der EU zu erkennen und anzugehen. Und drittens zeigte sich, dass die Währungsunion für den Extremfall staatlicher Liquiditäts- und Solvenzkrisen nicht gerüstet ist.

2.2 Wesentliche Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe

Die Van-Rompuy-Arbeitsgruppe verständigte sich in ihrem Abschlussbericht einvernehmlich auf folgende Änderungen des bestehenden Regelwerks zur finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung:

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt soll bei der Bewertung der Haushaltslage eines Mitgliedstaates neben dem Defizit künftig die Verschuldung eine wichtigere Rolle spielen. Genauer: Um den Pakt einzuhalten, muss jedes Land nicht nur seine Defizitquote - also seine Neuverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) - auf unter 3 % des BIP senken, sondern zwingend auch seine Schuldenquote verringern, also das Verhältnis der Gesamtschulden zum BIP. Zielgröße ist das Referenzkriterium des Maastricht-Vertrages (60% des BIP). Damit haben sich

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

alle Länder Europas auf einen nachhaltigen Konsolidierungskurs verpflichtet.

Die Sanktionsmechanismen des Stabilitätsund Wachstumspakts sollen deutlich
verschärft werden. Sanktionen sollen früher
kommen: Im sogenannten präventiven Arm
des Stabilitäts- und Wachstumspakts, also
wenn das Staatsdefizit kleiner als 3 % des BIP
ist, wird ein neuer Sanktionsmechanismus
für den Euroraum eingeführt. Der präventive
Arm verpflichtet die Mitgliedstaaten zu
einer tragfähigen Finanzpolitik mit einem
nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einem
Überschuss in konjunkturellen Normallagen.
Bislang ergeben sich aus dem präventiven Arm
keine sanktionsbewehrten Verpflichtungen.

Sanktionen kommen schneller: Im korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts, also wenn das Defizit größer als 3 % des BIP und/oder der Schuldenabbau nicht ausreichend ist, wird ein neuer Sanktionsmechanismus für den Euroraum eingeführt, wenn der Rat ein übermäßiges Defizit feststellt. Der neue Mechanismus wird wesentlich schneller greifen als das bestehende Instrumentarium. Der Zeitgewinn kann bis zu mehrere Jahre ausmachen.

Sanktionen werden schärfer und umfangreicher: Mittelfristig können nicht nur Finanz- und Geldstrafen verhängt, sondern einem Mitgliedstaat können erstmals auch EU-Haushaltsgelder gestrichen werden. In einer zweiten Stufe sollen die Zahlungen bestimmter EU-Fonds an eine nachhaltige Finanzpolitik im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts gebunden werden. Der Bericht unterstreicht, dass die Europäische Kommission spätestens für den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013 vorschlagen soll, die Auszahlung von EU-Fonds (Kohäsions-, Struktur-, Agrarstrukturfonds) an eine nachhaltige Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten zu binden.

In Zukunft verpflichten sich die Mitgliedsländer zudem auf Mindestvorgaben für nationale fiskalische Regeln, wie sie Deutschland mit der Schuldenbremse bereits besitzt. Die Mitgliedstaaten sollen außerdem Mindestvorgaben für einheitliche haushaltspolitische Berichtswesen, zuverlässige Prognoseverfahren sowie die mehrjährige Finanzplanung einhalten.

Zudem einigten sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe auf das sogenannte "Europäische Semester". Das heißt, die Haushaltspolitiken der Mitgliedsländer werden stärker koordiniert, ohne in das Budgetrecht der nationalen Parlamente einzugreifen. Das "europäische Semester" taktet die nationalen Planungs- und Berichtszyklen in das "Europäische Jahr" ein. Konkret handelt es sich um einen alljährlichen Zeitraum von sechs Monaten, in dem die Haushalts- und Strukturpolitik der Mitgliedstaaten überprüft wird, um Unstimmigkeiten und entstehende Ungleichgewichte aufzudecken.

Die Erosion der Wettbewerbsfähigkeit in einigen Ländern Europas war - neben der nachlässigen Haushaltspolitik - die tieferliegende Ursache für die Krise im Euroraum. Der Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte und der Wettbewerbsfähigkeit soll daher künftig eine prominente Rolle eingeräumt werden. In einem eigenen Verfahren sollen wirtschaftliche Fehlentwicklungen identifiziert und erforderlichenfalls Empfehlungen an den jeweiligen Mitgliedstaat gerichtet werden. Es soll ein unbürokratisches Frühwarnsystem für wirtschaftliche Fehlentwicklungen geschaffen werden, das auf ausgewählten und messbaren Indikatoren z. B. nominale und reale Lohnstückkosten basiert. Schlägt das Frühwarnsystem "Alarm", wird ein Mitgliedstaat einer eingehenden Analyse unterzogen. Auf dieser Grundlage werden gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Das Augenmerk soll auf Mitgliedstaaten mit Wettbewerbsschwächen (nicht Leistungsbilanzüberschüsse) gelegt

Darüber hinaus verständigte sich die Arbeitsgruppe darauf, die

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

Arbeiten an einem permanenten Krisenbewältigungsmechanismus fortzusetzen. Die Gruppe war sich einig, dass der derzeitige Rettungsschirm mittelfristig durch einen neuen, glaubwürdigen Krisenbewältigungsmechanismus ersetzt werden muss. Dieser soll falsche Anreize vermeiden. Eine Beteiligung des Privatsektors ist ausdrücklich erwähnt.

Schließlich erkennt die Einigung ausdrücklich an, dass zum Abschluss der Folgearbeiten Änderungen des EU-Vertrags notwendig sein können. Das betrifft sowohl die Arbeiten an einem dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus als auch die Frage, im Falle schwerwiegender Verletzungen der Grundprinzipien der Wirtschaftsund Währungsunion die Stimmrechte des betroffenen Mitgliedstaates im Rat auszusetzen.

Der Europäische Rat billigte und bestätigte die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Ende Oktober. Er wird auf seiner Tagung im Dezember 2010 erneut das Thema Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion aufgreifen und eine endgültige Entscheidung über die Grundzüge eines Krisenmechanismus treffen. Privatsektorbeteiligung, strikte Konditionalität und eine Einbindung des Internationalen Währungsfonds sollen allgemeine Merkmale des Mechanismus sein. Eine begrenzte Änderung des Lissaboner Vertrages soll den Mechanismus ermöglichen. Artikel 125 AEUV, die sogenannte "No-Bail-Out"-Klausel, soll nicht angetastet werden.

2.3 Die neuen Sanktionsmechanismen im Stabilitäts- und Wachstumspakt im Einzelnen

In der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe einigten sich die 27 Mitgliedstaaten auf stärkere und schärfere Sanktionsmechanismen im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die vorgeschlagenen Sanktionen im präventiven Arm des Pakts stellen ein absolutes Novum dar. Bislang setzt der präventive Arm - so wie die bestehende wirtschaftspolitische

Überwachung nach Art. 121 AEUV - auf Handlungsempfehlungen des Rats an die Mitgliedstaaten. Ein Mechanismus, der Empfehlungen gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzt, fehlt. Sogenannter Gruppendruck ("peer pressure") in diesem weichen Rechtsgebiet ("soft law") trug leider bislang nicht hinreichend dazu bei, dass die Mitgliedstaaten ihre Staatsfinanzen konsolidierten.

Der präventive Arm verpflichtet die Mitgliedstaaten, die nicht im Defizitverfahren sind, das strukturelle Staatsdefizit in konjunkturellen Normallagen um ein halbes Prozent des BIP per anno abzubauen, bis das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts beziehungsweise eines Überschusses erreicht ist. Rat und Europäische Kommission prüfen, ob und inwieweit ein Mitgliedstaat vom vorgegebenen Anpassungspfad abweicht. Verfehlungen werden festgestellt und gemahnt, aber nicht geahndet. Dies soll zukünftig m Euroraum anders werden.

Szenario 1 bildet den neuen Mechanismus im präventiven Arm ab. Er sieht für die Mitgliedstaaten des Euroraums Sanktionen vor, wenn sie sowohl einer Frühwarnung des Rats als auch anschließend einer Mahnung des Rats zur Umsetzung von finanzpolitischen Korrekturmaßnahmen nicht gefolgt sind. Binnen sechs Monaten kann der Rat über die Sanktion entscheiden. In besonders schwerwiegenden Fällen mit gravierenden Abweichungen auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt soll ein Schnellverfahren angewendet werden (drei Monate anstelle von sechs Monaten).

Hinzu kommt ein neuer Sanktionsmechanismus im korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Der korrektive Arm bildet die Schritte nach Art. 126 AEUV im Defizitverfahren ab. Ein Mitgliedstaat ist im Defizitverfahren, wenn der Rat auf Vorschlag der Europäischen Kommission feststellt, dass das Defizit über 3 % des BIP liegt oder der Schuldenabbau unzureichend

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

Szenario 1: Defizit unter 3 % und mittelfristiger Haushaltsausgleich verfehlt

(sog. "präventiver Arm" des Stabilitätspaktes)

Heutiges Verfahren:

Bisher nur "freundliche" Aufforderung, Defizit jährlich zu reduzieren (keine Strafen)

Künftiges Verfahren:

Festgelegter Entscheidungsprozess mit Fristen + Strafen für Euro-Länder

Frühwarnung + Empfehlung durch Kommission/Rat

Kommission veröffentlicht Frühwarnung und danach Empfehlung zur Abhilfe an den Rat.

Der Rat schreibt Abhilfemaßnahmen vor und setzt Fünf-Monats-Frist.

Mahnung = Verschärfte Empfehlung

Kommission stellt keine geeigneten Korrekturmaßnahmen fest und legt Sanktionsbeschluss vor.

Der Rat bestätigt Sanktionsbeschluss und legt gleichzeitig Strafe mit umgekehrter Mehrheit fest (quasi-automatisch).

Ratsentscheidung innerhalb von **1 Monat**

Sanktionsentscheidung nach max. 6 Monaten

Schnellverfahren, 3 Monate

Schnellverfahren

Besonders schwerwiegender Fall mit gravierenden Abweichungen auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt.

Auf Vorschlag der KOM entscheidet der Rat über eine Mahnung bzw. eine verzinsliche Einlage bereits innerhalb von 3 anstelle von 6 Monaten.

Der Rat entscheidet in Zusammensetzung der Eurozone mit umgekehrter Mehrheit (quasi-automatisch).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

Szenario 2: Defizit über 3 % und/oder kein hinreichender Abbau des Schuldenstandes

(sog. "korrektiver Arm" des Stabilitätspaktes)

Heutiges Verfahren:

Kompliziertes Defizitverfahren, Sanktionen unwahrscheinlich

Künftiges Verfahren:

Frühere Strafzahlungen, beschleunigtes Verfahren, Einbeziehung Schuldenstand

Eröffnung des Defizitverfahrens

Kommission stellt Defizit über 3 % BIP oder unzureichenden Schuldenabbau fest.

Umwandlung der verzinslichen in eine **unverzinsliche Strafe** für Länder, die bereits im Szenario 1 bestraft wurden.

Rat eröffnet Verfahren, macht Vorgaben zur Defizit-/Schuldenrückführung mit 6-monatiger Frist.

In-Verzug-Setzung, Sanktionen

Kommission stellt keine geeigneten Korrekturmaßnahmen fest und legt Sanktionsbeschluss vor.

Rat bestätigt dies und eskaliert Verfahren:

- **Verhängt Geldbuße** mit umgekehrter Mehrheit (quasi-automatisch).
- Macht neue Vorgaben zur Defizit-/
 Schuldenrückführung.

Weitere Sanktionen

Kommission stellt weiterhin kein Wohlverhalten fest und legt Sanktionsbeschluss vor.

Rat befindet über Sanktionsvorschlag mit qualifizierter Mehrheit (Einlage oder Geldbuße).

Sanktionsentscheidung nach max. 6 Monaten

unmittelbar bei grobem Fehlverhalten Kommission legt Sanktionsbeschluss vor. Rat verhängt Geldbuße

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

ist. Als Richtschnur für einen hinreichenden Schuldenabbau schlägt die Europäische Kommission vor, dass Mitgliedstaaten mit einem Schuldenstand von mehr als 60 % des BIP (Referenzwert) die Differenz zwischen Schuldenstand und Referenzwert um 5 % jährlich abbauen.

Szenario 2 beschreibt den im Bericht eingezogenen neuen Mechanismus für Euroländer im korrektiven Arm. Gemessen an den Regelungen des Vertrages würde der neue Mechanismus den Schuldenstand einbeziehen, das Verfahren beschleunigen und früher Strafzahlungen verhängen. Innerhalb von sechs Monaten könnte ein Mitgliedstaat bestraft werden, wenn Europäische Kommission und Rat feststellen, dass der Staat keine geeigneten Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits ergriffen hat. Daran anschließend sollen eskalierend die bestehenden Sanktionen nach Art. 126 AEUV angewandt werden, wenn Kommission und Rat noch immer kein Wohlverhalten festgestellt haben.

Bei den Sanktionen für den Euroraum enthält der Bericht eine weitere Neuerung. Strafen werden erstmals nach einem klar strukturierten und vordefinierten Entscheidungsprozess zwischen Kommission und Rat verhängt. Die neuen Sanktionen unterbleiben zukünftig nur dann, wenn eine Mehrheit im Rat sie ablehnt. Kann eine solche Mehrheit im Rat nicht vom betroffenen Mitgliedsland organisiert werden, erfolgt automatisch die Sanktion. Durch diesen quasi-automatischen Mechanismus wird es zukünftig wesentlich schwieriger, Sanktionen zu stoppen. Bislang musste jeder Sanktionsschritt aktiv vom Rat beschlossen werden.

3 Zur Haltung der Europäischen Kommission

Die Vorschläge der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe zur Stärkung der finanzund wirtschaftspolitischen Überwachung müssen durch Rechtsverordnungen umgesetzt werden. Ende September 2010 hatte die Europäische Kommission bereits Verordnungsentwürfe vorgelegt, um die finanz- und wirtschaftspolitische Überwachung zu stärken. Thematisch decken die Verordnungsentwürfe die von der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe bearbeiteten Fragen ab. Im Einzelnen präsentierte die Kommission folgende Rechtsvorschläge:

- Vorschlag für eine Richtlinie des Rats über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten.
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rats zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (präventiver Arm).
- Vorschlag für eine Verordnung (EU) des Rats zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (korrektiver Arm).
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rats über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet.
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rats über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte.
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rats über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum.

Inhaltlich setzt die Kommission die gleichen Schwerpunkte wie der Bericht

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

der Arbeitsgruppe. Sie macht sich für Mindeststandards bei den haushaltspolitischen Rahmen, für die Berücksichtigung des Schuldenstandes im Defizitverfahren, für neue Sanktionsmechanismen im präventiven und korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts und für eine verbesserte wirtschaftspolitische Überwachung einschließlich von Sanktionen stark. Die Kommissionsvorschläge bilden einen sehr guten Ausgangspunkt, um die angestrebten Verbesserungen im anschließenden Rechtsetzungsverfahren zu erreichen.

4 Der Weg voran

Die Europäische Kommission präsentierte die Verordnungsvorschläge in einem Paket. Sie unterstreicht damit, dass die vorgeschlagenen Änderungen thematisch und inhaltlich zusammengehören. Prozedural sind an die nun folgende Gesetzgebung aber unterschiedliche Maßstäbe anzulegen. Vier der sechs Verordnungsentwürfe werden nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unter Mitentscheidung des Europäischen Parlaments gemäß Art. 294 AEUV verabschiedet, und zwar die Entwürfe zu den Themen: Präventiver Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts, wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euroraum, Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte und Durchsetzungssetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum.

Die verbleibenden zwei Legislativvorschläge werden im besonderen Verfahren nach Anhörung des Europäischen Parlaments gemäß Art. 126 Abs. 14 AEUV verabschiedet. Dies sind die Entwürfe für die Anforderungen an den haushaltspolitischen Rahmen (Rat mit qualifizierter Mehrheit) und für die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Rat einstimmig sowie nach Anhörung der Europäischen Zentralbank).

Die Van-Rompuy-Arbeitsgruppe verständigte sich darauf, die Verordnungsentwürfe in einem beschleunigten Verfahren zu entscheiden. Der Europäische Rat unterstützt den Beschluss und bittet den Rat und das Europäische Parlament, bis zum Sommer 2011 eine Einigung über die Verordnungsvorschläge der Kommission zu erzielen. Im Einzelnen hat das Europäische Parlament die Arbeiten bereits aufgenommen und die Berichterstatter zu den einzelnen Verordnungsentwürfen bestimmt.

Die Arbeiten an einem permanenten Krisenmechanismus werden in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Europäischen Rats, Herman Van Rompuy, fortgesetzt.

5 Der Euro bleibt stark wie die Mark

Die Stabilität des Euro und eine spannungsfreie wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum haben oberste Priorität. Sie unterstützen die wirtschaftliche Erholung Deutschlands und Europas. Nach der schwersten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Wirtschaft inzwischen wieder merklich erholt. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft wird 2010 voraussichtlich 3,4% erreichen, die Arbeitslosigkeit ist derzeit mit weniger als 3 Millionen Personen auf dem niedrigsten Stand seit 18 Jahren, und die Binnennachnachfrage zeigt sich robust. Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung wird sich 2011 fortsetzen, wenngleich mit etwas geringerem Schwung. Die günstige deutsche Entwicklung wurde von der zurückgewonnenen Stabilität im Euroraum begleitet und gestützt.

Während der Krise und den Verwerfungen an den Finanzmärkten hat der Euro eine Stabilität gezeigt, die nicht hinter die Stabilität der Deutschen Mark in früheren Krisen zurückfällt. Der Euro bleibt so stark wie die Mark. In seinen ersten zehn Jahren

DIE ERGEBNISSE DER VAN-ROMPUY-ARBEITSGRUPPE

war der Euro sogar preisstabiler als die Mark. Damit dies auch zukünftig so bleibt, werden verbesserte Regeln, Verfahren und Instrumente in der Koordinierung der Finanzund Wirtschaftspolitiken in der Europäischen Union benötigt.

Die Van-Rompuy-Arbeitsgruppe hat sich mit ihrem Abschlussbericht dieser Herausforderung gestellt und zeigt adäquate Lösungen auf. Ausgehend von dem Bericht und den Verordnungsentwürfen der Europäischen Kommission sind die am europäischen Gesetzgebungsprozess Beteiligten gefordert, der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung mehr Biss zu geben. Für Deutschland ist entscheidend, dass als Ergebnis des Prozesses der Schuldenabbau im Defizitverfahren verankert wird, dass ein breiteres Spektrum an Sanktionen im Defizitverfahren angewendet wird, die früher ansetzen und schneller zur Anwendung kommen, und das wirtschaftliche Fehlentwicklungen und Wettbewerbsschwächen insbesondere in Mitgliedstaaten des Euroraums frühzeitig erkannt und korrigiert werden.

Außerdem sind die Mitgliedstaaten der Wirtschafts- und Währungsunion angehalten, sich viel weitgehender wechselseitig in die Politik ihrer Partnerländer einzuschalten. Sie müssen viel offener über ihre Herausforderungen in der Eurogruppe diskutieren und dort auch zu tragfähigen Ergebnissen kommen. Gemeinsame Überzeugungen, Standpunkte und Strategien sowie gemeinsames Agieren festigen eine Stabilitätsgemeinschaft nach innen und nach außen. Haushaltsdisziplin, nachhaltige Staatsfinanzen und Strukturreformen sind unverrückbare Grundpfeiler einer Stabilitätsgemeinschaft.

Die Schaffung des europäischen Finanzstabilisierungsrahmens war ein notwendiger Schritt, um die Lage zu stabilisieren. Dieses Instrument ist aus gutem Grund auf drei Jahre befristet. Gehen wir über diese ad-hoc-Maßnahme hinaus, so muss die geordnete Einbeziehung der privaten Gläubiger ein wesentlicher Bestandteil eines permanenten Krisenbewältigungsrahmens für den Euroraum sein.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in Gyeongju

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in Gyeongju

Industrie- und Schwellenländer einigen sich bei Kernthemen der internationalen Finanz- und Währungspolitik

1	Einleitung	68
2	Lage der Weltwirtschaft	69
	G20-Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth	
4	Finanzmarktregulierung	70
	Reform des Internationalen Währungsfonds	
	Global Financial Safety Nets	
	Schlussfolgerung	

- Die G20 vereinbarten eine umfassende Reform des Internationalen Währungsfonds.
- Es bestand Einigkeit, dass Abwertungen der Währungen zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen unterbleiben und Wechselkurse sich auf Basis der wirtschaftlichen Fundamentaldaten bilden sollten.
- Es wurden Fortschritte bei den Finanzmarktreformen erzielt.

1 Einleitung

Das Treffen im südkoreanischen Gyeongju diente der Vorbereitung des G20-Gipfels am 11./12. November 2010 in Seoul. Es war die letzte Zusammenkunft der Finanzminister und Notenbankgouverneure unter koreanischer G20-Präsidentschaft, die 2011 Frankreich übernimmt. Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble wurde vertreten durch Wirtschaftsminister Rainer Brüderle. Für die Deutsche Bundesbank nahm Prof. Dr. Axel Weber teil.

Es wurden weitreichende Beschlüsse bei der Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) erzielt: Schwellenländer werden dort künftig ein deutlich stärkeres Gewicht haben; Europa gibt den weltwirtschaftlichen Verschiebungen entsprechend Einfluss ab. Deutschland behält jedoch seinen alleinigen Sitz im Exekutivdirektorium.

Nach Ansicht der G20 sollten Abwertungen der Währungen zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen unterbleiben und Wechselkurse sich auf Basis der wirtschaftlichen Fundamentaldaten bilden.

Für den G20-Gipfel wurden Empfehlungen zur Umsetzung des G20-Rahmenwerkes für starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum diskutiert, die als sogenannter "Seoul Action Plan" im November verabschiedet werden sollen. Eine abschließende Einigung zu diesem Plan konnte aber noch nicht erzielt werden.

Im Rahmen der Finanzmarktagenda wurden vor allem die Vereinbarungen des Baseler Ausschusses für Liquiditäts- und

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in Gyeongju

Eigenkapitalrichtlinien begrüßt sowie der künftige Umgang mit systemisch wichtigen Finanzinstitutionen diskutiert.

2 Lage der Weltwirtschaft

Die G20 stellten fest, dass die weltwirtschaftliche Erholung weiter voranschreitet, allerdings mit unterschiedlicher Intensität in den einzelnen Ländern: höhere Dynamik in den Schwellenländern im Vergleich zu den Industrieländern. Es bestand Einigkeit, dass die weltwirtschaftlichen Risiken erheblich seien. Zu diesen gehörten insbesondere die fragile Situation an den Finanzmärkten, die hohe Staatsverschuldung in vielen Ländern, die Situation auf den Immobilienmärkten und die Spannungen an den Devisenmärkten. Angesichts dieser Risiken für den Aufschwung sei die weitere Kooperation der G20 von Bedeutung. Alle Mitglieder müssten mit den Strukturreformen fortfahren, um das Wachstum zu steigern, die globale Nachfrage zu stützen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Finanzmärkte müssten weiter gestärkt und die entsprechenden Reformen zeitnah vorangetrieben werden. Die Haushaltskonsolidierung solle wachstumsfreundlich erfolgen. Die Geldpolitik solle weiter so gestaltet werden, dass sie für Preisstabilität sorge und hierdurch auch zur konjunkturellen Erholung beitrage.

Im Zentrum der Diskussion in Gyeongju stand die Sorge um einen möglichen Abwertungswettlauf verschiedener G20-Staaten bezüglich ihrer Währungen. Die G20 bekräftigten, dass die Wechselkurse sich auf Basis der wirtschaftlichen Fundamentaldaten bilden sollten. Abwertungen zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen sollten allgemein unterbleiben. So ließen sich auch negative Rückwirkungen der gegenwärtig hohen Kapitalzuflüsse in Schwellenländer vermeiden.

Im Vorfeld des G20-Treffens hatten die USA erneut ihre Sorge über die globalen Ungleichgewichte vorgebracht. Die USA (unterstützt vor allem von Kanada und Großbritannien) fordern eine Verlagerung der globalen Nachfrage ("rebalancing of global demand") und verbinden damit die Aufforderung an Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen wie China, die globale Nachfrage durch eine Förderung ihrer jeweiligen Binnennachfrage zu stützen. Hierbei sei eine Festlegung auf konkrete, quantitative Leistungsbilanzziele hilfreich.

Deutschland wäre mit seinem hohen Leistungsbilanzüberschuss hiervon ebenfalls betroffen und hat daher die Vorschläge (unterstützt unter anderem von Japan, Brasilien, Italien und der EU-Kommission) abgelehnt; insbesondere, da der Überschuss der Leistungsbilanz in Deutschland vor allem auf der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen beruht. Im Kommuniqué von Gyeongju wird daher nur allgemein von einer verbesserten multilateralen Kooperation zur Förderung der externen Stabilität sowie von geeigneten Politikmaßnahmen zur Reduktion exzessiver Ungleichgewichte gesprochen. Der IWF wird beauftragt, Fortschritte in dieser Richtung zu untersuchen.

3 G20-Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth

Das Thema globale Ungleichgewichte spielte auch bei der Diskussion des G20-Framework for Growth eine Rolle. Dieses geht zurück auf eine Initiative der USA, die in die Verabredung der G20 bei deren Gipfel im Herbst 2009 in Pittsburgh mündete: Durch geeignete Maßnahmen soll ein starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum der Weltwirtschaft gefördert werden. Beim G20-Gipfel in Toronto im Juni diesen Jahres wurde die erste Stufe des Framework-Prozesses abgeschlossen. Es bestand dort Einvernehmen über den Erfolg der bislang ergriffenen umfangreichen Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Die G20 stellten gleichwohl fest, dass weitere Anstrengungen erforderlich

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in Gyeongju

seien, um das globale Wachstum zu stärken sowie nachhaltiger und ausgeglichener zu gestalten. Vereinbart wurden hierzu Politikmaßnahmen, die an Ländergruppen gerichtet waren. In einer zweiten Stufe haben die G20 anschließend konkrete nationale Maßnahmen benannt, die sie auf Basis der Toronto-Vereinbarungen ergreifen wollen.

Die Gespräche in Gyeongju dienten dem Ziel, diese seit Toronto von den einzelnen G20-Ländern ergriffenen Maßnahmen zu diskutieren und zu analysieren, inwieweit sie dazu beitragen, den gemeinsamen Zielen näherzukommen. Entsprechend wurde auch die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen erörtert. Zentrale Diskussionspunkte waren dabei die Wechselkurspolitiken einiger G20, der Umfang und das genaue "Timing" der Fiskalkonsolidierung in den einzelnen Ländern sowie die Notwendigkeit von Strukturreformen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials.

Deutschland trägt aktiv zum Framework-Prozess bei und erfüllt seine Verpflichtungen: Vor allem mit dem Zukunftspaket der Bundesregierung und dem neuen Finanzplan des Bundes bis 2014 liegt Deutschland bei der Haushaltskonsolidierung voll im Rahmen der G20-Vereinbarungen. Durch die Strukturreformen mit Vorrang für Bildung und Forschung sowie das Vertrauen, das eine glaubwürdige, von der Schuldenbremse des Grundgesetzes vorgegebene Konsolidierung auslöst, werden Binnennachfrage und inländische Wachstumskräfte gestärkt. Die gute Arbeitsmarktentwicklung dürfte dies weiter fördern.

Der IWF bescheinigte den G20 insgesamt seit Einrichtung des Prozesses Erfolge insbesondere bei der Haushaltskonsolidierung sowie im Rahmen der Geldpolitik. Die avisierten Fiskalziele hingen entscheidend von der tatsächlichen Wachstumsentwicklung ab, die aber von den G20 zu optimistisch eingeschätzt werde. Bei der Reform der Finanzmärkte seien Fortschritte zu verzeichnen. Mittelfristig würden allerdings die globalen

Ungleichgewichte wieder auf Vorkrisenniveau ansteigen. Wichtige Schwellenländer müssten daher ihre Wechselkurse weiter flexibilisieren. Bei den erforderlichen Strukturreformen werden für alle G20-Staaten klare Zeitpläne zur Umsetzung und von Industrieländern zusätzlich detaillierte Pläne zur Reform der Arbeits-, Dienstleistungs- und Gütermärkte gefordert. Stärkere gemeinsame Anstrengungen in diese Richtung könnten ein im Jahr 2014 um über 2% höheres weltweites BIP (entspricht mehr als 700 Mrd. €) und 25 Millionen neue Arbeitsplätze in den G20-Staaten bewirken sowie die Zahl der in Armut lebenden Menschen um 37 Millionen verringern.

Ihre Empfehlungen, was weiter zu tun ist, werden die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure nach weiteren Abstimmungen auf Arbeitsebene in Form eines "Seoul Action Plan" in Kürze den Staatsund Regierungschefs übermitteln. Dieser soll dann beim G20-Gipfel Mitte November verabschiedet werden. In Gyeongju wurde bereits verabredet, den Framework-Prozess auch nach Seoul fortzusetzen.

4 Finanzmarktregulierung

Seit dem ersten G20-Gipfel, der kurz nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise Ende 2008 stattfand, sind bedeutende Fortschritte im Bereich der Finanzmarktregulierung erzielt worden. Nach Ansicht der Finanzminister und Notenbankgouverneure ist jetzt eine konsistente Umsetzung der globalen Vereinbarungen auf nationaler Ebene wichtig, um eine Fragmentierung der Märkte, Protektionismus und regulatorische Arbitrage zu verhindern. Ziel sei die Schaffung eines "level playing field".

Mit Blick auf den G20-Gipfel in Seoul haben sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure in Gyeongju vor allem zu den Schwerpunkten bei der weiteren Finanzmarktregulierung ausgetauscht. Es herrschte Einigkeit, dass die Vereinbarung

Analysen und Berichte

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in Gyeongju

einer höheren Eigenkapitalausstattung ("Basel III") zur Stärkung des Bankensektors beitragen und seine Schockresistenz erhöhen werde. Die entsprechenden Vereinbarungen sollten vollständig und im vorgegebenen Zeitrahmen umgesetzt werden.

Auch über den Umgang mit systemisch wichtigen Finanzinstitutionen (SIFIs) wurde beraten. Hier geht es vor allem um die Stärkung der Verlusttragfähigkeit dieser Institute, die Etablierung wirksamer Abwicklungsregime (auch für grenzüberschreitende Institute, also globale SIFIs) sowie die Stärkung der Aufsicht und der Marktinfrastruktur, inklusive der Derivatemärkte. Die Anforderungen an den Umgang mit globalen SIFIs fallen "strenger" aus als an nationale SIFIs. So sollen vor allem für globale SIFIs höhere Eigenkapitalanforderungen gelten, um ihre Verlusttragfähigkeit zu erhöhen. Wirksamkeit und Konsistenz nationaler Politikansätze für globale SIFIs sollen regelmäßig von einem "Peer Review Council" des "Financial Stability Board" (FSB) geprüft werden. In Seoul sollen die konkretisierten Vorschläge des FSB verabschiedet werden.

In Gyeongju wurde bekräftigt, auch alle anderen Elemente der G20-Finanzmarktagenda konsistent umzusetzen. Hierzu gehören die Verminderung der Nutzung externer Ratings, die Vergütungsregeln im Finanzsektor sowie die Konvergenz der Bilanzierungsstandards. Weitere Arbeiten seien im Bereich der makroprudentiellen Aufsichtsregeln erforderlich; hierzu gehörten u. a. exzessive Kapitalströme, Rohstoffderivatemärkte sowie Schattenbankensysteme. Auch die allgemeinen Empfehlungen des FSB zur Verbesserung der Finanzaufsicht sollen in Seoul verabschiedet werden.

5 Reform des Internationalen Währungsfonds

Bei der IWF-Reform konnte in Gyeongju der Durchbruch zur Quotenfrage und zur Repräsentanz erzielt werden. Die Vereinbarung sieht vor, Quotenanteile in Höhe von knapp über 6 Prozentpunkten zugunsten von dynamischen Schwellen- und Entwicklungsländern umzuverteilen, und zwar von über- zu unterrepräsentierten Ländern. Deutschland hat sich bereit gezeigt, auf eigene Quotenanteile zu verzichten und kommt jetzt auf eine Quote von rund 5,6% (nach 6,11% zuvor). Deutschland fällt damit auf den vierten Rang der Anteilseigner zurück; auf dem dritten Rang befindet sich jetzt China mit 6,39% nach Japan (6,47%) und den USA (17,43%), die weiterhin ihr faktisches Vetorecht behalten. Ein Absinken der Quotenanteile der Entwicklungsländer wird bei der Anpassung den Vorgaben von Pittsburgh folgend vermieden.

Auch nach diesem Beschluss soll der Prozess der Quotenreform weitergehen, und zwar durch eine Überprüfung der Quotenformel bis Januar 2013 und durch den Abschluss der nächsten regulären Quotenüberprüfung bis Januar 2014.

Darüber hinaus wurde die Verdopplung der IWF-Quoten beschlossen, wobei der Umfang der zusätzlich abrufbaren Finanzmittel des IWF, die "New Arrangements to Borrow", zurückgefahren werden soll, sobald die Quotenerhöhung in Kraft getreten ist.

Neben der Quotenreform wurde auch beim weiteren zentralen Thema – der Größe und Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums – eine entscheidende Einigung erzielt: Europa hat in Gyeongju angeboten, zugunsten der Schwellen- und Entwicklungsländer auf zwei seiner Sitze zu verzichten (damit in Zukunft nur noch 5-7 Sitze für europäische Industriestaaten – EU-Staaten und Schweiz – statt wie bisher 7-9 Sitze). Die Umsetzung soll insbesondere dadurch erzielt werden, dass

Analysen und Berichte

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in Gyeongju

Länder, die bislang einen Exekutivdirektor alleine stellen, eine "Rotation" des Exekutivdirektors mit anderen Staaten eingehen. Nunmehr muss auf europäischer Ebene eine Einigung erzielt werden, wie diese Reduzierung im Einzelnen erfolgen soll. Das Exekutivdirektorium wird darüber hinaus – wie von Deutschland und allen anderen EU-Staaten gefordert – dauerhaft 24 Mitglieder umfassen, nachdem die USA ihren Widerstand in dieser Frage aufgegeben hatten.

Das Bundesministerium der Finanzen begrüßt den erzielten Durchbruch. Mit der Quotenund Governancereform wird es gelingen, den Einfluss der Mitgliedsländer im IWF stärker mit ihrem weltwirtschaftlichen Gewicht in Einklang zu bringen.

6 Global Financial Safety Nets

In Gyeongju wurden schließlich die jüngsten Anpassungen des IWF-Instrumentariums begrüßt. Das IWF-Exekutivdirektorium beschloss bereits im August die Erweiterungen bezüglich der Laufzeit und des Volumens bei der "Flexible Credit Line" (FCL) für Länder mit sehr guter Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Einführung einer "Precautionary Credit Line" (PCL) für Länder, die sich nicht für die FCL qualifizieren und von denen daher Anpassungsmaßnahmen bei geringer Konditionalität erwartet werden.

Mit den Anpassungen bei der FCL und durch die Einführung der PCL verfügt der IWF über ein effektives und flexibles Instrumentarium, um Ländern, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten, helfen zu können. Dies kann als Erfolg der koreanischen G20-Präsidentschaft gewertet werden, für die Verbesserungen der finanziellen Sicherheitsnetze für in Liquiditätsschwierigkeiten geratene Länder ein zentrales Anliegen sind. Darüber hinaus wurde der IWF in Gyeongju gebeten, weiter zu untersuchen, wie gegebenenfalls noch bestehende Lücken in der globalen Architektur geschlossen werden können, um künftigen Krisen zu begegnen.

7 Schlussfolgerung

Das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Gyeongju kann als Erfolg gewertet werden. Gleichzeitig ist erneut deutlich geworden, dass bei einzelnen Themen wie dem Abbau der globalen Ungleichgewichte unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen. Dies verwundert nicht, stellt die G20 doch eine Gruppe sehr heterogener Länder dar, wobei die Zweiteilung in Industrieländer einerseits und Schwellenländer andererseits mittlerweile zu kurz greift. Die Schwellenländer, insbesondere China und Brasilien, treten angesichts ihrer wirtschaftlichen Stärke zunehmend selbstbewusst auf. Diese Veränderungen wirken sich auch auf die Konsensfindung in der G20 aus, wobei Allianzen je nach Thema und nationaler Position gebildet werden. Der Durchbruch bei der IWF-Reform in Gyeongju und die Diskussion bei den Finanzmarktreformen haben aber gezeigt, dass die G20 auch angesichts neuer Herausforderungen und sich ändernder Rahmenbedingungen handlungs- und entscheidungsfähig sind.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
1	Kreditmarktmittel	74
2	Gewährleistungen	75
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	75
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2009 bis 2014	76
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Entwurf 2011	78
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	82
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009	84
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	86
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	89
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	93
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	100
Abb. 1	l Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010	100
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2010	101
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2010	
0	Die Zimaninen, rabguben and rabbenage der Zander bib beptember 2010 imminiminimi	100
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	
2	Preisentwicklung	108
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	112
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	113
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	
Abb. 1	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	117
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	122

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. August 2010			30. September 2010
		in M	lio.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	34000	2 000	0	36 000
Anleihen ¹	619 986	5 000	0	624986
Bundesobligationen	190 000	6 000	0	196 000
Bundesschatzbriefe ²	9 196	54	383	8 867
Bundesschatzanweisungen	138 000	6 000	15 000	129 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	84839	10 956	9 9 5 6	85 839
Finanzierungsschätze ³	689	36	56	669
Tagesanleihe	2 086	29	57	2 058
Schuldscheindarlehen	12 344	113	13	12 444
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1830	0	931	898
Kreditmarktmittel insgesamt	1 093 020			1 096 811

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		Stand:
	31. August 2010		30. September 2010
		in M	io.€
kurzfristig (bis zu1Jahr)	233 001		233 889
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	346 511		336 633
langfristig (mehr als 4 Jahre)	513 508		526 289
Kreditmarktmittel insgesamt	1 093 020		1 096 811

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 30. September 2010	Belegung am 30. September 2009					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	120,0	107,7	106,6					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am ElF	40,0	33,5	30,4					
Bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	2,0	1,2					
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	137,3					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	105,3	137,3					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	50,6	40,3					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-					
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0		-					

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 - 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Gegenstand der Nachweisung			Mr	d. €		
1. Ausgaben	292,3	319,5	307,4	301,0	301,5	301,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,5	9,3	-3,8	- 2,1	+0,2	- 0,1
2. Einnahmen ¹	257,7	238,9	249,5	260,6	269,6	276,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	-4,7	-7,3	+4,4	+4,4	+3,5	+2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	211,9	221,8	232,8	241,8	250,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	-4,8	-7,0	+4,7	+5,0	+3,8	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-80,6	- 57,9	- 40,5	- 32,0	- 24,5
in % der Ausgaben	11,8	25,2	18,8	13,4	10,6	8,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	269,0	317,8	320,9	321,7	322,6	307,4
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-6,4	0,1	- 0,5	- 0,7	+ 0,0	- 0,2
6. Tilgungen (+)	228,5	237,5	262,6	279,2	289,5	284,2
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-80,2	- 57,5	- 40,1	- 31,6	- 24,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	28,3	33,8	29,0	26,4	26,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+11,5	+5,9	+19,6	- 14,2	- 9,1	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2010.

 $^{^{1}\,\}mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$ ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	27 704	27 794	27 699	27 550	27 421
Aktivitätsbezüge	20977	20 789	20 741	20611	20 454	20313
Ziviler Bereich	9 2 6 9	9 342	9 240	9 2 5 6	9 267	9 289
Militärischer Bereich	11 708	11 447	11 501	11 355	11 187	11 024
Versorgung	6 962	6915	7 053	7 088	7 096	7 108
Ziviler Bereich	2 462	2 435	2 444	2 445	2 431	2 407
Militärischer Bereich	4 500	4 481	4 609	4 643	4 665	4 701
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	22 427	22 331	22 554	22 565
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 466	1357	1 328	1311	1 313
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 469	10 464	10 305	10 497	10 453
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	10 605	10 699	10746	10 798
Zinsausgaben	38 099	36 751	36 042	36 354	40 520	48 016
an andere Bereiche	38 099	36 751	36 042	36 354	40 520	48 016
Sonstige	38 099	36 751	36 042	36 354	40 520	48 016
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	36 708	36 001	36313	40 479	47 975
an Ausland	3	2	0	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	187 513	186 508	186 052	185 558
an Verwaltungen	14396	14 503	14 563	14563	14800	14783
Länder	8 754	8 682	8 831	8 729	8 972	8 982
Gemeinden	18	21	10	9	8	8
Sondervermögen	5 624	5 799	5 721	5 824	5 8 1 9	5 793
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1
an andere Bereiche	162 892	190 769	172 950	171 945	171 252	170 775
Unternehmen	22 951	25 316	24933	24762	24914	25 727
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	31 274	27932	27 889	26 350	23 828
an Sozialversicherung	105 130	128 365	114362	113 755	114 436	115 667
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 529	1 574	1 572	1 596	1 604
an Ausland	3 858	4284	4147	3 966	3 954	3 948
an Sonstige	5	1	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	291 310	273 776	272 892	276 676	283 561
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	8 504	8 113	7 545	7 505	7 366	7 307
Baumaßnahmen	6 8 3 0	6 532	6 0 6 7	5 9 6 0	5 745	5 707
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	907	898	882	895
Grunderwerb	643	546	571	647	740	704

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in Mic	o.€		
Vermögensübertragungen	15 619	15 754	15 040	14 778	14 596	14 420
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	15 342	14 644	14 421	14 239	14 064
an Verwaltungen	5 852	5 138	5 086	4927	4786	4 640
Länder	5 8 0 4	5074	5 0 2 1	4848	4 693	4 5 4 7
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	60	62	77	91	91
Sondervermögen	0	4	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 3 3 8	10 204	9 5 5 8	9 494	9 454	9 424
Sonstige - Inland	6 462	6 9 4 5	6280	6415	6384	6381
Ausland	2 876	3 2 5 9	3 2 7 8	3 079	3 069	3 043
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	397	358	356	356
an andere Bereiche	429	413	397	358	356	356
Sonstige - Inland	148	157	160	138	136	136
Ausland	282	256	237	220	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	4 838	11 660	7 120	4 798	4 582
Darlehensgewährung	2 490	4028	10854	6189	3 8 6 4	3 760
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 490	4027	10853	6188	3 863	3 760
Sozialversicherung	0	0	6 550	2 150	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	2 426	2 598	2 527	2 439	2 228
Ausland	1 618	1 601	1 705	1 511	1 425	1 532
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822
Inland	13	13	1	1	1	1
Ausland	905	797	805	931	933	822
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	27 532	28 706	34 245	29 404	26 760	26 310
^a Darunter: Investive Ausgaben	27 103	28 293	33 848	29 046	26 403	25 953
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 516	- 621	-1 296	-1 936	-8 771
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	307 400	301 000	301 500	301 100

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Rechnung		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 471	48 873	25 098	17 934	-	5 842
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6287	6 033	3 794	1324		915
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 833	3 786	494	172	_	3 120
3	Verteidigung	32 212	31914	16110	14816	_	988
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 608	3 260	2 085	982	_	193
5	Rechtsschutz	362	351	247	87	_	16
6	Finanzverwaltung	4167	3 529	2 3 6 7	553	-	609
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,	16 336	12 967	480	809	-	11 678
13	kulturelle Angelegenheiten Hochschulen	3 423	2 428	10	9		2 409
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 185	2 185	-	_		2 185
15	Sonstiges Bildungswesen	541	477	9	67	_	401
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 496	7 3 7 5	461	727	-	6187
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	690	501	1	5	_	495
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	158 826	151 368	224	201	-	150 943
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	114096	107 546	47	-	-	107 498
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 297	6 297	-	-	-	6 2 9 7
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 573	2 333	-	36	-	2 296
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34122	33 993	49	94	-	33 851
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	232	232	-	-	-	232
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 507	968	128	71	-	769
3	Gesundheit und Sport	3 589	2 884	275	279	-	2 330
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	2 451	2 372	146	151	-	2 074
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	2 451	2372	146	151	-	2 074
32	Sport	132	110	-	5	-	105
33	Umwelt- und Naturschutz	412	225	81	68	-	75
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	594	177	47	54	-	76
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 087	779	-	16	-	763
41	Wohnungswesen	1 351	767	-	4	-	763
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	724	12	-	12	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 160	746	29	165	-	552
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	346	346	-	70	-	276
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	346	346	-	70	-	276
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	247	201	29	94	-	77

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	975	2 554	3 068	6 597	6 560
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	253	2	0	254	254
2	Auswärtige Angelegenheiten	106	2 432	2510	5 047	5 046
3	Verteidigung	217	81	-	297	261
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	308	40	-	348	348
5	Rechtsschutz	12	-	-	12	12
6	Finanzverwaltung	80	0	558	638	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	181	3 177	11	3 369	3 369
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	64	-	64	64
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	180	1 930	11	2 121	2 121
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	189	-	189	189
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	896	6 551	7 458	7 098
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	6 5 5 0	6 550	6 5 5 0
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	238	1	240	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	123	-	129	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	-	538	538
3	Gesundheit und Sport	472	234	-	705	705
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	62	17	-	80	80
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	62	17	-	80	80
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	7	180	-	187	187
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	15	-	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 305	3	1 308	1 308
41	Wohnungswesen	-	581	3	584	584
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	712	-	712	712
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	408	1	414	414
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	41	0	46	46

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse			
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €								
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 487	2 637	58	598	-	1 980			
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	796	653	-	434	-	219			
621	Kernenergie	282	202	-	-	-	202			
622	Erneuerbare Energieformen	50	19	-	4	-	16			
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	464	431	-	430	-	1			
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 604	1 584	-	9	-	1 574			
64	Handel	113	113	-	51	-	62			
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	663	11	-	10	-	1			
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2310	277	58	94	-	124			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 726	4 145	1 038	2 087	-	1 021			
72	Straßen	7 254	965	-	880	-	85			
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 721	839	510	289	-	40			
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	343	11	-	-	-	11			
75	Luftfahrt	206	194	46	20	-	129			
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 201	2 136	482	898	-	757			
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 068	12 142	-	7	-	12 135			
81	Wirtschaftsunternehmen	10 785	6859	-	7	-	6852			
832	Eisenbahnen	3 877	77	-	5	-	71			
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 908	6782	-	2	-	6780			
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283			
873	Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283			
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-			
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	36 651	37 234	592	330	36 042	270			
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	308	270	-	-	-	270			
92	Schulden	36 061	36061	-	19	36 042	-			
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	281	903	592	311	-	0			
Summe al	ller Hauptfunktionen	307 400	273 776	27 794	22 427	36 042	187 513			

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	81	743	2 026	2 850	2 850
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	80	64	-	144	144
621	Kernenergie	80	-	-	80	80
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	33	-	33	33
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	21	-	21	21
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	652	-	652	652
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	7	2026	2 0 3 4	2 034
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 820	1 760	-	7 580	7 580
72	Straßen	4877	1 412	-	6 2 8 9	6 2 8 9
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	882	-	-	882	882
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	12	-	-	12	12
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	49	16	-	65	65
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 926	-	3 926	3 926
81	Wirtschaftsunternehmen	-	3 9 2 6	-	3 9 2 6	3 926
832	Eisenbahnen	-	3 801	-	3 801	3 801
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	125	-	125	125
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ller Hauptfunktionen	7 545	15 040	11 660	34 245	33 848

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³								
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007 et-Ergebnisse	2008	2009	2010 Soll	2011 Entwurf
I. Gesamtübersicht							3011	Liicwaii
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292.3	319,5	307,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3	- 3,8
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9	249,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	- 7,3	4,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	-28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 80,6	- 57,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	-80,2	- 57,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	-0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	_		-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27,7	27,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	-0,8	0,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8,7	9,0
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,3	14,7	15,0	15,1	14,4	14,0	
öffentl. Gesamthaushalts ³	/0		14,7		13,1	14,4	14,0	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36,8	36,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	-3,5	- 1,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11,5	11,7
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,8	61,3	60,1	
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3	33,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	4,4	19,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,9	11,0
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/0	9,1	0,7		0,0	9,5	0,9	11,0
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,6	36,7	25,7	31,4	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9	221,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7,0	4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66,3	72,1
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88,7	88,9
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	41,5	
Steueraufkommen ³								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 80,2	- 57,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25,1	18,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	283,5	169,9
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	58,6	59,7	99,3	59,0	37,8	105,7	
öffentl. Gesamthaushalts ³ nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 579,5	1694 1/2		
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1054		

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁴				
				in Mrd. €							
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹											
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	638,5	649,2	675,0	727,9				
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	598,0	648,5	667,7	637,6				
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-5,5	-88,5				
darunter:											
Bund ²											
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3				
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7				
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5				
Länder ²											
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	286,8				
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,8				
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-27,0				
Gemeinden ²											
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	161,5	167,3	177,2				
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	169,7	174,9	170,0				
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,2	7,6	-7,2				
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %										
Öffentlicher Gesamthaushalt											
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,7	1,7	4,0	7,8				
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,0	8,4	3,0	-4,5				
darunter:											
Bund											
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5				
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7				
Länder											
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4,2				
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,5				
Gemeinden											
Ausgaben	-0,0	0,1	2,1	2,8	2,6	3,6	5,9				
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	6,0	3,1	-2,8				

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁴
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,2	-3,7
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3
(2) in%der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12,2
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,4
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,1	4,6	-4,0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,4	26,7	27,2	30,4
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,1	12,0
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7,4
Gesamtwirtschaftliche Steuerguote ³	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,6	21,9

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere, Zweckverbände.

Stand: September 2010.

² Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP.

⁴ Bund und Gemeinden: lst, Länder: vorl. lst.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepubli	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen			
	inegeemt		dav	von		
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	
Jahr		in Mrd. €		in	%	
		Bundesrepublil	Deutschland			
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9	
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0	
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1	
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5	
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2	
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6	
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5	
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4	
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3	
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6	
2010 ²	510,3	237,6	272,7	46,6	53,4	
2011 ²	515,0	240,0	275,0	46,6	53,4	
2012 ²	539,8	259,8	280,0	48,1	51,9	
2013 ²	561,3	277,6	283,7	49,5	50,5	
2014 ²	581,5	293,0	288,5	50,4	49,6	

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2010.

² Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik²
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	32
1970	23,0	34,8	22,4	33
1975	22,8	38,1	23,1	37
1976	23,7	39,5	23,4	38
1977	24,6	40,4	24,5	39
1978	24,2	39,9	24,4	39
1979	23,9	39,6	24,3	39
1980	23,8	39,6	24,3	39
1981	22,8	39,1	23,7	39
1982	22,5	39,1	23,3	39
1983	22,5	38,7	23,2	39
1984	22,6	38,9	23,2	38
1985	22,8	39,1	23,4	39
1986	22,3	38,6	22,9	38
1987	22,5	39,0	22,9	38
1988	22,2	38,6	22,7	38
1989	22,7	38,8	23,4	39
1990	21,6	37,3	22,7	38
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,0	37
2005	22,0	39,7	20,1	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,1	22,1	37
2008	23,8	40,2	22,6	38
2009	23,5	40,6	21,9	37
2010	23	39 1/2	21	361

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010. 2010 Schätzung; Stand: Juli 2010.

 $^{^3\,}Bis\,2007\,Rechnungsergebnisse.\,2008\,und\,2009\,Kassenergebnisse.\,2010\,Sch\"{a}tzung; Stand: Juli\,2010.$

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates				
	inagasamt	darun	ter			
	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Soziaversicherungen ³			
Jahr		in Relation zum BIP in %				
1960	32,9	21,7	11,			
1965	37,1	25,4	11,			
1970	38,5	26,1	12,			
1975	48,8	31,2	17,			
1976	48,3	30,5	17,			
1977	47,9	30,1	17,			
1978	47,0	29,4	17,			
1979	46,5	29,3	17,			
1980	46,9	29,6	17,			
1981	47,5	29,7	17,			
1982	47,5	29,4	18			
1983	46,5	28,8	17			
1984	45,8	28,2	17			
1985	45,2	27,8	17			
1986	44,5	27,4	17			
1987	45,0	27,6	17			
1988	44,6	27,0	17			
1989	43,1	26,4	16,			
1990	43,6	27,3	16			
1991	46,3	28,2	18			
1992	47,2	28,0	19			
1993	48,2	28,3	19			
1994	47,9	27,8	20			
1995	48,1	27,6	20			
1996	49,3	27,9	21,			
1997	48,4	27,1	21,			
1998	48,0	27,0	21			
1999	48,1	26,9	21,			

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates					
	insgesamt	darunter					
	ilisgesailit	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen ³				
Jahr		in Relation zum BIP in %					
2000	47,6	26,5	21,1				
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1				
2001	47,6	26,3	21,3				
2002	48,1	26,4	21,7				
2003	48,5	26,5	22,0				
2004	47,1	25,9	21,2				
2005	46,8	26,1	20,8				
2006	45,3	25,4	19,9				
2007	43,6	24,5	19,1				
2008	43,8	24,7	19,0				
2009	47,5	26,6	20,9				
2010	48	261/2	21				

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

 $^{2006\,}bis\,2008\,vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis\,der\,VGR; Stand: August\,2009.$

²⁰⁰⁹ vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010.

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: Juli 2010.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken die Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden	(Mio. €) ¹			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 694 660
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 813
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484922	526 745
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	505 34
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	503 009
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	233
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	100 534	107531	111796	115 232	112 243	110627	108 864	11410
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 33
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	10 670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3494
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	640 84
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1524000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 762 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-		-	-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			,	Anteil an den S	chulden (in %)			
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,2
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	31,
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,8
			Ar	iteil der Schuld	den am BIP (in	%)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,7
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,0
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,4
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,0
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,0
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,8
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	64,9	66,3	73,5
				Schulden in:	sgesamt (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 70
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 326,5	2 432,4	2 481,2	2 397,
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassen kredite.$

 $\label{thm:prop:prop:prop:prop:prop:prop:general} Quelle: Statistisches \, Bundesamt, eigene \, Berechnungen.$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzu	ng der Volkswirtsch	aftlichen Gesan	ntrechungen²		Abgrenzung der Finanzstatistil		
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³	
Jahr		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP	in%	in Mrd.€	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9			
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9	
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1	
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5	
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0	
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7	
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2	
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1	
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1	
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5	
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4	
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1	
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6	
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2	
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3	
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0	
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3	
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5	
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5	
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3	
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6	
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-	
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2	
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7	
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1	
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0	
2005	-74,1	-70,2	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3	
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7	
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0	
2008	2,8	-6,0	8,9	0,1	-0,2	0,4	-5,5	-0,2	
2009	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-88,5	-3,7	
2010	-114	-109	-5	-41/2	-41/2	-0	-117 1/2	-5	

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010 Schätzung; Stand: Juli 2010.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,2008\,und\,2009\,Kassenergebnisse.\,2010\,Sch\"{a}tzung;\,Stand:\,Juli\,2010.$

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken die Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,0	-4,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-3,6	-5,1	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,0	4,8	1,6	3,0	0,1	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,0
Zypern	-	_	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-6,1	-7,1	-7,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,4	3,6	2,9	-0,7	-3,5	-3,9
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-5,3	-6,3	-5,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-1,5	-0,4	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4
Slowenien	-	_	-	-8,4	-3,7	-1,4	-1,3	0,0	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,0	5,2	4,2	-2,2	-3,8	-2,9
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1
Bulgarien	-	_	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-3,9	-2,8	-2,2
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	5,2	4,8	3,4	-2,7	-5,5	-4,9
Estland	-	_	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	2,6	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0
Rumänien	-	_	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-0,5	-2,1	-1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7
Ungarn	-	_	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,8	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0
EU	-	_	-	-5,2	-0,4	-2,5	-1,4	-0,8	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,1	-10,1	-9,9

 $^{^{1}\}mbox{F\"{u}r}$ EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

 $^{^2 \, \}text{Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erl\"{o}se.}$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	66,0	73,2	78,8	81,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,9	92,1	88,1	84,2	89,8	96,7	99,0	100,9
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,0	97,8	95,7	99,2	115,1	124,9	133,9
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	39,6	36,2	39,7	53,2	64,9	72,5
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,5	77,6	83,6	88,6
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,6	24,9	25,0	43,9	64,0	77,3	87,3
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	106,1	115,8	118,2	118,9
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	64,6	58,3	48,4	56,2	62,3	67,6
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,5	6,7	13,7	14,5	19,0	23,6
Malta	-	-	-	35,3	55,9	70,1	63,7	61,9	63,7	69,1	71,5	72,5
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	60,9	66,3	69,6
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	62,2	59,5	62,6	66,5	70,2	72,9
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,5	63,6	64,7	63,6	66,3	76,8	85,8	91,1
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	35,7	40,8	44,0
Slowenien	-	-	-	-	-	27,0	26,7	23,4	22,6	35,9	41,6	45,4
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	39,7	35,2	34,2	44,0	50,5	54,9
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,5	69,5	70,1	68,3	66,0	69,4	78,7	84,7	88,5
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	14,8	17,4	18,8
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,5	37,1	32,1	27,4	34,2	41,6	46,0	49,5
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,2	9,6	12,4
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	36,1	48,5	57,3
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,3	38,6	45,4
Polen	-	_	-	49,0	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,0	53,9	59,3
Rumänien	-	_	-	7,0	22,5	15,8	12,4	12,6	13,3	23,7	30,5	35,8
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,2	53,6	50,8	45,7	40,8	38,3	42,3	42,6	42,1
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	35,4	39,8	43,5
Ungarn	-	-	-	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	78,3	78,9	77,8
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,5	44,7	52,0	68,1	79,1	86,9
EU	_	_	-	69,6	63,2	62,7	61,4	58,8	61,6	73,6	79,6	83,8
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,8	172,0	189,2	193,5	194,9
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	84,5	94,1	103,0

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuern in	% des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008					
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4					
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3					
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3					
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8					
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1					
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3					
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3					
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2					
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.					
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2					
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3					
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.					
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1					
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9					
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.					
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5					
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1					
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4					
Slowakei	-	-	-	-	34,1	29,4	29,4	29,3					
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0					
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6					
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1					
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7					
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9					

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Estland	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Litauen	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Rumänien	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Slowakei	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Tschechien	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Ungarn	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

<u> </u>		Eu-Haush	alt 2008 ¹			EU-Haus	halt 2009 ²	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differenz ir	n%	Differenz in Mio. €			
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
Rubrik	10	11	12	13		
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8		
davon Globalisier ungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	- 111,0	- 192,5		
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0		
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0		
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5		
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8		

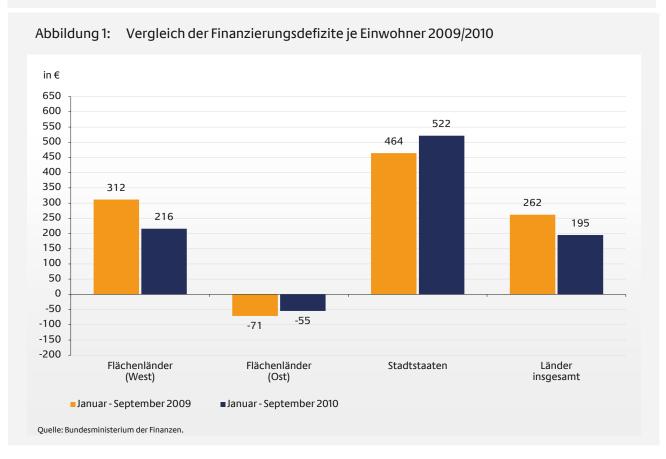
² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	177 801	135 802	49 985	37 074	32 801	24 442	254 866	192 99
darunter:								
Steuereinnahmen	134410	103 680	25 5 1 9	19 377	20 649	15 126	180 578	138 18
Übrige Einnahmen	43 390	32 122	24 465	17 697	12 152	9316	74287	5480
Bereinigte Ausgaben	203 787	149 413	53 145	36 366	37 132	27 510	288 344	208 96
darunter:								
Personalausgaben	79 277	59 960	13 009	9 021	11 525	8 536	103 811	77 51
Lfd. Sachaufwand	13 347	9 494	3 827	2 535	7 732	5 990	24905	1801
Zinsausgaben	13 761	10 479	3 187	2 207	4110	3 201	21 058	15 88
Sachinvestitionen	4920	2 552	2 074	888	1 333	589	8 327	4 02
Zahlungen an Verwaltungen	56 140	40 235	18 942	13 182	635	513	69 997	49 60
Übrige Ausgaben	36 343	26 693	12 107	8 533	11 797	8 683	60 246	43 90
Finanzierungssaldo	-25 984	-13 611	-3 160	708	-4 323	-3 069	-33 467	-15 97



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2010

						in Mio. €				
		Se	ptember 200)9	A	ugust 2010		Se	ptember 201	0
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	187 996	190 246	366 108	160 620	167 657	317 453	181 230	192 991	362 484
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechnung	184 149	182 409	366 558	156 792	158 838	315 629	177 219	183 008	360 227
111	Steuereinnahmen	164 480	141 264	305 744	139 419	121 043	260 462	158 813	138 183	296 996
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 107	33 450	41 557	1 706	30 156	31 863	1984	35 982	37 966
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	3 434	3 434	-	1 200	1 200	-	2018	2 018
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 847	7 829	11 676	3 829	8 820	12 649	4010	9 983	13 994
121	Veräußerungserlöse	2 176	205	2 381	1 862	223	2 085	1 898	245	2 14:
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 845	42	1 886	1 490	64	1 554	1 490	64	1 554
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	366	5 023	5 388	461	6314	6 774	423	7 266	7 689
_	Bereinigte Ausgaben ¹	210 500	244 606	440.450	200 074	102 521	202 577	220 502	200.062	427.02
2	für das laufende Haushaltsjahr	218 608	211 686	418 159	209 871	183 531	382 577	230 693	208 963	427 920
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	201 179	185 865	387 044	195 146	166 291	361 437	214 237	188 481	402 718
211	Personalausgaben	21 543	75 154	96 698	19 456	69 224	88 679	21 516	77 517	99 03
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6 004	21 259	27 264	5 443	19 839	25 282	6126	22 218	28 34
212	Laufender Sachaufwand	13 529	17 493	31 021	11 954	16 101	28 055	13 383	18 019	31 40
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	6 2 7 5	11 556	17 831	5 640	10 657	16 297	6 3 6 2	11 921	18 28
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	32 837	16 507	49 344	29 109	14 480	43 589	29 813	15 887	45 70
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10 665	42 900	53 565	9389	34792	44 181	10 472	41 823	52 29
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 343	- 343	-	-514	- 514	-	-309	- 30
2142	Zuweisungen an Gemeinden	16	40 459	40 475	11	32 957	32 968	14	39 512	39 52
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	17 430	25 820	43 249	14726	17 240	31 966	16 456	20 482	36 93
221	Sachinvestitionen	4968	3 750	8 717	3 792	3 438	7 2 3 0	4 406	4028	8 43
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 307	6 457	9 763	2814	6 265	9 078	2 972	7 780	10 75
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	17 101	25 437	42 538	14414	16 832	31 246	16 086	20 051	36 13

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2010

		in Mio. €									
		Ser	tember 200	19		ugust 2010		Sei	otember 201	0	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-30 571 ²	-21 449	-52 020	-49 202 ²	-15 874	-65 076	-49 412 ²	-15 972	-65 38	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	201 405	62 412	263 817	207 329	52 787	260 116	231 315	62 178	293 49	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	182 202	59 326	241 528	165 988	54 004	219 991	190 560	60 779	251 33	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	19 203	3 083	22 286	41 341	-1 217	40 125	40 755	1 399	42 15	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-6 151	3 783	-2 368	-9 046	6 772	-2 274	-13 004	7 116	-5 88	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 965	15 965	-	15 291	15 291	-	16 399	1639	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	6 152	-4 657	1 495	9 046	-7 559	1 487	13 005	-6 888	6 1 1	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	25 151	29 806 °	6 998	13 444	4 911	16 357	35 531	8 534	1 95
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	24 163	28 565	6 528	12 993	4 505	15 573	33 906	8 169	1 92
111	Steuereinnahmen	17 906	23 231	3 765	10 766	2 447	12 022	27 900	6 099	1 55
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4792	2 795	2 382	1 423	1 823	1 973	3 888	1 528	27
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	148	-	122	118	107	109	3
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	362	-	311	174	191	188	6
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	987	1241 a	470	451	406	784	1 625	365	3
121	Veräußerungserlöse	5	11	18	11	2	7	8	1	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	5	-	-	5	1	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	727	954	266	430	244	697	1 243	250	2
_	Bereinigte Ausgaben ¹	26.706	20 225 h	6.077	45.000	4 700	17.000	20.004	10.225	2.00
2	für das laufende Haushaltsjahr	26 786	30 235 в	6 977	15 276	4 790	17 939	39 894	10 226	2 89
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	24216	27 064 b	6 039	13 992	4 181	16 672	36 229	9 199	2 62
211	Personalausgaben	11 311	13 152	1 694	5 700	1 196	6977 ²	14 969 ²	4 141	107
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 591	3 865	117	1 857	71	2 194	5 084	1 254	4
212	Laufender Sachaufwand	1 270	2 129 e	404	1 209	296	1 194	2 430	713	15
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 135	1734 °	328	979	264	1 006	1 781	601	14
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 477	886 f	470	1 173	269	1 496	3 576	759	4
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 436	7 862	2 206	3 686	1 535	4222	8 630	2 226	32
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	696	2 561	-	1 409	-	-	90	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5 682	5 241	1 854	2 251	1 301	4221	8 478	2 195	3
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 569	3 171	938	1 284	610	1 267	3 665	1 027	2
221	Sachinvestitionen	497	979	37	440	138	187	210	86	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 253	1 150	410	544	264	372	1 870	379	:
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 501	3 105	938	1 247	610	1 267	3 527	1 004	2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2010

						in Mio. €	<u> </u>			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 635	- 429	21	-1 832	120	-1 582	-4 363	-1 691	- 937
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	6 1 7 0	4190	4 3 5 6	4 507	165	5 3 6 0	14 178	5 448	1 038
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 490	2 824	4357	3 828	802	5 678	14328	5 764	554
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	2 679	1 366 °	4358	680	-637	-318	- 150	-315	484
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	4 351	521	-	-	2 383	1 616	42
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	924	4533	4352	679	990	2 447	600	2	549
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	4	-	4 353	- 474	647	407	-1 723	-1 615	92

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Oktober-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 18,2 Mio. €, b) 219,4 Mio. €, c) -201,2 Mio. €, d) 1539,2 Mio. €, e) 1,1 Mio. €, f) 218,3 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2010

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	12 133	6 712	5 761	6 320	14 690	2 419	7 380	192 991		
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	10 641	6271	5 557	5 766	14 053	2 320	7 186	183 008		
111	Steuereinnahmen	6 295	3 509	4200	3 361	7 555	1 539	6032	138 183		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 872	1 881	993	2 129	5 175	558	500	35 982		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	260	145	63	140	667	107	-	2 018		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	618	345	121	328	2 145	265	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 492	441	204	555	637	99	194	9 983		
121	Veräußerungserlöse	0	4	2	12	151	0	10	245		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	2	1	-	47	-	2	64		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 202	231	147	260	364	78	153	7 266		
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	10 944	6 992	6 902	6 663	16 221	3 274	8 063	208 963		
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	9 341	6 2 4 7	6376	5 918	15 164	2 981	7 3 5 7	188 481		
211	Personalausgaben	2 684	1 731	2 631	1716	5 044	1 033	2 459	77 517		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	131	113	916	100	1 283	345	882	22 218		
212	Laufender Sachaufwand	670	706	391	460	3 5 2 6	553	1911	18 019		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	511	254	338	284	1 661	259	639	11 921		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	274	658	703	535	1 952	490	759	15 887		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 721	1 879	1 746	2 076	198	66	123	41 823		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	48	-309		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 939	1 539	1 687	1 789	6	3	7	39 512		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 603	745	526	745	1 057	293	707	20 482		
221	Sachinvestitionen	409	137	135	168	232	55	302	4028		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	557	316	237	218	90	64	19	7 780		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 604	745	526	745	988	292	690	20 051		

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2010

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 189	- 280	-1 142	- 343	-1 531	- 855	- 683	-15 972
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-2 791	3 543	2 655	1 972	9718	4 189	- 185	62 178
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 015	2 467	2 234	1 598	8 343	4741	-	60 779
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 806	1 076	421	374	1 375	- 552	- 185	1 399
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 596	-	-	12	776	1	7 116
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 644	66	-	101	337	321	2 207	16399
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 142	-1 621	-577	223	- 4	-917	- 498	-6 888

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Oktober-Bezüge.
³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 18,2 Mio. €, b) 219,4 Mio. €, c) -201,2 Mio. €, d) 1539,2 Mio. €, e) 1,1 Mio. €, f) 218,3 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,7	3,1	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	1,0	1,0	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,8	0,6	-0,1	0,6	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,} Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	1.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,8	0,4	-1,4	0,9	1,1	1,6	-1,7
2007	4,6	1,8	0,5	1,7	1,9	2,3	-0,2
2008	2,0	1,0	-1,2	1,6	1,8	2,6	2,4
2009	-3,4	1,4	4,0	0,0	0,0	0,4	5,7
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,6	1,1	0,1	1,1	1,2	1,7	1,0

 $^{^{1}} Ohne \, private \, Organisation en \, ohne \, Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,5	14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,1	5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7
2008	3,2	5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,9	3,1	135,9	141,6	43,4	37,6	5,8	6,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	a.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	5,0	11,5	1,7	64,6	66,2	1,0	-1,2
2007	3,3	4,3	2,7	64,3	65,8	1,6	-0,6
2008	1,8	-1,4	3,6	65,4	66,8	2,2	-0,4
2009	-4,2	-12,6	0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,4	1,1	1,5	66,2	67,7	1,0	-0,7

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volkseinkommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche '	/eränderun	igen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 3,1	1,3	1,6
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 2,0	-3,0	- 0,5
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,6	-0,4	0,8
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,3	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,1	- 0,9	3,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,5	- 1,3	- 5,0	0,8	1,4
Zypern	-	-	9,9	5,0	3,9	4,1	5,1	3,6	- 1,7	-0,4	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	-3,4	2,0	2,4
Malta	-	-	6,2	6,4	3,9	3,6	3,8	2,1	- 1,9	1,1	1,7
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,0	1,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	-3,6	1,3	1,6
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,7	0,5	0,7
Slowakei	-	-	5,8	1,4	6,7	8,5	10,6	6,2	- 4,7	2,7	3,6
Slowenien	-	_	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,8	1,1	1,8
Finnland	3,3	0,5	4,0	5,3	2,9	4,4	4,9	1,2	- 7,8	1,4	2,1
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,1	0,9	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,0	0,0	2,7
Dänemark	4,0	1,6	3,1	3,5	2,4	3,4	1,7	- 0,9	- 4,9	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	10,0	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 14,1	0,9	3,8
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	-3,5	3,3
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 15,0	-0,6	3,2
Polen	-	-	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,7	2,7	3,3
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	7,3	- 7,1	0,8	3,5
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,5	- 0,2	- 4,9	1,8	2,5
Tschechien	-	_	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,2	1,6	2,4
Ungarn	-	_	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,3	0,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,5	- 4,9	1,2	2,1
EU	2,5	3,0	2,6	3,9	2,0	3,2	2,9	0,7	- 4,2	1,0	1,7
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,4	- 1,2	- 5,2	2,1	1,5
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	-2,4	2,8	2,5

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,2	1,3	1,5
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,6	1,6
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,3	3,1	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,3	1,6	1,6
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,4	1,6
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,7	- 1,3	0,8
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,2	2,7	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	2,6	2,0
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	1,8	2,0	2,1
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,0	1,3	1,5
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,4	1,3	1,5
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 0,9	1,0	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	0,9	1,3	2,8
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,8	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,6	1,7	1,9
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,5	1,7
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,5	2,3	2,7
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	2,3	1,5
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	1,3	2,0
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,3	-3,2	-0,7
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	4,2	- 0,1	1,4
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	4,0	2,4	2,6
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,6	4,3	3,0
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,6
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,0	1,3
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,0	4,6	2,8
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,2	2,4	1,4
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,8	1,7
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,4	- 0,5	-0,4
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,4	1,7	0,3

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,5	7,8	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	7,9	8,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,5	11,8	13,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	18,0	19,7	19,8
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,5	4,6	6,3	11,9	13,8	13,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,7	7,8	8,8	8,8
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,3	6,7	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	5,4	6,1	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	6,9	7,3	7,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	4,9	5,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	5,1	5,4
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,6	9,9	9,9
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	14,1	13,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	5,9	7,0	7,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,2	9,5	9,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	8,3	7,5	7,5	9,4	10,3	10,4
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	6,8	7,9	7,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	6,0	6,9	6,5
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,9	4,7	5,5	13,8	15,8	14,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	17,1	20,6	18,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,7	16,7	16,3
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,2	9,2	9,4
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	6,9	8,5	7,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	7,0	6,1	6,2	8,3	9,2	8,8
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,7	8,3	8,0
Ungarn	-	-	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,0	10,8	10,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,6	7,8	7,4
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	8,9	8,2	7,1	7,0	8,9	9,8	9,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,1	5,3	5,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,3	9,7	9,8

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010.

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

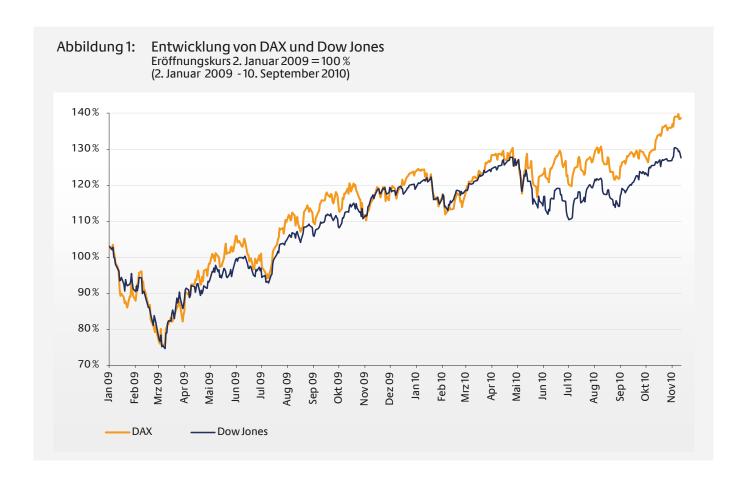
KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoir	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz			
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %				in % des n ruttoinlar	ominalen idprodukts	5
	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,3	-6,5	4,3	4,6	15,6	11,2	7,0	7,9	4,9	2,6	3,8	3,0
darunter												
Russische Föderation	5,2	-7,9	4,0	4,3	14,1	11,7	6,6	7,4	6,2	4,0	4,7	3,7
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,5	25,2	15,9	9,8	10,8	-7,1	-1,5	-0,4	-1,3
Asien	7,7	6,9	9,4	8,4	7,5	3,1	6,1	4,2	5,9	4,1	3,0	3,0
darunter												
China	9,6	9,1	10,5	9,6	5,9	-0,7	3,5	2,7	9,6	6,0	4,7	5,1
Indien	6,4	5,7	9,7	8,4	8,3	10,9	13,2	6,7	-2,0	-2,9	-3,1	-3,1
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	5,1	5,5	0,0	2,0	0,9	0,1
Korea	2,3	0,2	6,1	4,5	4,7	2,8	3,1	3,4	-0,6	5,1	2,6	2,9
Thailand	2,5	-2,2	7,5	4,0	5,5	-0,8	3,0	2,8	0,6	7,7	3,6	2,5
Lateinamerika	4,3	-1,7	5,7	4,0	7,9	6,0	6,1	5,8	-0,7	-0,6	-1,2	-1,6
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	7,5	4,0	8,6	6,3	10,6	10,6	1,5	2,0	1,7	1,2
Brasilien	5,1	-0,2	7,5	4,1	5,7	4,9	5,0	4,6	-1,7	-1,5	-2,6	-3,0
Chile	3,7	-1,5	5,0	6,0	8,7	1,7	1,7	3,0	-1,5	2,6	-0,7	-2,0
Mexiko	1,5	-6,5	5,0	3,9	5,1	5,3	4,2	3,2	-1,5	-0,6	-1,2	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	7,8	3,6	10,4	6,3	8,7	5,7	-5,7	-2,3	-5,2	-5,4
Südafrika	3,7	-1,8	3,0	3,5	11,5	7,1	5,6	5,8	-7,1	-4,0	-4,3	-5,8

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2010.



	••	
T-1-11-0	Übersicht Weltfinanz	
I andlid u.	I IDARSICHT WAITTINGHO	marvta
Tabelle 3.	CODELSICAL VVEIDINALIZA	

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.11.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	11 202	10 428	7,42	6 547	11 444
Euro Stoxx 50	2 848	2 966	-3,97	1 810	3 018
DAX	6 790	5 957	13,98	3 666	6 790
CAC 40	3 864	3 936	-1,83	2 519	4 0 6 6
Nikkei	9828	10 546	-6,82	7 055	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.11.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	2,99	3,88	-	2,22	4,03
Deutschland	2,55	3,40	-0,44	2,11	3,70
Japan	1,06	1,30	-1,93	0,85	1,57
Vereinigtes Königreich	3,25	4,08	0,26	2,84	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.11.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,36	1,44	-5,41	1,19	1,51
Yen/Dollar	83,13	92,40	-10,03	80,38	101,11
Yen/Euro	113,31	133,16	-14,91	106,19	138,09
Pfund/Euro	0,85	0,89	-4,53	0,81	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	iquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Deutschland													
EU-KOM	1,3	-4,7	3,4	1,6	2,8	0,2	1,1	1,5	7,3	7,5	7,8	7,8	
OECD	1,0	-4,9	1,9	2,1	2,8	0,2	1,3	1,0	7,2	7,4	7,6	8,0	
IWF	1,0	-4,7	3,3	2,0	2,8	0,2	1,3	1,4	7,3	7,5	7,1	7,1	
USA													
EU-KOM	0,4	-2,4	2,8	2,5	3,8	-0,4	1,7	0,3	5,8	9,3	9,7	9,8	
OECD	0,4	-2,4	3,2	3,2	3,8	-0,3	1,9	1,1	5,8	9,3	9,7	8,9	
IWF	0,0	-2,6	2,6	2,3	3,8	-0,3	1,4	1,0	5,8	9,3	9,7	9,6	
Japan													
EU-KOM	-1,2	-5,2	2,1	1,5	1,4	-1,4	-0,5	-0,4	4,0	5,1	5,3	5,3	
OECD	-1,2	-5,2	3,0	2,0	1,4	-1,4	-0,7	-0,3	4,0	5,1	4,9	4,7	
IWF	-1,2	-5,2	2,8	1,5	1,4	-1,4	-1,0	-0,3	4,0	5,1	5,1	5,0	
Frankreich													
EU-KOM	0,4	-2,6	1,6	1,5	3,2	0,1	1,6	1,6	7,8	9,5	10,2	10,1	
OECD	0,3	-2,5	1,7	2,1	3,2	0,1	1,7	1,1	7,4	9,1	9,8	9,5	
IWF	0,1	-2,5	1,6	1,6	3,2	0,1	1,6	1,6	7,8	9,4	9,8	9,8	
Italien													
EU-KOM	-1,3	-5,0	1,1	1,4	3,5	0,8	1,6	2,0	6,7	7,8	8,8	8,8	
OECD	-1,3	-5,1	1,1	1,5	3,5	0,8	1,2	1,0	6,8	7,8	8,7	8,8	
IWF	-1,3	-5,0	1,0	1,0	3,5	0,8	1,6	1,7	6,8	7,8	8,7	8,6	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	0,5	-4,9	1,7	2,1	3,6	2,2	3,0	1,4	5,6	7,6	7,8	7,4	
OECD	0,5	-4,9	1,3	2,5	3,6	2,2	3,0	1,5	5,7	7,6	8,1	7,9	
IWF	-0,1	-4,9	1,7	2,0	3,6	2,1	3,1	2,5	5,6	7,5	7,9	7,4	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,4	-2,7	3,6	3,2	2,4	0,3	1,6	1,7	6,2	8,3	7,9	7,2	
IWF	0,5	-2,5	3,1	2,7	2,4	0,3	1,8	2,0	6,2	8,3	8,0	7,5	
Euroraum													
EU-KOM	0,6	-4,1	1,7	1,5	3,3	0,3	1,4	1,7	7,5	9,4	10,3	10,4	
OECD	0,5	-4,1	1,2	1,8	3,3	0,3	1,4	1,0	7,5	9,4	10,1	10,1	
IWF	0,5	-4,1	1,7	1,5	3,3	0,3	1,6	1,5	7,6	9,4	10,1	10,0	
EZB	-	-4,0	1,6	1,4	-	0,3	1,6	1,7	-	-	-		
EU-27													
EU-KOM	0,7	-4,2	1,8	1,7	3,7	1,0	1,8	1,7	7,0	8,9	9,8	9,7	
IWF	0,8	-4,1	1,7	1,7	3,7	0,9	1,9	1,8	-	-		_	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise). OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010.$

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Sept. 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	1,0	-3,1	1,3	1,6	4,5	0,0	1,6	1,6	7,0	7,9	8,8	9,0
OECD	0,8	-3,0	1,4	1,9	4,5	0,0	1,8	1,4	7,0	7,9	8,2	8,3
IWF	0,8	-2,7	1,6	1,7	4,5	0,0	2,0	1,9	7,0	7,7	8,7	8,5
Finnland												
EU-KOM	1,2	-7,8	1,4	2,1	3,9	1,6	1,7	1,9	6,4	8,2	9,5	9,2
OECD	1,2	-7,8	1,7	2,5	3,9	1,6	1,7	1,4	6,4	8,3	9,4	9,0
IWF	0,9	-8,0	2,4	2,0	3,9	1,6	1,4	1,8	6,4	8,3	8,8	8,7
Griechenland												
EU-KOM	2,0	-2,0	-3,0	-0,5	4,2	1,3	3,1	2,1	7,7	9,5	11,8	13,2
OECD	2,0	-2,0	-3,7	-2,5	4,2	1,3	3,0	0,3	7,7	9,5	12,1	14,3
IWF	2,0	-2,0	-4,0	-2,6	4,2	1,4	4,6	2,2	7,7	9,4	11,8	14,6
Irland												
EU-KOM	-3,0	-7,1	-0,9	3,0	3,1	-1,7	-1,3	0,8	6,3	11,9	13,8	13,4
OECD	-3,0	-7,1	-0,7	3,0	3,1	-1,7	-1,4	0,8	6,0	11,7	13,7	13,0
IWF	-3,5	-7,6	-0,3	2,3	3,1	-1,7	-1,6	-0,5	6,3	11,8	13,5	13,0
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	-3,4	2,0	2,4	4,1	0,0	2,6	2,0	4,9	5,4	6,1	6,4
OECD	0,0	-3,4	2,7	3,1	4,1	0,0	3,0	1,9	4,4	5,7	6,0	5,8
IWF	0,0	-4,1	3,0	3,1	3,4	0,4	2,3	1,9	4,4	6,0	5,8	5,6
Malta												
EU-KOM	2,1	-1,9	1,1	1,7	4,7	1,8	2,0	2,1	5,9	6,9	7,3	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,6	-2,1	1,7	1,7	4,7	1,8	1,9	2,1	5,8	7,0	6,9	6,9
Niederlande												
EU-KOM	2,0	-3,9	1,9	1,8	2,2	1,0	1,1	1,5	2,8	3,4	4,9	5,2
OECD	2,0	-4,0	1,2	2,0	2,2	1,0	0,9	1,4	2,7	3,4	4,6	4,8
IWF	1,9	-3,9	1,8	1,7	2,2	1,0	1,3	1,1	2,8	3,5	4,2	4,4
Österreich												
EU-KOM	2,0	-3,6	1,3	1,6	3,2	0,4	1,3	1,5	3,8	4,8	5,1	5,4
OECD	1,8	-3,4	1,4	2,3	3,2	0,4	1,4	1,0	3,8	4,8	4,9	5,0
IWF	2,2	-3,9	1,6	1,6	3,2	0,4	1,5	1,7	3,8	4,8	4,1	4,2
Portugal												
EU-KOM	0,0	-2,7	0,5	0,7	2,7	-0,9	1,0	1,4	7,7	9,6	9,9	9,9
OECD	0,0	-2,7	1,0	0,8	2,7	-0,9	0,9	1,1	7,6	9,5	10,6	10,4
IWF	0,0	-2,6	1,1	0,0	2,7	-0,9	0,9	1,2	7,6	9,6	10,7	10,9

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Slowakei													
EU-KOM	6,2	-4,7	2,7	3,6	3,9	0,9	1,3	2,8	9,5	12,0	14,1	13,3	
OECD	6,2	-4,7	3,6	3,9	3,9	0,9	0,8	2,2	9,6	12,1	14,0	13,4	
IWF	6,2	-4,7	4,1	4,3	3,9	0,9	0,7	1,9	9,6	12,1	14,1	12,7	
Slowenien													
EU-KOM	3,5	-7,8	1,1	1,8	5,5	0,9	1,8	2,0	4,4	5,9	7,0	7,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,5	-7,8	0,8	2,4	5,7	0,9	1,5	2,3	4,4	6,0	7,8	8,1	
Spanien													
EU-KOM	0,9	-3,7	-0,3	0,8	4,1	-0,2	1,6	1,6	11,3	18,0	19,7	19,8	
OECD	0,9	-3,6	-0,2	0,9	4,1	-0,3	1,4	0,6	11,3	18,0	19,1	18,2	
IWF	0,9	-3,7	-0,3	0,7	4,1	-0,2	1,5	1,1	11,3	18,0	19,9	19,3	
Zypern													
EU-KOM	3,6	-1,7	-0,4	1,3	4,4	0,2	2,7	2,5	3,6	5,3	6,7	7,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,6	-1,7	0,4	1,8	4,4	0,2	2,2	2,3	3,6	5,3	7,1	6,9	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise; hier nur für NL u. ES).

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2010 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa (REO), Oktober 2010.

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Bulgarien													
EU-KOM	6,0	-5,0	0,0	2,7	12,0	2,5	2,3	2,7	5,6	6,8	7,9	7,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	6,0	-5,0	0,0	2,0	12,0	2,5	2,2	2,9	-	6,8	8,3	7,6	
Dänemark													
EU-KOM	-0,9	-4,9	1,6	1,8	3,6	1,1	2,3	1,5	3,3	6,0	6,9	6,5	
OECD	-0,9	-4,9	1,2	2,0	3,4	1,3	2,1	1,8	3,2	5,9	7,2	6,9	
IWF	-0,9	-4,7	2,0	2,3	3,4	1,3	2,0	2,0	1,7	3,6	4,2	4,7	
Estland													
EU-KOM	-3,6	-14,1	0,9	3,8	10,6	0,2	1,3	2,0	5,5	13,8	15,8	14,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,1	-13,9	1,8	3,5	10,4	-0,1	2,5	2,0	-	13,8	17,5	16,4	
Lettland													
EU-KOM	-4,6	-18,0	-3,5	3,3	15,3	3,3	-3,2	-0,7	7,5	17,1	20,6	18,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,2	-18,0	-1,0	3,3	15,3	3,3	-1,4	0,9	-	17,3	19,8	17,5	
Litauen													
EU-KOM	2,8	-15,0	-0,6	3,2	11,1	4,2	-0,1	1,4	5,8	13,7	16,7	16,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	2,8	-14,8	1,3	3,1	11,1	4,2	1,0	1,3	-	13,7	18,0	16,0	
Polen													
EU-KOM	5,0	1,7	3,4	3,3	4,2	4,0	2,6	2,6	7,1	8,2	9,2	9,4	
OECD	5,0	1,8	3,1	3,9	4,2	3,8	2,7	2,8	7,1	8,2	8,9	8,6	
IWF	5,0	1,7	3,4	3,7	4,2	3,5	2,4	2,7	-	8,2	9,8	9,2	
Rumänien													
EU-KOM	7,3	-7,1	0,8	3,5	7,9	5,6	4,3	3,0	5,8	6,9	8,5	7,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	7,3	-7,1	-1,9	1,5	7,8	5,6	5,9	5,2	-	6,3	7,2	7,1	
Schweden													
EU-KOM	-0,2	-4,9	1,8	2,5	3,3	1,9	1,7	1,6	6,2	8,3	9,2	8,8	
OECD	-0,6	-5,1	1,6	3,2	3,4	-0,3	1,4	2,0	6,2	8,3	8,8	8,7	
IWF	-0,4	-5,1	4,4	2,6	3,3	2,0	1,8	1,9	6,2	8,3	8,2	8,2	
Tschechien													
EU-KOM	2,5	-4,2	1,6	2,4	6,3	0,6	1,0	1,3	4,4	6,7	8,3	8,0	
OECD	2,3	-4,1	2,0	3,0	6,3	1,0	1,8	2,0	4,4	6,7	7,8	7,5	
IWF	2,5	-4,1	2,0	2,2	6,3	1,0	1,6	2,0	4,4	6,7	8,3	8,0	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	0,6	-6,3	0,0	2,8	6,0	4,0	4,6	2,8	7,8	10,0	10,8	10,1
OECD	0,4	-5,7	1,2	3,1	6,0	4,2	4,5	2,3	7,9	10,1	11,0	10,5
IWF	0,6	-6,3	0,6	2,0	6,1	4,2	4,7	3,3	-	10,1	10,8	10,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise; hier nur für Polen).

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts \ Under \$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Deutschland													
EU-KOM	0,0	-3,3	-5,0	-4,7	66,0	73,2	78,8	81,6	6,6	5,0	4,8	4,8	
OECD	0,0	-3,3	-5,4	-4,5	66,0	73,2	77,9	81,3	6,7	5,0	6,0	7,2	
IWF	0,0	-3,1	-4,5	-3,7	66,3	73,5	75,3	76,5	6,7	4,9	6,1	5,8	
USA													
EU-KOM	-6,4	-11,0	-10,0	-9,9	70,7	84,0	93,6	102,5	-4,9	-3,0	-3,7	-3,7	
OECD	-6,5	-11,0	-10,7	-8,9	70,4	83,0	89,6	94,8	-4,9	-2,9	-3,8	-4,0	
IWF	-6,7	-12,9	-11,1	-9,7	71,1	84,3	92,7	99,3	-4,7	-2,7	-3,2	-2,6	
Japan													
EU-KOM	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6	172,0	189,2	193,5	194,9	3,2	2,8	3,1	2,5	
OECD	-2,1	-7,2	-7,6	-8,3	173,8	192,9	199,2	204,6	3,3	2,8	3,3	3,5	
IWF	-4,1	-10,2	-9,6	-8,9	194,7	217,6	225,9	234,1	3,2	2,8	3,1	2,3	
Frankreich													
EU-KOM	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4	67,5	77,6	83,6	88,6	-3,3	-2,9	-3,3	-3,6	
OECD	-3,3	-7,6	-7,8	-6,9	67,5	77,7	85,1	90,6	-2,3	-2,2	-1,9	-1,9	
IWF	-3,3	-7,6	-8,0	-6,0	67,5	78,1	84,2	87,6	-1,9	-1,9	-1,8	-1,8	
Italien													
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	5,0	106,1	115,8	118,2	118,9	-3,1	-3,2	-3,2	-2,9	
OECD	-2,7	-5,2	-5,2	-5,0	106,1	115,9	119,0	121,7	-3,5	-3,1	-3,6	-3,5	
IWF	-2,7	-5,2	-5,1	-4,3	106,1	115,8	118,4	119,7	-3,4	-3,2	-2,9	-2,7	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0	52,0	68,1	79,1	86,9	-1,5	-1,3	-1,8	-2,0	
OECD	-4,9	-11,3	-11,5	-10,3	52,0	68,1	78,1	86,5	-1,5	-1,3	-1,6	-1,0	
IWF	-4,9	-10,3	-10,2	-8,1	52,1	68,5	76,7	81,9	-1,6	-1,1	-2,2	-2,0	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	0,1	-5,1	-3,4	-2,1	69,7	82,5	81,7	80,7	0,5	-2,7	-1,6	-1,6	
IWF	0,1	-5,5	-4,9	-2,9	69,8	81,6	81,7	80,5	0,4	-2,8	-2,8	-2,7	
Euroraum													
EU-KOM	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1	69,4	78,7	84,7	88,5	-0,9	-0,6	-0,4	-0,3	
OECD	-2,0	-6,3	-6,6	-5,7	69,6	78,9	85,0	89,3	-0,8	-0,3	0,3	0,8	
IWF	-1,9	-6,3	-6,5	-5,1	69,5	79,0	84,1	87,0	-	-0,6	0,2	0,5	
EU-27													
EU-KOM	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5	61,6	73,6	79,6	83,8	-1,1	-0,5	-0,4	-0,4	
IWF	-2,4	-6,7	-6,9	-5,5	-	-	-	-	-1,0	-0,3	-0,1	0,1	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober\ 2010\ und\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa\ (REO), Oktober\ 2010.$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Belgien													
EU-KOM	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0	89,8	96,7	99,0	100,9	0,2	2,0	3,0	3,3	
OECD	-1,2	-6,1	-4,9	-4,2	90,0	97,0	99,6	101,1	-2,9	0,5	2,0	2,1	
IWF	-1,2	-5,9	-4,8	-5,1	-	-	-	-	-2,9	0,3	0,5	1,8	
Finnland													
EU-KOM	4,2	-2,2	-3,8	-2,9	34,2	44,0	50,5	54,9	3,5	1,5	1,1	1,3	
OECD	4,1	-2,4	-3,8	-3,8	34,2	43,9	52,3	60,1	3,0	1,3	2,4	3,1	
IWF	4,2	-2,4	-3,4	-1,8	-	-	-	-	3,1	1,3	1,4	1,6	
Griechenland													
EU-KOM	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9	99,2	115,1	124,9	133,9	-13,8	-13,1	-10,3	-8,6	
OECD	-7,7	-13,5	-8,1	-7,1	99,2	115,1	125,3	134,8	-14,6	-11,2	-8,9	-6,7	
IWF	-7,7	-13,6	-7,9	-7,3	-	-	-	-	-14,6	-11,2	-10,8	-7,7	
Irland													
EU-KOM	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1	43,9	64,0	77,3	87,3	-5,2	-2,9	-0,9	-0,6	
OECD	-7,3	-14,3	-11,7	-10,8	43,9	64,0	76,3	85,8	-5,2	-2,9	-0,4	1,4	
IWF	-7,3	-14,6	-17,7	-11,2	-	-	-	-	-5,2	-3,0	-2,7	-1,1	
Luxemburg													
EU-KOM	2,9	-0,7	-3,5	-3,9	13,7	14,5	19,0	23,6	5,3	-0,4	0,9	1,5	
OECD	2,9	-0,7	-3,8	-4,9	13,7	14,5	20,0	27,3	5,3	5,6	6,3	6,0	
IWF	2,9	-0,7	-3,8	-3,1	-	-	-	-	5,3	5,7	6,9	7,2	
Malta													
EU-KOM	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6	63,7	69,1	71,5	72,5	-5,4	-3,9	-4,9	-4,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-4,4	-3,8	-3,8	-3,6	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-5,4	-5,3	
Niederlande													
EU-KOM	0,7	-5,3	-6,3	-5,1	58,2	60,9	66,3	69,6	4,2	3,9	5,9	6,4	
OECD	0,7	-5,3	-6,4	-5,4	58,2	60,9	67,2	71,5	4,8	5,4	5,3	5,9	
IWF	0,4	-5,0	-6,0	-5,1	-	-	-	-	4,8	5,4	5,7	6,8	
Österreich													
EU-KOM	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6	62,6	66,5	70,2	72,9	3,6	2,9	3,1	4,1	
OECD	-0,5	-3,4	-4,7	-4,6	62,7	66,4	70,1	73,5	3,3	2,3	3,0	3,4	
IWF	-0,5	-3,5	-4,8	-4,1	-	-	-	-	3,3	2,3	2,3	2,4	
Portugal													
EU-KOM	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9	66,3	76,8	85,8	91,1	-12,1	-10,5	-10,1	-10,0	
OECD	-2,9	-9,4	-7,4	-5,6	66,3	76,8	84,9	88,5	-12,0	-10,3	-10,2	-10,3	
IWF	-2,8	-9,3	-7,3	-5,2	-	-	_	-	-11,6	-10,0	-10,0	-9,2	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Slowakei													
EU-KOM	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4	27,7	35,7	40,8	44,0	-6,7	-3,1	-4,5	-4,1	
OECD	-2,3	-6,8	-6,4	-5,3	27,7	35,7	41,3	46,0	-6,5	-1,3	-0,9	-3,0	
IWF	-2,3	-6,8	-8,0	-4,7	27,7	35,7	41,8	44,0	-6,6	-3,2	-1,4	-2,6	
Slowenien													
EU-KOM	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2	22,6	35,9	41,6	45,4	-6,2	-0,9	-1,4	-1,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,3	-5,6	-5,7	-4,3	22,5	29,4	34,5	37,2	-6,7	-1,5	-0,7	-0,7	
Spanien													
EU-KOM	-4,1	-3,7	-9,8	-8,8	39,7	53,2	64,9	72,5	-9,5	-5,1	-4,6	-4,5	
OECD	-4,1	-11,2	-9,4	-7,0	39,7	53,2	63,4	69,0	-9,7	-5,4	-4,1	-3,3	
IWF	-4,1	-11,2	-9,3	-6,9	-	-	-	-	-9,7	-5,5	-5,2	-4,8	
Zypern													
EU-KOM	0,9	-6,1	-7,1	-7,7	48,4	56,2	62,3	67,6	-17,7	-8,5	-7,1	-7,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	0,9	-6,1	-6,0	-5,6	-	-	-	-	-17,5	-8,3	-7,9	-7,4	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober\ 2010\ und\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa\ (REO), Oktober\ 2010.$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	ob		Staatssch	uldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	1,8	-3,9	-2,8	-2,2	14,1	14,8	17,4	18,8	-22,9	-9,6	-6,0	-5,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-0,9	-4,9	-4,2	16,1	16,1	18,2	21,1	-24,2	-9,5	-3,0	-3,1
Dänemark												
EU-KOM	3,4	-2,7	-5,5	-4,9	34,2	41,6	46,0	49,5	2,2	4,0	3,9	3,7
OECD	3,4	-2,8	-5,5	-4,8	34,2	41,5	44,6	46,7	2,2	4,0	3,2	2,7
IWF	3,4	-2,8	-4,6	-4,4	-	-	-	-	1,9	4,2	3,4	3,0
Estland												
EU-KOM	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4	4,6	7,2	9,6	12,4	-9,4	4,6	4,9	3,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,3	-2,1	-1,1	-1,7	4,6	7,1	8,1	7,8	-9,7	4,5	4,2	3,4
Lettland												
EU-KOM	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9	19,5	36,1	48,5	57,3	-13,0	8,7	8,3	4,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,5	-7,8	-11,9	-7,6	17,1	32,8	42,2	49,0	-13,1	8,6	5,5	2,9
Litauen												
EU-KOM	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5	15,6	29,3	38,6	45,4	-11,9	2,6	2,8	2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-8,9	-7,7	-7,7	15,6	29,5	39,5	42,3	-12,2	4,2	1,9	0,2
Polen												
EU-KOM	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0	47,2	51,0	53,9	59,3	-5,0	-1,6	-2,8	-3,3
OECD	-3,7	-7,1	-6,9	-6,5	47,2	51,0	56,9	61,9	-5,0	-1,6	-1,6	-2,7
IWF	-3,7	-7,1	-7,4	-6,7	47,1	50,9	55,2	57,4	-5,1	-1,7	-2,4	-2,6
Rumänien												
EU-KOM	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4	13,3	23,7	30,5	35,8	-12,7	-4,4	-4,4	-5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,8	-7,4	-6,8	-4,4	21,3	29,9	35,5	37,7	-11,9	-4,5	-5,1	-5,4
Schweden												
EU-KOM	2,5	-0,5	-2,1	-1,6	38,3	42,3	42,6	42,1	9,5	7,1	6,1	6,1
OECD	2,2	-1,1	-2,9	-1,7	37,6	41,6	44,3	47,1	9,3	7,2	6,3	7,1
IWF	2,4	-0,8	-2,2	-1,4	-	-	-	-	7,6	7,2	5,9	5,7
Tschechien												
EU-KOM	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7	30,0	35,4	39,8	43,5	-3,4	-1,0	-0,3	-1,5
OECD	-2,7	-5,9	-5,4	-5,7	30,0	35,3	41,5	48,9	-0,6	-1,0	0,1	-0,4
IWF	-2,7	-5,9	-5,4	-5,6	30,0	35,3	40,1	44,4	-0,6	-1,1	-1,2	-0,6

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0	72,9	78,3	78,9	77,8	-7,2	0,4	-0,2	-0,3	
OECD	-3,8	-3,9	-4,5	-4,3	72,8	77,4	80,1	82,3	-7,1	0,2	0,8	-0,4	
IWF	-3,7	-4,1	-4,2	-4,5	72,9	78,3	78,4	78,8	-7,1	0,2	0,5	0,7	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010.$

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, November 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X